

21. Sitzung

am Dienstag, dem 26. Januar 2021

Inhalt

Fragestunde

Anfrage 1: Aufenthaltsqualität in den Quartieren für Seniorinnen und Senioren durch Sitzmöglichkeiten verbessern!

Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 9. Dezember 2020 1052

Anfrage 2: Fernbusterminal in Bremen – Aktueller Stand und Austausch

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 9. Dezember 2020 1055

Anfrage 3: Wann wird das erste Tiny House in Bremen gebaut?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Martin Michalik, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 11. Dezember 2020 1056

Anfrage 4: Wann kommt die Lärmschutzwand an der Grönlandstraße?

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 15. Dezember 2020 1057

Anfrage 5: Wird der Haupteingang des Bremer Rathauses noch irgendwann barrierefrei?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 15. Dezember 2020 1059

Anfrage 6: Bauamt Bremen-Nord stabilisieren und stärken

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 15. Dezember 20201060

Anfrage 7: Täter-Opfer-Ausgleich: Schlichtungsstelle in der Grohner Düne absichern und weiterentwickeln

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 15. Dezember 20201061

Anfrage 8: Brand eines Geschosswohnhauses am Rembertiring

Anfrage der Abgeordneten Ali Mehmet Seyrek, Falk-Constantin Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 16. Dezember 20201062

Anfrage 9: Wann sind die Arbeiten an der Bremer Discomeile abgeschlossen?

Anfrage der Abgeordneten Anja Schiemann, Falk-Constantin Wagner, Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 18. Dezember 20201064

Anfrage 10: Zwangsweise Unterbringung von Quarantäneverweigerern/Quarantäneverweigerern

Anfrage der Abgeordneten Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Dezember 20201065

Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde1066

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 10 vom 11. September 2020 (Drucksache 20/304 S)

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 13 vom 4. Dezember 2020 (Drucksache 20/365 S)

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 14 vom 21. Januar 2021 (Drucksache 20/393 S)

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)1066
 Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE)1067
 Abgeordneter Marco Lübke (CDU)1068
 Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen).....1069
 Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD)1071
 Abstimmung1072

**„Sprach- und Integrationsmittler“ und „Sprach- und Kulturlotsen“ in die öffentliche Verwaltung übernehmen
 Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 10. November 2020 (Drucksache 20/349 S)**

Abgeordnete Valentina Tuchel (SPD)1072
 Abgeordneter Christoph Weiss (CDU)1073
 Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE)1073
 Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen).....1075
 Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)1075
 Senatorin Anja Stahmann.....1076
 Abstimmung1077

**Zum Wohle des Sports und der Standortentwicklung: Endlich mit der Neugestaltung des Oeversberg beginnen!
 Antrag der Fraktion der FDP vom 18. Januar 2021 (Drucksache 20/385 S)**

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)1077
 Abgeordnete Prof. Eva Quante-Brandt (SPD).....1079

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE) 1080
 Abgeordneter Marco Lübke (CDU)..... 1080
 Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen) 1081
 Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP) 1083
 Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD) 1084
 Senatorin Anja Stahmann 1085
 Abstimmung 1087

**Digitalisierung der offenen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit
 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 26. Januar 2021 (Neufassung der Drucksache 20/390 S vom 20. Januar 2021) (Drucksache 20/395 S)**

Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen) 1087
 Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU)..... 1088
 Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD) 1089
 Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE) 1090
 Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP) 1091
 Senatorin Anja Stahmann 1092
 Abstimmung 1092

**Oslebshausen entlasten: Begleitkonzept zur Klärschlammverbrennungsanlage erstellen
 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Januar 2021 (Drucksache 20/392 S)**

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE)..... 1093
 Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD) 1094
 Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) 1095
 Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP) 1096
 Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU)..... 1097
 Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD) 1098
 Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE)..... 1098
 Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU)..... 1099
 Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer..... 1100
 Abstimmung 1102

**Ortsgesetz zur Sicherung der
Beiratsarbeit während der Pandemie
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. November 2020
(Drucksache 20/353 S)**

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU) 1103
 Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis
 90/Die Grünen) 1103
 Abgeordneter Muhammet Tokmak (SPD) 1104
 Abgeordneter Thore Schäck (FDP) 1105
 Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE) 1106
 Staatsrat Thomas Ehmke 1107
 Abstimmung 1107

**Taubenpopulation durch die zügige
Errichtung öffentlicher Taubenschläge
kontrollieren und reduzieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Dezember 2020
(Drucksache 20/367 S)**

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU) 1108
 Abgeordneter Philipp Bruck (Bündnis
 90/Die Grünen) 1108
 Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE) 1109
 Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD) 1111
 Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP) 1111
 Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer 1112
 Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU) 1113
 Abstimmung 1113

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 143
(mit Vorhaben- und Erschließungsplan)
für ein Gebiet in Bremen Mitte zwischen
Kohlhökerstraße, Salvador-Allende-
Straße und Imre-Nagy-Weg
Mitteilung des Senats vom 19. Januar
2021
(Drucksache 20/387 S) 1113**

Anhang zum Plenarprotokoll
 Schriftlich vom Senat beantwortete
 Anfragen aus der Fragestunde der
 Stadtbürgerschaft vom 26. Januar 20211114

**Anfrage 11: Sind in Bremen bald
Abgaben für versiegelte Flächen
fällig?**
 Anfrage der Abgeordneten Silvia
 Neumeyer, Thomas Röwekamp und
 Fraktion der CDU
 vom 12. Januar 20211114

**Anfrage 12: Umkleidekabinen für alle
Frauen der Freiwilligen Feuerwehr?**
 Anfrage der Abgeordneten Silvia
 Neumeyer, Thomas Röwekamp und
 Fraktion der CDU
 vom 15. Januar 20211115

**Anfrage 13: Sozialarbeit auf den
Straßen der Stadt Bremen**
 Anfrage der Abgeordneten Sigrid
 Grönert, Thomas Röwekamp und
 Fraktion der CDU
 vom 19. Januar 20211116

**Anfrage 14: Zukunft der
„Fliegerhalle“ auf dem BWK-Gelände
– Schwimmbad-Blumenthal als
Lösung?**
 Anfrage der Abgeordneten Birgit
 Bergmann, Lencke Wischhusen und
 Fraktion der FDP
 vom 20. Januar 20211116
 Konsensliste1118

Entschuldigt fehlt die Abgeordnete Frau Dr. Müller, Henrike.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:02 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 21. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien hier auf den Besucherrängen.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 3, 4 und 19 und danach die Tagesordnungspunkte 7, 15, 17 und 18 behandelt werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 19, Drucksache [20/393 S.](#), und den Tagesordnungspunkt 20, Drucksache [20/396 S.](#)

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 13 und 14.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [parteilos])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht?

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 14 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Aufenthaltsqualität in den Quartieren für Seniorinnen und Senioren durch Sitzmöglichkeiten verbessern!

Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 9. Dezember 2020

Frau Kollegin Pfeiffer, Sie haben das Wort

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Teilt der Senat die Ansicht, dass das Aufstellen von Sitzbänken die altersgerechte Aufenthaltsqualität in den Quartieren insbesondere für Seniorinnen und Senioren erhöht?

2. Teilt der Senat die Meinung, dass es sinnvoll ist, hinsichtlich der Erhöhung der Aufenthaltsqualität in den Quartieren – wie etwa dem Aufstellen von Sitzbänken – mit Stadtteilbeiräten, Vereinen und Sponsoren zu kooperieren?

3. Inwieweit plant der Senat entsprechende Maßnahmen beziehungsweise inwieweit befinden sich solche in der Umsetzung?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Frau Pfeiffer, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Ruhebänke mit ausreichender Sitzhöhe und Seitenlehnen sind für ältere Menschen hilfreich, um ihnen einen längeren Aufenthalt im Freien, Treffen mit anderen Menschen und Pausen im Sitzen zu ermöglichen, insbesondere bei längeren Wegen. Dies erhöht die Aufenthaltsqualität im Quartier und ist ein Beitrag zu Teilhabemöglichkeit und Barrierefreiheit.

Im Rahmen des Vorhabens „1 000 Bänke für Bremen“ der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport ist zu diesem Zweck von der Werkstatt Bremen eine spezielle Bank für ältere Menschen entwickelt worden, der über Seitenlehnen und die entsprechende Sitzhöhe verfügt.

Zu Frage 2: Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum können einen Beitrag zu mehr Aufenthaltsqualität im Quartier leisten. Hierzu müssen sie sauber, unbeschädigt und an Standorten verfügbar sein, die von der Zielgruppe nachgefragt wird beziehungsweise auf für sie relevanten Wegeverbindungen liegen, beispielsweise auf Wegen zu Haltepunkten des ÖPNV, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen oder Einzelhandelsstandorten.

Da die Bänke im Rahmen des Vorhabens „1 000 Bänke für Bremen“ hauptsächlich im öffentlich zugänglichen privaten Bereich aufgestellt werden und Pflege und Unterhalt durch die Sponsoren erfolgt, ist eine direkte Beiratsbefassung nicht erforderlich. Bei der Wahl von Standorten sind die Ortskenntnisse von Beiräten und Vereinen vor Ort dennoch hilfreich und wünschenswert.

Sponsoren können zur Beschaffung und zum Unterhalt der Sitzmöbel beitragen und das Angebot vergrößern.

Zu Frage 3: Der Senat setzt das im Koalitionsvertrag formulierte Vorhaben „1 000 Bänke für Bremen“ schrittweise um. Zu diesem Zweck hat der Haushaltsgesetzgeber der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Die Mittel werden jetzt in den Haushalt der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport übertragen, wo die Umsetzung des Programms bereits eingeleitet ist.

Mit diesen Mitteln werden bei der Werkstatt Bremen Bänke produziert. Diese Bänke werden per Überlassungsvertrag an gemeinnützige Dritte, Vereine, Stiftungen, gGmbH und ähnlichem vergeben, die damit die Aufstellung, Pflege und Verkehrssicherung der jeweiligen Bank übernehmen. Die ersten zehn Bänke stehen ab Februar zum Aufbau bereit.

Weiterhin wird im Rahmen von Planungen die Aufenthaltsqualität – und somit auch Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum – berücksichtigt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin Pfeiffer, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Frau Senatorin, Sie haben in der Antwort geschrieben, dass die Bänke im öffentlich zugänglichen privaten Raum stehen sollen. Mögen Sie mir erörtern, was das konkret bedeutet und welche Abwägungen dazu geführt haben, dass die Bänke auf privatem Raum stehen sollen?

Senatorin Anja Stahmann: Ja, in den letzten Jahren ist es immer zu sogenannten Pflegeproblemen gekommen. Es geht um die Verkehrssicherungspflicht und das Interesse von einigen Betreibern von Altenpflegeeinrichtungen, Sportvereinen auf ihren Grundstücken Bänke für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger aufzustellen, verbunden mit der Zusage, dass man die Verkehrssicherungspflicht übernehmen würde, weil es sich auch um privaten Grund handelt.

Damit lösen wir auch ein bisschen den Konflikt auf, dass wir bislang zu wenig Haushaltsmittel für die Instandhaltung von Bänken hatten. Ich glaube, das ist eine sogenannte Win-win-Situation. Die Werkstatt Bremen baut diese Bänke in ihrer Werkstatt und wir können diese Bänke dann zur Verfügung stellen und finden auch Sponsoren, die diese Bänke pflegen.

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Aus der Antwort geht ja hervor, dass die Beiratsbefassung dann auch nicht notwendig sei, deren Ortskenntnisse aber durchaus erwünscht. Da frage ich mich, in welcher Weise soll denn die Ortskenntnis der Beiräte abgefragt werden und auch die Kenntnisse der Beiräte möglicherweise über eine lokale Vereinslandschaft, die dann wiederum sagen könnten, wir hätten gern bei uns eine Bank?

Senatorin Anja Stahmann: Wir werden noch einmal die Beiräte mit einem Schreiben informieren, das sich an alle Beiräte richtet, das über dieses Programm informiert und werden auch die uns genannten Standorte oder die bereits gefundenen Standorte mit der Aufforderung übermitteln, dass auch die Beiräte sich beteiligen können bei der Suche nach weiteren Standorten im Stadtteil und dass sie auch Einrichtungen, die es im Stadtteil gibt, auffordern können, sich für dieses Projekt zu interessieren oder auch dafür zu bewerben.

Wir sind auf der Suche nach weiteren Kooperationspartnern. Wir wollen, dass sich das herum spricht. Dazu werden wir natürlich auch mit den Beiräten den Kontakt suchen. Da wir die Bänke jetzt nicht auf öffentlichem Grund aufstellen und die Verkehrssicherungspflicht bei den Paten liegt, ist auch die Beteiligung der Beiräte nicht zwingend vorgesehen. Sobald wir aber einen Standort finden würden, der im öffentlichen Raum liegt und wir sagen, das ist der Standort unserer Wahl, dann würde sich natürlich auch die Frage der Bedarfsträgerschaft neu stellen.

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Das heißt, Sie stimmen mir zu, dass es zu diesem sehr frühen Umsetzungsbeginn durchaus gut wäre, noch einmal darüber nachzudenken, wie man eine geeignete Beteiligung der Beiräte sicherstellen kann? Ich denke insbesondere auch daran, dass die natürlich über die globalen Mittel auch eine Möglichkeit hätten, finanzschwachen Vereinen bei der Wartung der Bänke unter die Arme zu greifen. Insofern würde ich das sehr begrüßen, wenn Sie sich mir anschließen würden, Frau Senatorin.

Senatorin Anja Stahmann: Ja, wie immer ist es ein bisschen komplizierter. Wir haben in den vergangenen Jahren oft Investitionsmittel zur Verfügung

gehabt, mit denen mit großer Energie auch Spielflächen und andere Freizeitmöglichkeiten in den Stadtteilen geschaffen wurden. Es wurde aber nicht daran gedacht, dass man sich auch seitens der Beiräte mit dem Thema Verkehrssicherungspflicht auseinandersetzen muss. So hatten wir zahlreiche in die Jahre gekommene Möbel im öffentlichen Raum und auch große Projekte, bei denen auch immer wieder diese Frage aufgetaucht ist.

Deswegen glaube ich, wenn man da miteinander ins Geschäft kommt, dann muss man auch diese Frage von Anfang an ordentlich miteinander vertraglich regeln. Vieles war miteinander verabredet und besprochen, aber nirgends festgehalten und am Ende plagt man sich damit herum, wer jetzt zuständig ist für die Bank, die am Ort XY aufgestellt wurde. Das wollen wir vermeiden, indem wir dieses Projekt eng begleiten.

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Wo werden denn die ersten zehn Bänke aufgestellt, in welchen Stadtteilen werden wir die sehen können, welche Vereine konnten gewonnen werden, welche Partner?

Senatorin Anja Stahmann: Einmal werden in Bremen-Nord Bänke aufgestellt und in Osterholz. Es gibt schon weitere Standorte, die ich Ihnen so aber nicht nennen kann, aber gern noch nachreichen werde.

Präsident Frank Imhoff: Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage von der Abgeordneten Sofia Leonidakis. – Bitte sehr, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Frau Senatorin, ich habe mich sehr gefreut zu hören, dass die ersten zehn Bänke im Februar stehen werden. Können Sie denn sagen, wie viel der 125 000 Euro, die die Fraktionen von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen durch Haushaltsanträge bereitgestellt haben, mittlerweile verausgabt sind?

Senatorin Anja Stahmann: Das kann ich aus dem Stand nicht sagen. Eine Bank kostet in der Produktion rund 900 Euro – zehn Bänke, das kann man sich ausrechnen. Wir sind aber dabei, die nächsten Standorte zu suchen und das Geld auch zu verausgaben. Wir werden der Sozialdeputation sicherlich ein umfangreiches Bänke-Controlling vorlegen.

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Frau Senatorin, Sie haben gesagt, dass Sie zurzeit Patinnen und Paten in Form von Vereinen, Heimen et cetera suchen und auch offensichtlich schon gefunden haben, dass aber auch anvisiert ist, dass Bänke auch im öffentlichen Raum stehen sollen. Das trifft, aus meiner Sicht, auch die Absicht, dass nicht nur Vereinsmitglieder oder Heimbewohner*innen diese Bänke nutzen sollen, sondern auch Tourist*innen, obdachlose Personen, die krank sind und so weiter und das auch im öffentlichen Raum wie der Innenstadt. Können Sie ungefähr einen Anteil angeben, wie viele der Bänke auch im öffentlichen Raum in den Quartieren oder auch zentral stehen sollen?

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Senatorin Anja Stahmann: Das können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Wie gesagt, wir suchen jetzt auch nach Flächen, beispielsweise werden Bänke aufgestellt bei der Bremer Heimstiftung oder bei Sportvereinen. Wir suchen jetzt auch die Kooperationspartner. Ich glaube, dieser Zeitpunkt ist noch zu früh.

Ich werte den Zwischenruf von Herrn Dr. Buhlert so, der sagt, das ist eine neue Form der Bankenaufsicht, dass er vielleicht Interesse hätte, auch eine Bankenaufsicht zu übernehmen. Dazu kann ich jeden auch ermuntern.

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen)

Man kann sich auch zusammentun.

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Frau Senatorin, stimmen Sie mit mir überein, dass es trotz der damit einhergehenden Verkehrssicherungspflicht erstrebenswert ist, dass auch ein wesentlicher Anteil der Bänke, die dann in der Stadt aufgestellt werden auch im originär öffentlichen Raum stehen, damit sie frei zugänglich für alle sind, die sie nutzen möchten?

Senatorin Anja Stahmann: Wir alle werden älter, wir sollten alle mehr zu Fuß gehen. Das dient nicht nur der Umwelt, sondern auch unserer Gesundheit. Deswegen bin ich sehr dafür, sehr viele Bänke in Bremen aufzustellen, weil wir auch wirklich eine

schöne Stadt haben und es lohnt sich auch, sich einmal hinzusetzen und umzuschauen.

Präsident Frank Imhoff: Frau Senatorin, weitere Anfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 2: Fernbusterminal in Bremen – Aktueller Stand und Austausch

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 9. Dezember 2020

Herr Kollege Schäck, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Fernbusse fahren jährlich Bremen an und hier ab, und wie hoch sind die jährlichen Passagierzahlen der letzten drei Jahre?

2. Wie ist der aktuelle Planungs- und Umsetzungsstand des neuen Fernbusterminals inklusive der anzubindenden Infrastruktur und wie hoch sind die Gesamtkosten für das Projekt?

3. Gab es und gibt es weiterhin einen intensiven Austausch mit den vorhandenen und zukünftigen Fernreisebusanbietern?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der ZOB GmbH als Betreiber des aktuellen ZOB liegen nur Daten zu An- und Abfahrten vor. Diese beiden Werte zusammen betragen im Jahr 2017 28 078 im Fernverkehr und 2 306 im Gelegenheitsverkehr. Im Jahr 2018 ergaben sich 27 914 An- und Abfahrten im Fernverkehr und 2 189 im Gelegenheitsverkehr, im Jahr 2019 lag die Anzahl der An- und Abfahrten bei 23 563 im Fernverkehr beziehungsweise 2 221 im Gelegenheitsverkehr.

Zu Frage 2: Die Planungen zum Vorhaben Fernbusterminal beinhalten neben der Verkehrsanlagenplanung auch die Planung von Entwässerungskanälen und -bauwerken, die Tragwerksplanung für die Überdachung des Fernbusterminals, die Beleuchtungsplanung und auch die Planungen der

technischen Gebäudeausrüstung für die Betriebs-technik. Inhalt der Verkehrsanlagenplanung ist auch der Umbau der Bürgermeister-Smidt-Straße mit Anpassungen des Knotenpunktes zum Breitenweg.

Die Planungen befinden sich derzeit im Wesentlichen in der Vorbereitung der Ausführungsphase und somit in der Weiterentwicklung des bereits genehmigten Entwurfs unter Detaillierung ausführungstechnischer Aspekte. Die bauliche Realisierung des Vorhabens einschließlich des angrenzenden Straßenraums ist nach wie vor ab dem vierten Quartal 2021 vorgesehen, hier soll mit den Bauhauptgewerken begonnen werden. Derzeit wird von einer etwa eineinhalb jährigen Gesamtbauzeit ausgegangen. Eine europaweite Ausschreibung der Bauleistungen für den Verkehrs- und Tiefbau sowie für die Hochbauarbeiten der Überdachung erfolgt im Frühjahr 2021.

Entsprechend dem Senatsbeschluss der Finanzierungsvorlage vom 12. Januar 2021 betragen die im Rahmen der Ausführungsplanung ermittelten Projektkosten 11,8 Millionen Euro.

Zu Frage 3: Im Rahmen der Planungen wurde auch Kontakt mit den Fernreisebusanbietern aufgenommen; die Planungen sind den Unternehmen bekannt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege Schäck, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Senatorin, vielen Dank! In Ihren Ausführungen zur Frage 1 habe ich jetzt herausgehört, dass die Zahl der An- und Abfahrten eigentlich über die letzten Jahre stetig gesunken ist, ist das richtig?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Genau, wir hatten 2017 28 000, im Jahr 2018 27 000 und im Jahr 2019 23 000 An- und Abfahrten, also ein stetiger Rückgang.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Gibt es Erkenntnisse darüber, womit das zusammenhängt? Meines Erachtens entwickelt sich die Reisebusbranche Fernreisen, ja eher positiv.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das kann ich Ihnen, ehrlich gesagt, nicht sagen. So eine Analyse liegt mir nicht vor, haben wir nicht durchgeführt.

Für mich war das jetzt in Vorbereitung auf die Anfrage auch erstaunlich. Es ist zumindest ein Rückgang erkennbar. Ich weiß nicht, ob das mit anderen Konkurrenzangeboten vielleicht auch auf der Schiene zusammenhängt, aber, ich finde, es ist ein guter Anlass, noch einmal nachzufragen.

Es sind ja trotzdem sehr viele Busunternehmen unterwegs, der ZOB lohnt sich. Die Zustände vorher waren ja mehr als suboptimal für die Reisenden. Insofern, Bremen braucht den ZOB, aber es ist jetzt – vielen Dank für die Anfrage – zu prüfen, woran das denn wirklich liegt, dass weniger Reisebusse unterwegs sind.

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Das heißt, Sie könnten sich auch vorstellen, dazu in näherer Zukunft noch einmal weitere Informationen zu liefern?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich schlage vor, dass wir das einfach in der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung noch einmal erörtern und dann würden wir auch schauen, ob es ein ähnliches Phänomen auch in anderen Städten gibt, also ob es ein bundesweites Phänomen ist oder ein bremisches, um herauszubekommen, woran das liegt. Gern rufen wir das in der Deputation auf.

Präsident Frank Imhoff: Frau Bürgermeisterin, weitere Anfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung!

Anfrage 3: Wann wird das erste Tiny House in Bremen gebaut?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Martin Michalik, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

vom 11. Dezember 2020

Frau Kollegin Neumeyer, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Aus welchen Gründen konnte bislang noch kein Tiny House in Bremen errichtet werden?

2. Inwieweit befindet sich der Senat mit Projektentwicklern für Tiny Houses im Austausch, und wie stellt sich der aktuelle Sachstand dar?

3. Inwiefern sind brachliegende Kleingartenflächen für die Errichtung von Tiny Houses geeignet?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat hält minimalistische Hauskonzepte wie Tiny-Houses, sowohl unter sozialen wie ökologischen Gesichtspunkten für eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden Bautypologien des Bremer Wohnungsmarktes. Soweit dem Senat bekannt ist, sind bisherige Projektideen von Tiny-House-Interessenten vor allem aufgrund von Schwierigkeiten beim Erwerb planungsrechtlich bereits abgesicherter und damit kurzfristig bebaubarer Grundstücke noch nicht umgesetzt worden.

Um eine zeitnahe Umsetzung von Projekten zu unterstützen, hat die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau ein Planungsbüro beauftragt, eine Analyse bestehender Hemmnisse vorzunehmen und Lösungswege vorzuschlagen. Ein nächstes Gespräch mit Tiny-House-Interessenten findet am 16. Februar 2021 statt.

Zu Frage 2: Bislang wurden nur mit einem Projektentwickler ausführlichere Gespräche geführt. Es wird davon ausgegangen, dass auf Basis der oben genannten beauftragten Untersuchungen weitere Gespräche mit zusätzlichen Projektentwicklern sowie Tiny-Houses-Herstellern geführt werden können. Zudem werden daraus Umsetzungswege erwartet, damit in den nächsten Jahren auch konkrete Projekte realisiert werden können.

Zu Frage 3: Bauordnungsrechtlich handelt es sich bei Tiny Houses um Wohngebäude der Gebäudeklasse 1, bei denen alle rechtlichen Anforderungen der Landesbauordnung und des Baugesetzbuches sowie sonstige, im Einzelfall relevante fachrechtliche, Anforderungen wie zum Beispiel Naturschutzrecht einzuhalten sind.

Kleingartenflächen sind bauplanungsrechtlich nicht zur Ansiedlung von dauerhaften Wohnformen geeignet. Aufgrund fehlender Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen sowie fehlender verkehrlicher Erschließung und fehlender sozialer Infrastrukturen, wie Kindergärten et cetera wird derzeit

auch keine Möglichkeit für entsprechende Planänderungen gesehen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Silvia Neumeyer (CDU): Frau Senatorin, Sie sprachen eben davon, dass Sie eine Analyse in Auftrag gegeben haben, welche Flächen man dafür nutzen könnte. Wann erwarten Sie die Ergebnisse dieser Analyse? Sie sprachen auch davon, dass Sie in den nächsten Jahren erwarten, dass wir Tiny Houses bauen. Das können zehn oder zwanzig Jahre sein. Erleben wir das noch?

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Unterschiedlich!)

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Frau Abgeordnete, das hoffe ich sehr, denn so wie Sie bin auch ich ein Fan von Tiny Houses und wir brauchen jetzt geeignete Flächen. Es sind zum Beispiel Interessenten Grundstücke in der Osterholzer Heerstraße angeboten worden. Diese Grundstücke fanden bei denen kein Interesse. Umgekehrt gibt es eine Fläche in der Stromer Straße in Woltmershausen, dort ist aber viel Baumbestand. Man sieht, es ist nicht so einfach, dafür Flächen zu finden, die dann ja auch erschlossen werden müssen.

Insofern erst einmal eine Analyse, wo wir Flächen haben. Ich würde sagen – ich bin mir nicht ganz sicher, ob jetzt wirklich noch bis zum Frühjahr oder bis zum Sommer –, sobald wir die Analyse haben, legen wir die auch gern der Deputation vor, informieren Sie, aber wir wollen eigentlich so schnell wie möglich Tiny Houses auch in Bremen ermöglichen. Das ist, glaube ich, unser gemeinsames Ziel. Jetzt brauchen wir eben die entsprechenden Flächen dafür.

Präsident Frank Imhoff: Frau Bürgermeisterin, weitere Anfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung!

Anfrage 4: Wann kommt die Lärmschutzwand an der Grönlandstraße?

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

vom 15. Dezember 2020

Frau Kollegin, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern hält der Senat die Fertigstellung der Lärmschutzwand in der Grönlandstraße bis Ende 2021, wie gegenüber dem Beirat Burglesum angekündigt, für realistisch?

2. Aus welchen Gründen konnte die Planung für die Maßnahme nicht begonnen beziehungsweise abgeschlossen und konnten somit auch nicht die bereitgestellten Bundesmittel fristgerecht abgerufen werden?

3. Stehen auch nach 2021 noch Bundesmittel für die geplante Maßnahme zur Verfügung oder wird die Maßnahme dann ausschließlich den bremischen Haushalt belasten?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Lärmschutzwand Grönlandstraße muss geplant und die Errichtungsarbeiten müssen aufgrund des zu erwartenden Leistungsumfangs europaweit ausgeschrieben werden. Deshalb wird die Lärmschutzwand nicht in 2021 realisiert werden. Nach derzeitigem Stand könnte die Lärmschutzwand bis Ende 2022 realisiert werden.

Zu Frage 2: Die von einem Ingenieurbüro erarbeiteten Grundlagen für eine Entscheidungsfindung lagen im Oktober 2019 vor. Der sich daran anschließende Übergabeprozess an das Amt für Straßen und Verkehr ,ASV, zog sich wegen der Besonderheit des Projektes – Planung und Errichtung einer Lärmschutzwand zum Schutz gegen Bahnlärm auf einem Privatgrundstück bei Umsetzung durch das Amt für Straßen und Verkehr – und der sich daraus ergebenden umfangreichen Abstimmungen bis in den Sommer 2020 hin.

Mit den Planungsarbeiten ist auf der Grundlage einer Beauftragung des Amtes für Straßen und Verkehr im November 2020 begonnen worden. Aus den genannten Gründen ist eine Fertigstellung der Lärmschutzwand bis Ende 2021 nicht mehr möglich, siehe Antwort zu Frage 1. Damit können wegen dessen Regularien auch keine Mittel aus dem Förderprogramm nach dem Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen, KInvFG, verwendet werden.

Zu Frage 3: Nach 2021 stehen nach dem Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen, KInvFG, keine Mittel mehr zur Verfügung. Die genannten Bundesmittel sind über den Senator für Finanzen inzwischen programmgemäß für diverse Schul- und Kitaprojekte verwendet worden. Damit sind sie einer bestimmungsgemäßen, den bremischen Gesamthaushalt entlastenden Verwendung zugeführt worden.

Das Projekt Lärmschutzwand Grönlandstraße soll deshalb ausschließlich mit bremischen Haushaltsmitteln realisiert werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin Hornhues, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Wie sieht der Senat die Entwicklung des Quartiers vor Ort, also auch die Neubaugebiete Friedensheimer Straße und vielleicht auch den Haltepunkt in Grambke? Verzögert sich das auch alles? Das Bauvorhaben natürlich nicht, aber es ist dort natürlich weniger attraktiv, wenn die Lärmschutzwand dort nicht gebaut ist.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Also, wir sind uns, glaube ich, alle einig – und ich erinnere mich, dass ich mit dem Abgeordneten Herrn Gottschalk auch vor schon etwas längerer Zeit das genau l vor Ort angeschaut habe –, wie wichtig diese Lärmschutzwand auch für die Quartiersentwicklung ist, die Sie ansprechen. Insofern ist das schon ein Ziel, es wirklich zeitnah umzusetzen.

Es gab jetzt aber verschiedenste Umstände, einmal, weil es ein Privatgrundstück ist und es dadurch deutlich kompliziertere Verhandlungen gab, als wäre es eine öffentliche Fläche. Dann ist das Projekt ja zum ASV übergegangen und dann – das möchte ich an dieser Stelle auch einmal sagen – hat der Sachbearbeiter, der hauptverantwortlich für das Projekt ist, bei uns drei Monate im Coronakrisenstab gearbeitet, weil er derjenige ist, der die Aufgabe dort meistern konnte. Das hat das Projekt auch noch einmal in Verzug gebracht. Es gab also verschiedenste Umstände, die wir bedauern, warum es sich so lange hinzog, aber jetzt wird mit den Planungen begonnen. Insofern hoffe ich, dass dann mit den Quartieren nichts in Verzug gerät. Dass die Quartiere aber ausreichend Lärmschutz haben, wollen und brauchen, das ist klar.

Präsident Frank Imhoff: Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung!

**Anfrage 5: Wird der Haupteingang des Bremer Rathauses noch irgendwann barrierefrei?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 15. Dezember 2020**

Sie haben das Wort, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Zu welchem Zeitpunkt wurde seit dem Jahr 2010 welche Variante eines barrierefreien Zugangs zum Bremer Rathaus geprüft?
2. Aus welchen Gründen wurden die geprüften Vorschläge verworfen oder bislang nicht umgesetzt?
3. Zu wann ist die barrierefreie Nutzbarkeit des Eingangs für gehbehinderte Menschen und für Rollstuhlnutzer durch welche Maßnahmen geplant?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Staatsrat Thomas Ehmke.

Staatsrat Thomas Ehmke: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Zuständigkeit zur Planung und Umsetzung von baulichen Maßnahmen des Rathauses liegt bei Immobilien Bremen AöR.

Bereits im Jahr 2014 wurden Planungsvorschläge für die Umsetzung eines barrierefreien Zugangs für das Bremer Rathaus erarbeitet, die eine bauliche Anpassung des Eingangs Schoppensteel mittels Treppenlift oder den Einbau einer Rampe vor dem Haupteingang des Bremer Rathauses zum Domshof zum Inhalt hatten.

Im Jahr 2017 wurde ein spezieller Lösungsvorschlag zum „Einbau einer absenkbaren Hebeplattform“ zum Einlassen in den Treppenlauf am Haupteingang entwickelt. Diese Variante bedeutet zwar einen Eingriff in die Bausubstanz, hätte aber den Vorteil, dass sie relativ unauffällig ist und das Bild des „Weltkulturerbes“ nicht beeinträchtigt.

Zu Frage 2: Die Planungsvorschläge aus dem Jahr 2014 fanden keine Zustimmung. Der Zugang Schoppensteel wurde vom Landesbehindertenbeauftragten als Nebeneingang gesehen und daher als diskriminierend gewertet.

Die Rampenlösung vor dem Haupteingang wurde vom Landesamt für Denkmalpflege aus denkmalpflegerischer Sicht in Bezug auf den Eingriff in die historische Bausubstanz abgelehnt.

Der Planungsvorschlag zum Einbau einer speziellen Hebeplattform aus dem Jahr 2017 hingegen findet die Zustimmung des Landesamtes für Denkmalpflege. Die Senatskanzlei befindet sich zur weiteren Umsetzungsplanung im Gespräch mit dem Landesbehindertenbeauftragten, eine abschließende Stellungnahme von dort steht allerdings noch aus.

Zu Frage 3: Sobald die abschließende Stellungnahme des Landesbehindertenbeauftragten vorliegt, wird die Senatskanzlei gemeinsam mit Immobilien Bremen weitere Maßnahmen und Zeitpläne entwickeln. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin Grönert, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Können Sie sagen, was Ihr Ziel ist, zu wann Sie den Eingang umgestaltet haben wollen, sodass er barrierefrei ist?

Staatsrat Thomas Ehmke: Ja, durchaus so schnell wie möglich, aber auch so, dass es von den Betroffenen angenommen wird. Wir haben gestern noch einmal bei der Vorbereitung auf die Anfrage hier mit dem Landesbehindertenbeauftragten gesprochen und die Rückmeldung, die wir bekommen haben, war, dass er sich das vielleicht so vorstellen kann, dass sich aber der Teilhabebeirat noch einmal mit der Frage befassen wird.

Sobald wir grünes Licht haben, können wir dann auch relativ zügig in die Umsetzung einsteigen. Nach meinem Eindruck ist das auch nicht so unglaublich aufwendig. Wenn wir für diesen Vorschlag allerdings keine Zustimmung erfahren sollten, dann bin ich, Stand jetzt, auch etwas ratlos, denn dann müssen wir wieder von vorn anfangen, zu überlegen, was möglich ist. Deshalb hoffe ich jetzt, dass wir uns auf den letzten Vorschlag verständigen können.

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Können Sie zusichern, wenn der Vorschlag angenommen wird, dass der Umbau dann in drei Jahren fertig ist?

Staatsrat Thomas Ehmke: Das kann ich nicht, weil das jetzt unseriös wäre, wenn ich das tun würde. Es können genauso gut zwei oder vier Jahre sein. Das kann ich einfach nicht beurteilen. Ich kann nur zusagen, dass wir dann sofort mit der Zeit- und Maßnahmenplanung beginnen und dann eine konkrete Perspektive vorlegen können.

Präsident Frank Imhoff: Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung!

Anfrage 6: Bauamt Bremen-Nord stabilisieren und stärken

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

vom 15. Dezember 2020

Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Besteht für die Nachfolge des zum 1. Januar 2021 ausgeschiedenen Leiters des Bauamtes Bremen-Nord derzeit eine öffentliche Stellenausschreibung, und wenn nein, warum nicht?

2. Existieren Planungen seitens des Senats, dass einzelne oder sämtliche Tätigkeiten des Bauamtes Bremen-Nord inhaltlich und räumlich unter dem Dach des Bauressorts organisiert werden, und wenn ja, wie wird dies begründet?

3. Wie bewertet der Senat zeitweilige Klagen über lange Bearbeitungsfristen im Bereich des Bauamtes Bremen-Nord, und ist geplant, dem mit Personalaufstockungen zu begegnen?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch die Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Für die seit dem 1. Januar 2021 vakante Stelle der Amtsleitung des Bauamtes Bremen-Nord ist keine öffentliche Ausschreibung zur Nachbesetzung vorgesehen. Aktuell wird ein Projekt zur Neuorganisation der Struktur des Bauamtes Bremen-Nord aufgelegt. Ziel des Projektes ist die Auflösung der Amtsstruktur und die Einbindung in die Strukturen der senatorischen Dienststelle. Eine Nachbesetzung der Leitungsfunktion ist daher in der bisherigen Form nicht mehr vorgesehen. Bis auf weiteres ist eine kommissarische Amtsleitung durch den Referatsleiter Stadtplanung vor Ort sichergestellt.

Zu Frage 2: Wie zu Frage 1 ausgeführt, wird aktuell ein Projekt zur Neuorganisation der Struktur des Bauamtes Bremen-Nord initiiert. Ziel des Projektes ist die Auflösung der Amtsstruktur und die Einbindung in die Strukturen der senatorischen Dienststelle unter Beibehaltung der bisherigen internen Organisationsstruktur und der Präsent vor Ort sowie unter Berücksichtigung der spezifischen Rahmenbedingungen des Standortes Bremen-Nord.

Insofern ist perspektivisch eine organisatorische Einbindung der Aufgaben im Bauressort vorgesehen, eine räumliche Verlagerung geht damit nicht einher. Seitens des Ressorts wird Handlungsbedarf in Bezug auf die Entwicklungsperspektive des Bauamtes Bremen-Nord mit Blick auf die Kundenbedürfnisse, die administrativen Strukturen und die technisch-organisatorischen Anforderungen gesehen. Ziel ist dabei auch die Optimierung und Angleichung von Arbeitsabläufen und Abstimmungsprozessen des Bauamtes Bremen-Nord und des Fachbereichs Bau der senatorischen Dienststelle. Eine enge Einbindung der Beschäftigten sowie der Mitbestimmungsgremien ist gewährleistet. Der Prozess ist mit einer ersten Sitzung am 14. Januar 2021 gestartet.

Zu Frage 3: Das Bauamt Bremen Nord wurde bereits im Jahr 2020 mit einer zusätzlichen Stelle verstärkt. Im Rahmen des Projektes werden die Prozesse betrachtet und auf Optimierungsmöglichkeiten untersucht. Ziel ist es, die Prozesse effektiv und bürgerfreundlich zu gestalten. Perspektivisch werden sich zusätzliche Optimierungsmöglichkeiten auch durch das digitale Baugenehmigungsverfahren ergeben, hierfür wurden Mittel im Bremen-Fonds im Transformationsfeld Digitale Transformation beantragt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie zu diesen Themen Nachfragebedarf? – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Nach unseren Informationen wird in nicht allzu langer Zeit der Leiter des Referats Bauordnung in Pension gehen. Gibt es schon Planungen, wann die Stelle neu ausgeschrieben und wie sie besetzt wird?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Der Leiter der Bauordnung wird voraussichtlich Ende des Jahres in Pension gehen und wir werden das so machen, dass es einen nahtlosen Übergang geben wird, nämlich so ausschreiben, dass die Stelle besetzt ist, wenn Herr Böttjer in Pension geht.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 7: Täter-Opfer-Ausgleich: Schlichtungsstelle in der Grohner Düne absichern und weiterentwickeln

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

vom 15. Dezember 2020

Frau Kollegin, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Maja Tegeler (Die LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Welche Schulen sind in das von der Kooperationsstelle Kriminalprävention finanzierte niedrigschwellige Schlichtungsprojekt im Umfeld der Grohner Düne eingebunden, und wie bewertet der Senat die bisherige Arbeit?

2. Welche weiteren Angebote plant der Senat in Zusammenarbeit mit dem Täter-Opfer-Ausgleich in der Grohner Düne?

3. In welchem Ausmaß wird das WiN-Forum-Grohn in die Planung der neuen Angebote eingebunden?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Herr Präsident, liebe Abgeordnete, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Bei dem niedrigschwelligen Schlichtungsprojekt für junge Menschen an Schulen – auch im Umfeld der Grohner Düne – handelt es sich um ein Modellprojekt des Trägers Täter-Opfer-Ausgleich Bremen e. V., das durch die beim Sena-

tor für Inneres angesiedelte Kooperationsstelle Kriminalprävention im Jahr 2020 mit einer Summe von 5 000 Euro gefördert wurde.

Im Rahmen des Projektes wurden von Oktober bis Dezember 2020 Kontakte zu bisher sechs Oberschulen und Schulzentren im Stadtbezirk geknüpft und die von dort zugewiesenen Fälle bearbeitet. Es besteht ebenfalls Kontakt zum ReBUZ Nord und zum Amt für Soziale Dienste. Zur weiteren Verstärkung dieser erfolgreichen Arbeit wird das Angebot im Jahr 2021 mit Mitteln zur „Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Anti-Gewaltprogramms“ von der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport und durch einen Teilbetrag von der Senatorin für Kinder und Bildung gefördert.

Zu Frage 2: Auch in Zukunft werden durch den Täter-Opfer-Ausgleich alle Fälle bearbeitet, die im Rahmen eines Strafverfahrens oder Jugendstrafverfahrens als Weisung oder Auflage zugewiesen werden. Diese Fallbearbeitung ist im Rahmen der Täter-Opfer-Ausgleich-Grundfinanzierung durch die Senatorin für Justiz und Verfassung und die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport gewährleistet.

Hinzu kommt ab 2021 das in Frage 1 angesprochene Schulprojekt, in dem Konflikte zwischen jungen Menschen aus der Region auch unabhängig von einem Strafantrag und außerhalb eines formellen Strafverfahrens bearbeitet werden können. Das Angebot „Schlichten in Nachbarschaften“ wurde vom WiN-Forum Grohn mit dem deutlichen Hinweis auf Weiterentwicklungsbedarfe abgelehnt. Die Beschlüsse in den WiN-Foren werden nach dem Konsensprinzip geschlossen und unterliegen keiner Einflussnahme durch den Senat.

Zu Frage 3: Das WIN-Forum Grohn steht allen interessierten Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Trägern, die sich im Quartier engagieren wollen, offen. Sollten sich weiterentwickelte Angebote um eine Finanzierung aus den lokalen Förderprogrammen bemühen, werden diese Angebote dort vorgestellt, diskutiert und gegebenenfalls befürwortet. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Neben der von Ihnen zitierten Einschätzung des WIN-Forums Grohn, wurde in einem Artikel in der „Nord-

deutschen“ vom Dezember letzten Jahres der Sprecher vom Justizressort mit den Worten zitiert: „Dieses Angebot der Schlichtungsstelle entfalte nicht ausreichend Wirksamkeit ohne Dolmetscher*innen, ohne Kulturmittler*innen.“ In demselben Artikel wird der Sprecher mit den Worten zitiert, dass ein neues Angebot seitens des Ressorts in Planung sei. Zitat: „Die Idee ist da, aber es gibt noch nichts Konkretes.“ Gilt das immer noch oder sind die Planungen dort fortgeschritten?

Senatorin Anja Stahmann: Das, was ich eben vorgestellt habe, sind die Planungen. Wir beteiligen uns mit unseren Haushaltsmitteln, jetzt mit 20 000 Euro an dieser Weiterentwicklung, der Schlichtungsarbeit und der Begleitung von jungen Menschen, 5 000 Euro gibt das Bildungsressort dazu. Im vergangenen Jahr war das Innenressort mit 5 000 Euro beteiligt. Wir übernehmen jetzt sozusagen das Team vom Täter-Opfer-Ausgleich und machen eine Ausrichtung. Vorbild ist der Bremer Osten gewesen, der sehr erfolgreich ein solches Projekt installiert hat. Wir sind da sehr zuversichtlich, dass das für Bremen-Nord funktioniert, vielleicht auch noch weiter ausgebaut werden kann, aber wir starten jetzt erst einmal in Absprache mit dem Träger mit dieser Neuausrichtung.

Das Projekt Täter-Opfer-Ausgleich war zwar in der Grohner Düne oder ist in der Grohner Düne beheimatet, aber die Grundkritik der Bewohnerinnen und Bewohner war, sie würden schichtweg davon nichts spüren und nichts mitbekommen. Es wurden Vorschläge gemacht, dass sich der Täter-Opfer-Ausgleich stärker bemühen muss, in der Grohner Düne sichtbar zu sein. Ich glaube, das hat man auch mitgenommen und ernst genommen und – wie gesagt – ich denke, dass der Täter-Opfer-Ausgleich auch noch einmal daran arbeitet, mit einem neuen Projektantrag das WiN-Forum zu überzeugen. Da bin ich absolut zuversichtlich.

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Wenn ich es richtig verstanden habe, orientiert sich die jetzige Arbeit tatsächlich „nur“ an jungen Menschen, die bereits straffällig geworden beziehungsweise rechtskräftig verurteilt sind. Die Schlichtungsstelle hat in Teilen ja schon eine Ebene tiefer angesetzt und den Versuch unternommen zu helfen, damit das gar nicht erst passiert. Glauben Sie nicht, dass ein derartiges Angebot gerade dort auch wichtig wäre?

Senatorin Anja Stahmann: Ja, wie gesagt, ich glaube, dass sich der Täter-Opfer-Ausgleich dann noch einmal stärker bemühen muss, auch das WiN-Forum zu überzeugen. Wir stehen da in engem Austausch seitens unserer Jugendabteilung mit dem Täter-Opfer-Ausgleich. Sollten sich da jetzt noch einmal Bedarfe zeigen – –. Wir sind mit dem Justizressort sehr davon überzeugt, dass dieses Modell, das wir aus dem Bremer Osten kennen, sehr vielversprechend sein kann für Bremen-Nord, sodass auch die Kollegen von Inneres sich damit anfreunden werden.

Wir können die Menschen in den WiN-Foren aber nicht dazu zwingen, wie sie das Geld vor Ort ausgeben, weil wir dort bewusst auf Basisdemokratie setzen und das, finde ich, ist auch ein ganz hohes Gut, dass die Leute darüber selbst bestimmen, welche Maßnahmen stattfinden. Aber, wir stehen in engem Austausch mit Inneres und Justiz und schauen uns natürlich auch die betreffenden Statistiken an und werden weiter im Gespräch bleiben. Insgesamt gilt, dass wir an der Grohner Düne ja unsere soziale Arbeit auch aufgestockt haben und das auch noch weiter tun wollen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Wenn es dort neuere Entwicklungen gibt, würden Sie uns dann informieren?

Senatorin Anja Stahmann: Ja, gern.

Präsident Frank Imhoff: Frau Senatorin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 8: Brand eines Geschosswohnhauses am Rembertiring

Anfrage der Abgeordneten Ali Mehmet Seyrek, Falk-Constantin Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 16. Dezember 2020

Herr Kollege Seyrek, Sie haben das Wort! – Bitte sehr!

Abgeordneter Ali Mehmet Seyrek (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse zum Brand des Geschosswohnhauses am Rembertiring 76 am 15. September 2020 liegen dem Senat betreffend Brandursa-

che, Ursache der ungewöhnlich starken Rauchentwicklung, unbewohnbare Wohnungen und vorübergehende Unterbringung der Bewohnerinnen und Bewohner inzwischen vor?

2. Sind dem Senat Fälle bekannt, in denen die Vermieterin der Wohnungen trotz noch nicht erfolgter Wiederherstellung des Wohnraums weiterhin die Zahlung der Miete einfordert?

3. Welche Kenntnis hat der Senat darüber, zu wann die Wohnungen instandgesetzt werden, und ist er hierüber mit dem Eigentümer im Austausch?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Bull.

Staatsrat Olaf Bull: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Rauchentwicklung bei dem Brand in der Rembertistraße 76 war zwar stark, für einen ausgedehnten Kellerbrand aber auch nicht ungewöhnlich. Hinsichtlich der Brandursache dauern die Ermittlungen an. Das Gutachten des hinzugezogenen Sachverständigen liegt noch nicht vor.

Die Zentrale Fachstelle Wohnen, ZFW, hat eine Familie vorübergehend in einem von der ZFW angemieteten Haus untergebracht. Weitere 14 Personen wurden bis auf weiteres in einem Hotel und neun Personen in Appartements in einem Altenwohnheim untergebracht.

Zu Frage 2: Der Senat kennt keine zivilrechtlichen Streitigkeiten, in denen der Vermieter trotz nicht erfolgter Wiederherstellung des Wohnraums weiterhin die Zahlung der Miete einfordert.

Zu Frage 3: Das Ordnungsamt Bremen wird die Eigentümerin auffordern, kurzfristig Auskunft bezüglich der geplanten Instandsetzung zu erteilen und mitzuteilen, wie sich der zeitliche Rahmen für die Instandsetzung bis hin zur Möglichkeit des Wiedereinzugs der Bewohnerinnen und Bewohner gestaltet. Sofern die Eigentümerin die Instandsetzung nicht aktiv betreibt, wird das Ordnungsamt prüfen, ob Maßnahmen nach dem Bremischen Wohnungsaufsichtsgesetz zu ergreifen sind. Die Prüfung erfolgt in Abstimmung mit der unteren Bauaufsichtsbehörde, die für Anordnungen zur Instandsetzung nach dem Baugesetzbuch zuständig ist. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ali Mehmet Seyrek (SPD): Es sind schon Fälle bekannt, in denen die Vermieterin weiterhin, auch nach dem Brand in diesem Geschosswohnhaus, die Mieten abgebucht hat. Sorgen Sie dafür, dass die Bewohnerinnen und Bewohner ihre Mieten für die nicht bewohnten Monate erstattet bekommen?

Staatsrat Olaf Bull: Uns sind keine Fälle bekannt, das sind ja zivilrechtliche Auseinandersetzungen, aber wenn das wirklich so wäre, nach vier Monaten, wäre das natürlich ziemlich frech. Man muss sich vorstellen, da sind Bewohner in Nebenflügeln von Altenheimen untergebracht, was pandemisch natürlich auch wirklich grenzwertig ist. Wenn das so wäre und wenn bei uns Personen vorstellig werden, die sich darüber beklagen, dass sie trotzdem Miete zahlen müssen, wäre unser Rat natürlich um 100 Prozent zu mindern. Die Arbeitnehmerkammer und der Mieterschutzbund würden das bestimmt auch so als Ratschlag erteilen. Die Sozialleistungsträger würden in diesem Fall selbstverständlich auch die Miete mindern.

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ali Mehmet Seyrek (SPD): Nach unserem Wissen wurde die Vermieterin durch ihre Hausratversicherung dafür entschädigt. Können Sie sich dafür einsetzen, dass die Mieter auch davon profitieren, weil sie durch den Brand ihre Möbel verloren haben und für ihre neuen Wohnungen neue Möbel kaufen müssen?

Staatsrat Olaf Bull: Mir ist das nicht bekannt, in welcher Höhe, von welcher Versicherung Entschädigungen geleistet wurden. Klar ist nur, wenn sich wider Erwarten herausstellen würde, der Vermieter trüge die Schuld an dem Brand, dann hätte er natürlich auch die Kosten für das Inventar zu erstatten. Ansonsten würde das Inventar vom Sozialleistungsträger erstattet oder eben über die Hausratversicherung und das ist ein bestehender Anspruch, der einzuklagen ist. Dieser Anspruch hat vor Gericht Bestand.

Präsident Frank Imhoff: Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Falk-Constantin Wagner? – Bitte schön!

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Herr Staatsrat, teilen Sie meine Auffassung, dass

wir in diesem Fall eine gewisse Hilfelücke im System beobachten mussten, nämlich einerseits zwischen den Menschen, die sich selbst helfen konnten, weil sie genug Geld haben und andererseits denjenigen, die in der Grundsicherung sind und denen die Stadt hilft? Und auch, dass wir Menschen sehen mussten, die durch eigene Arbeit oberhalb der Grundsicherung liegen, aber wenig Geld haben und oftmals keine Hausratversicherungen, und die in diesem Fall in einer besonders prekären Situation waren? Und damit verbunden die Frage: In Berlin wird, meines Wissens, für diese Fälle ein Feuerfonds diskutiert, aus dem genau dieser Menschengruppe dann geholfen werden kann. Hat der Senat für Bremen so etwas auch schon erörtert oder beabsichtigt er dies?

Staatsrat Olaf Bull: Ich glaube, es gibt eine Lücke, ich weiß nicht, wie groß die ist, das kann man nicht genau sagen. Diejenigen, die keine Hausratversicherung abgeschlossen haben, haben hier ein großes Problem und rutschen dann durch. In der Vorbereitung auf die Fragestunde sind wir auch auf dieses Berliner Modell gestoßen, wo ein sogenannter Feuerfonds eingerichtet werden könnte, das steckt noch in den Kinderschuhen. Das müssen wir uns genau anschauen. Ich bin ein wenig skeptisch, wer diesen Fonds speisen soll, darüber habe ich keine Kenntnisse, aber ja, ich glaube, es gibt diese kleine Lücke und die müssen wir im Auge behalten.

Präsident Frank Imhoff: Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen zu diesem Themenkomplex liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 9: Wann sind die Arbeiten an der Bremer Discomeile abgeschlossen?

Anfrage der Abgeordneten Anja Schiemann, Falk-Constantin Wagner, Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 18. Dezember 2020

Frau Kollegin, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Anja Schiemann (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Wie weit sind die Bauarbeiten am letzten Abschnitt der Bremer Discomeile fortgeschritten?

2. Warum sind die Arbeiten im genannten Abschnitt seit Anfang Dezember 2020 ausgesetzt, und wie wirkt sich dies auf die baustellenbedingte Sperrung des Breitenwegs Richtung Rembertikreisel/Dobben aus?

3. Bleibt es bei der für Februar 2021 angekündigten Fertigstellung, und welche Maßnahmen werden zur Einhaltung des Fertigstellungstermins getroffen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet durch Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es gibt noch offene Restarbeiten von Pflasterarbeiten im Bereich der Nebenanlagen. Die Arbeiten an der Fahrbahn sind bis auf die noch ausstehenden Markierungsarbeiten vollständig abgeschlossen.

Zu Frage 2: Die Arbeiten wurden aufgrund eines derzeit noch offenen Mängelverfahrens bezüglich der Betonplatten unterbrochen. Dadurch können die Pflasterarbeiten momentan nicht fertig gestellt werden. Bis dato gibt es keine zeitlichen Auswirkungen auf die baustellenbedingten Sperrungen. Diese gelten bis in den Februar 2021.

Zu Frage 3: Nach heutigem Sachstand bleibt es bei der für Februar 2021 angekündigten Fertigstellung der Maßnahme. Die Bearbeitung des in der Antwort zu Frage 2 genannten Mängelverfahrens wird weiterhin unter starker Berücksichtigung auf das geplante Bauende vorangetrieben. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie Zusatzfragen? – Bitte sehr!

Abgeordnete Anja Schiemann (SPD): Ich habe gesehen, dass die Arbeiten dort wieder aufgenommen worden sind. Ist davon auszugehen, dass die Bauarbeiten an der Disco-Meile Ende Februar endgültig abgeschlossen sind und auch die Teilsperrung des Breitenwegs dann endgültig aufgehoben wird?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Nach jetzigem Sachstand ist das genau der Plan.

Präsident Frank Imhoff: Weiter Zusatzfragen liegen nicht vor. – Vielen Dank für die Beantwortung.

Anfrage 10: Zwangsweise Unterbringung von Quarantäneverweigerinnen/Quarantäneverweigerern

Anfrage der Abgeordneten Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 21. Dezember 2020

Frau Kollegin, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Gegen jeweils wie viele Personen wurde bisher eine zwangsweise Unterbringung nach § 30 des Infektionsschutzgesetzes vom Ordnungsamt angeordnet, bei Gericht beantragt, richterlich angeordnet beziehungsweise tatsächlich durchgeführt, differenziert nach Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheider*innen, die sich einer Absonderung in häuslicher Quarantäne gemäß Coronaverordnung verweigert haben?

2. Inwieweit konnte gegebenenfalls bei den Quarantäneverweiger*innen, die bisher zwangsweise im Klinikum Bremen-Ost untergebracht wurden, entsprechend dem Konzept der GeNo erreicht werden, dass die Unterbringung dieser Personen tatsächlich in einer leerstehenden Station erfolgt?

3. In welchen Einrichtungen erfolgt die zwangsweise Unterbringung von Quarantäneverweiger*innen, die als symptomfreie Infizierte, Ausscheider*innen oder Kontaktpersonen ersten Grades, Ansteckungsverdächtige nicht in einem abgeschlossenen Teil eines Krankenhauses abgesondert werden müssen?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Senatorin Bernhard.

Senatorin Claudia Bernhard: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es erfolgte bislang eine Unterbringung einer Person nach § 30 des Infektionsschutzgesetzes, die sich einer Absonderung in häusliche Quarantäne gemäß Coronaverordnung verweigert hatte. Hierbei handelte es sich um eine positiv getestete Person ohne Krankheitszeichen.

Eine weitere Absonderung wurde verhindert, da die betroffene Person nach einem Aufklärungsgespräch einsichtig war und sich entsprechend der

Coronaverordnung in häusliche Quarantäne begab.

Zu Frage 2: Die Quarantäne verweigernde Person wurde auf einer leerstehenden Station des Klinikum Bremen-Ost untergebracht.

Zu Frage 3: Quarantäneverweiger*innen, die symptomfrei infiziert sind, eben Ausscheider*innen oder Kontaktpersonen ersten Grades, also Ansteckungsverdächtige, können gemäß § 30 Absatz 2 Satz 2 Infektionsschutzgesetz in einer geeigneten abgeschlossenen Einrichtung abgesondert werden. Eine Beleihung einer hierfür geeigneten Einrichtung hat bisher noch nicht stattgefunden.

Verhandlungen mit dem Klinikum Bremen-Ost zum Abschluss eines Beleihungsvertrages laufen, um für jegliche Fälle der Unterbringung eine dauerhafte Lösung herbeizuführen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, wann glauben Sie denn, dass die Verhandlungen mit dem Klinikum Bremen-Ost abgeschlossen sind und gibt es auch weitere Verhandlungen, um die nicht-Ausscheider*innen oder nur die zweiten Grades Infizierten unterzubringen, als in einem Klinikum?

Senatorin Claudia Bernhard: Wir sind nach wie vor in engem Kontakt mit dem KBO bezüglich solcher Fälle. Wir sind sehr froh, dass wir bislang eigentlich gar nicht die Notwendigkeit hatten, denn angesichts der Zahlen, die wir testen und diesem einen Fall, ist glücklicherweise gar kein weiterer notwendig geworden. Der durchgeführte Fall, also diese Unterbringung, wird sich nicht wieder so herstellen lassen, denn wir können ja nicht eine ganze Station auf Verdacht leer stehen lassen.

Deswegen wird in einer weiteren Verhandlung mit dem Klinikum abgesteckt, was die Örtlichkeit sein könnte und wie das auch flankiert werden kann, denn es geht ja nicht nur um Unterbringung, sondern das muss auch entsprechend abgedeckt werden. Ich kann Ihnen zum aktuellen Zeitpunkt nicht sagen, wann das genau sein wird, da glücklicherweise der aktuelle Fall und der Druck nicht so hoch sind, dass wir das sozusagen übermorgen in Angriff nehmen müssten.

Präsident Frank Imhoff: Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Herrn Dr. Buhlert. – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Frau Senatorin, wie lange hat denn dieser Fall gedauert, sprich, wie lange war die Unterbringung dieser Person in der entsprechenden Station?

Senatorin Claudia Bernhard: Das waren nur diese knapp 14 Tage.

Präsident Frank Imhoff: Frau Senatorin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung!

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet. Die vom [Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 1114](#).

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 10

vom 11. September 2020
(Drucksache [20/304 S](#))

Wir verbinden hiermit:

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 13

vom 4. Dezember 2020
(Drucksache [20/365 S](#))

und

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 14

vom 21. Januar 2021
(Drucksache [20/393 S](#))

Gemäß § 12 Absatz 3 des Petitionsgesetzes verlangt die Fraktion der CDU eine Aussprache über die Petitionen S 20/37, S 20/64 und S 20/73 aus dem Petitionsbericht Nr. 10.

Ebenfalls verlangen die Fraktionen der CDU und der FDP eine Aussprache über die Petition S 20/97 aus dem Petitionsbericht Nr. 13.

Die restlichen Petitionen aus den beiden Berichten wurden bereits in der Sitzung der Stadtbürgerschaft am 15. Dezember 2020 behandelt.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Monaten behandelten wir im Petitionsausschuss eine Petition des Landessportbundes Bremen, in der ich Berichterstatterin war. In der Petition forderte der Landessportbund, LSB, den Senat auf, den Sport breit zu fördern, unter anderem dadurch, dass er Hallen- und Sportplatzmieten erlässt.

Da ich mich wirklich schwertue mit der permanenten Diskrepanz von einem heißblütigen Lippenbekenntnis zum Breiten-, aber vor allem auch zum Spitzensport seitens der Politik und der finanziell doch unterfütterten Realität, war mein erster Impuls, die Forderungen des LSB vollumfänglich zu unterstützen.

Intern haben wir dann aber noch einmal überlegt: Wenn wir selbst in der Regierungsverantwortung stünden, was würden wir tun? Heraus kam eine motivatorische und fiskalisch interessante Idee, die ich am 25. September 2020 im Petitionsausschuss zur Diskussion gestellt habe und die wir als Ausschuss dem Vertreter des Sportamtes, Herrn Zeyfang, einmal zur Prüfung mit auf den Weg gegeben haben: Erstens, der Mietzins, den Vereine für die Nutzung von Sportstätten und -hallen entrichten müssen, wird für zwei Jahre coronabedingt erlassen und aus dem Coronafonds kompensiert. Zweitens, es wird ein Sanierungsplan mit klaren Meilensteinen, also Etappenzielen, definiert, und bei jedem erreichten Meilenstein wird eine bestimmte Erhöhung der Miete fällig. Am Ende wird wieder die volle Miete bezahlt, und Hallen, Sportstätten und Bäder sind wieder in einem Zustand, der nicht mehr peinlich ist und der den Sportlerinnen und Sportlern auch wieder Freude bereitet.

(Beifall FDP)

Durch diesen Push-Pull-Effekt gäbe es auf beiden Seiten ein gewisses Eigeninteresse, und es wird ein Anreiz geschaffen, den maroden Zustand endlich Zug um Zug anzugehen. Der Vorschlag, den wir als FDP-Fraktion unterbreitet haben, wäre in unseren Augen geeignet gewesen, den Sport in unserer

Stadt zu unterstützen und unsere Wertschätzung für die viele ehrenamtliche Arbeit, die in Vereinen geleistet wird, zum Ausdruck zu bringen. Den Gedanken, einerseits die belasteten Sportvereine gerade in der aktuellen Situation zu entlasten und das mit einem Anreiz zu verbinden, um schneller zu sanieren, mochten die Koalitionäre aber nicht. Natürlich müsste der Vorschlag, das ist klar, weiter konkretisiert werden, aber schon die Idee selbst wird von den regierenden Fraktionen zurückgewiesen. Wir hätten uns gewünscht, dass Vereine für Sportanlagen in einem sehr schlechten Zustand eigentlich gar keine Miete mehr bezahlen und diese erst nach einer Besserung des Zustands nach und nach wieder angehoben wird.

Wir alle wissen, dass sich viele städtische Sportstätten in einem desolaten Zustand befinden, und das wird, glaube ich, hier niemand ernsthaft bestreiten.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Danke übrigens an die SPD, die für die letzte Sitzung der Sportdeputation eine Berichtsbitte angefordert hat, die einfach noch einmal dargestellt hat, wie der Sanierungsstau der Sporthallen und Gebäude aussieht!

Aus den in der Sportdeputation vorgelegten Zahlen in der letzten Woche geht hervor, dass wir bei einem kompletten Verzicht auf die Mieteinnahmen für Sporthallen auf circa 800 000 Euro verzichten müssten. Ja, das ist eine Menge Geld! Wir fordern nicht, gänzlich auf die Miete zu verzichten, sondern sie eben nach dem Zustand der Anlagen zu staffeln.

Die Vorteile wiederhole ich gern! Vorteil eins: Damit bestünde für die Stadt ein realer Anreiz, schnell wieder höhere Mieteinnahmen zu generieren und den Sanierungsstau aufzulösen, und ganz nebenbei entstünde dadurch ein weiterer heilsamer Nebeneffekt, nämlich, dass man zur Beschleunigung den Bürokratieabbau angehen müsste und andere Phänomene, die eine effiziente Sanierung von Sportstätten verzögern. Vorteil zwei: Dadurch würden die Vereine finanziell entlastet, und man müsste sie für eine Schlechtleistung, so nenne ich es einmal, wie marode Sportstätten nicht voll zur Kasse bitten.

Wir Freien Demokraten hätten es gesund gefunden und begrüßt, wenn diese konstruktive Idee mit ihrem Push-Pull-Effekt vom Petitionsausschuss so

verabschiedet worden wäre und wir diese zumindest einmal hätten prüfen lassen. Vielleicht gibt es ja die Chance, sich an den Gedanken zu gewöhnen und ihn in anderer Form oder zu einem späteren Zeitpunkt zu berücksichtigen. Mich würde es persönlich freuen, und ich glaube, für die Vereine wäre es richtig gut. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Cindi Tuncel.

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuerst einmal sagen, dass mir als sportpolitischer Sprecher unserer Fraktion die Petition „Vereinsport ist MEHR wert!“ sehr sympathisch ist. Welche Bedeutung sie hat, lässt sich ja schon daran erkennen, dass sie von 2 785 Bremerinnen und Bremern mitgezeichnet worden ist. Das untermauert, dass der Vereinsport eine große Bedeutung für viele Menschen hat, und das kann ich nur unterstützen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Bremer Sportvereine leisten hervorragende Arbeit. Sport bewegt, macht Spaß und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Die aktive Arbeit der vielen engagierten Ehrenamtlichen bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aus ganz unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen die Gelegenheit, gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen und füreinander einzustehen. Deswegen haben wir uns in der rot-grün-roten Koalition ja auch vorgenommen, den Sport zu fördern, das Ehrenamt zu stärken und die Sportstätten zu sanieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es stellt sich also die Frage, wie erfolgreich wir damit in den ersten beiden Jahren unserer Legislaturperiode waren, und ich würde einmal selbstkritisch sagen, wir sind so im Mittelfeld. Da hat es schon einige Verbesserungen für den Vereinsport gegeben. Für die Pflege der städtischen Sportanlagen erhalten die Vereine mehr Geld, die Zuschüsse zu den Energiekosten der Sportvereine mit eigenen Sportstätten sind verdoppelt worden, und zur Anschaffung von weiteren Sportgeräten und größeren technischen Geräten bekommen Sportvereine mehr Sportfördermittel.

Die Sanierung der städtischen Sportstätten schreitet planmäßig voran. Die Unterstützung für sozial

benachteiligte Kinder und Jugendliche beim Zugang zum Vereinssport ist erhöht worden, zum Beispiel durch die Projekte „Kids in die Clubs“ und „Kids in die Bäder“. Zudem hat es auch Verbesserungen bei der Unterstützung des Leistungssports gegeben.

Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, in den Haushaltsberatungen der Koalition eine deutliche Steigerung der Pauschale für Übungsleiterinnen und Übungsleiter zu verabreden. Dafür haben wir uns seit Langem eingesetzt. Insofern gibt es schon eine Reihe von Verbesserungen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Richtig ist aber auch, dass eine weitere Erhöhung bei der Förderung der Bremer Sportvereine und eine verstärkte Sanierung der Bremer Sportstätten durchaus wünschenswert bleiben. Sieht man in den Haushaltsplan, dann stellt man fest, dass sich der Haushalt des Sportressorts im Vergleich zu 2019 substanziell erhöht hat. Stünden dem Sportressort im Jahr 2019 noch 12,7 Millionen Euro für konsumtive Ausgaben zur Verfügung, waren es im Jahr 2020 schon 14,3 Millionen Euro, und in diesem Jahr stehen für den Sport 16,7 Millionen Euro bereit. Das ist schon eine ganz schöne Steigerung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Allerdings wird der größere Teil dieser zusätzlichen Mittel für die steigenden Anforderungen der Bremer Bäder verwendet, auch für die Vergünstigungen der Eintrittspreise für Kinder und für vergünstigte Eintritte von anderen Berechtigten.

Das Gleiche gilt für die drastisch gestiegenen investiven Ausgaben, die jedoch überwiegend für den Neubau des Westbades und des Horner Hallenbades verwendet werden. Das ist ja auch zu verstehen: Neben den großen Bedarfen im Bereich der Bäder konnten die Verbesserungen für den Vereinssport in den Jahren 2020 und 2021 nur mittelmäßig ausfallen, das muss man schon einräumen, meine Damen und Herren. Insofern hoffe ich, dass es uns gelingt, in den kommenden beiden Jahren noch weitere Verbesserungen für den Vereinssport zu erreichen. Dafür werden wir uns einsetzen.

Noch ein Satz zum Schluss: Es ist wirklich sehr wichtig – es wurde auch in der Pandemie sehr deutlich –, wie wichtig der Sport ist, wie wichtig die Sportvereine sind. Deshalb ist es auch weiterhin wichtig, dass wir uns – vor allem die im Breitensport sehr Aktiven – dafür einsetzen, auch unter Coronabedingungen den Menschen, zumindest

den Kindern und Jugendlichen, zu ermöglichen, Bewegungsangebote auch während der Zeit von Corona zu schaffen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Marco Lübke.

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Hintergrund dafür, warum wir als CDU-Fraktion Debattenbedarf zu dieser Petition angemeldet haben, ist die Art und Weise, wie mit dieser Petition umgegangen wurde. Seit vielen Jahren diskutieren wir über die Finanzierung des organisierten Sports, und ich finde, da ist ganz deutlich geworden, dass der organisierte Sport in Bremen seit Jahren und Jahrzehnten chronisch unterfinanziert ist. Insofern hätte ich mir gewünscht, dass wir diese Petition zum Anlass nehmen, um in den nächsten Monaten in der Sportdeputation darüber zu diskutieren, wie wir dieses Problem angehen und in den Griff bekommen, weil der Sport für uns als CDU-Fraktion einen erheblichen Stellenwert hat.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte einmal an einem ganz konkreten Beispiel deutlich machen, worum es geht! Wir sind mittlerweile in Bremen an einem Punkt angekommen, an dem einige Vereine – und damit meine ich nicht nur kleine Vereine, sondern auch Mehrspartenvereine – für ein Kind oder einen Jugendlichen einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von 13 bis 15 Euro verlangen müssen. Das machen die Vereine nicht, um sich Luxus zu gönnen oder ihre Sportstätten zu versilbern, sondern das müssen sie mittlerweile tun, weil der finanzielle Druck mittlerweile so erheblich groß geworden ist.

Es ist nicht nur so, dass 15 Euro viel Geld ist – und da hilft es ehrlicherweise auch nicht, dass einige Kinder Unterstützung vom Staat bekommen –, ich will einmal als Vergleich anführen, was andere Vereine in anderen Bundesländern für Mitgliedsbeiträge verlangen: Der Schnitt in den meisten Bundesländern liegt bei circa fünf Euro pro Kind.

Meine Damen und Herren, diese erheblichen Differenzen fallen nicht zufällig vom Himmel, sondern sie haben ja Gründe. Der Petent hat in der Petition einige Punkte genannt, auf die ich auch kurz ein-

gehen möchte: Ein wesentlicher Punkt im Etat jedes Sportvereins sind die Energiekosten. Diese steigen – das ist bekannt – wie überall Jahr für Jahr und bauen einen erheblichen Druck auf die Sportvereine auf, und diese müssen gezwungenermaßen die hohen Kosten an die Vereinsmitglieder übertragen, weil die Energiekostenzuschüsse einerseits insgesamt zu niedrig und andererseits auch nicht im gleichen Maße gestiegen sind wie die Energiekosten.

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt anführen! Das sage ich Ihnen jetzt einfach einmal nicht als Abgeordneter, sondern als Schwimmer: Wenn ich hin und wieder einmal an einem Wettkampf teilnehme, auch in Niedersachsen zum Beispiel, dann bekomme ich natürlich auch oft mit, was die Vereine dafür leisten müssen, was die ausrichtenden Vereine zum Beispiel für die Nutzung eines Schwimmbades bezahlen müssen. Oft ist es dann so, dass die Vereine außer der Reinigungsgebühr nichts bezahlen. Ich will auch nicht behaupten, dass das repräsentativ ist und dass es überall so gemacht wird, aber es macht doch deutlich, dass auch die Kosten für die Nutzung der Sportstätten einen immensen Druck auf den Etat eines Sportvereins aufbauen. Auch da hat sich in den Jahren nichts zum Positiven verändert.

Ein weiteres Problem, das wurde eben auch schon angesprochen, besteht seit Jahren in der Generierung von Ehrenamtlichen und insbesondere natürlich von Übungsleitern. Zwar ist der Zuschuss zur Übungsleiterpauschale – das wurde eben auch schon gesagt – erhöht worden, aber wir als CDU-Fraktion sind davon überzeugt, dass wir vorher ansetzen müssen. Es muss nämlich darum gehen, die Menschen für das Ehrenamt zu gewinnen, zu begeistern und dann auszubilden. Dazu bedarf es nach meiner Ansicht auch Fördermitteln, zum Beispiel für positive Imagekampagnen, oder dass man einfach deutlich macht, wie wichtig, wie kostbar und wie interessant diese Tätigkeit ist.

Als letzten Punkt möchte ich noch anführen, dass endlich sukzessive der riesige Sanierungsstau bei der Sportinfrastruktur abgebaut werden muss. Es ist schon schlimm genug, dass wir so viele Sporthallen und Sportplätze haben, die in einem katastrophalen Zustand sind, aber wegen der viel zu geringen Mittel im Sporthaushalt wird sich an dieser Situation nicht viel ändern, sondern es wird in den nächsten Jahren noch deutlich schlimmer.

Lassen Sie mich für die CDU-Fraktion eines ganz deutlich sagen: Eine intakte, funktionsfähige und

moderne Sportinfrastruktur ist überhaupt die Voraussetzung dafür, um Sport treiben zu können. Sie ist die absolute Basis des organisierten Sports, und da gibt es auch eine Pflicht der Stadt, diese zur Verfügung zu stellen.

(Beifall CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer Punkt wäre noch die seit Jahrzehnten stiefmütterlich behandelte Förderung des Leistungssports, was sich ja leider auch an dem gescheiterten Projekt „Haus des Athleten zeigt“.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren! Aus meiner Sicht, aus Sicht der CDU-Fraktion muss hier eine grundsätzliche Debatte geführt werden mit dem Ziel: Wie können wir den organisierten Sport weiter unterstützen und attraktiver machen? Deswegen finde ich es falsch – das habe ich eingangs gesagt –, diese Petition für erledigt zu erklären oder abzulehnen, weil viele Punkte und Probleme nicht gelöst sind.

(Glocke)

und weil es um die Zukunft des organisierten Sports in Bremen geht. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mustafa Öztürk.

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch für uns Grünen, Herr Kollege Lübke und Frau Bergmann, ist der Sport wichtig. Ich finde es immer ein bisschen schade, wenn man das immer nur für sich in Anspruch nimmt und das hier vorn betont. Wir sportpolitischen Sprecherinnen und Sprecher haben in der Sportdeputation immer einen Zusammenhalt, wenn es um den Sport geht, wir wollen nämlich das Beste.

Über die Petition und über die Forderungen, die in der Petition standen, wurde ja schon einiges gesagt. Wir haben uns ernsthaft damit beschäftigt, und die Petition fiel auch genau in eine Zeitspanne, in der wir Haushaltsberatungen hatten, meine Damen und Herren, das sollte man nicht vergessen. Deswegen hat diese Koalition in Sportanlagen investiert und das Ehrenamt massiv gestärkt und verbessert. Mit dem Haushalt 2020/2021 haben wir die Rahmenbedingungen für den Breitensport völlig

neu aufgestellt. Wir haben die Zuschüsse für die Bewirtschaftung und Pflege der Sportanlagen um 300 000 Euro auf deutlich über 800 000 Euro pro Jahr angehoben. Das konnte man nicht nur im Haushaltsentwurf sehen, das haben wir auch in der Sportdeputation ausgiebig debattiert.

Wir haben enorme Energiekostenzuschüsse vorgesehen, für die Sanierung der städtischen Sportstätten stehen ab 2021 rund 1,5 Millionen Euro bereit. Wir haben große Projekte geplant, ein Stichwort: Der Kunstrasenplatz auf der Bezirkssportanlage Blockdiek ist mit dabei. Wir haben die Übungsleiterpauschale um zehn Prozent erhöht, wir haben das Integrationspaket in Zusammenarbeit mit dem Landessportbund im Hinblick auf die Projekte wie „Kids in die Clubs“ und „Kids in die Bäder“ fortgeschrieben. Wir haben alles Erdenkliche getan, um gerade in diesen Pandemiezeiten den Vereinssport als einen so wichtigen Teil, als Teil des sozialen Kits dieser Gesellschaft weiterhin zu stärken und lebenswert zu machen, und ohne Ehrenamt wäre der Sport auch fast nichts wert. Den haben wir da auch mit gestärkt, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Die Vereine können sich darauf verlassen, dass wir weiter in den Erhalt der Sportanlagen investieren und ihnen auch bei den Energiekosten zur Seite stehen. Das Herzstück der Vereine, das habe ich eben gesagt, ist das Ehrenamt. Ohne Übungsleiterinnen und Übungsleiter wären viele Sportangebote nicht möglich. Deswegen auch die Erhöhung der Übungsleiterpauschale um zehn Prozent! Im Grunde genommen sind die Menschen eigentlich unbezahlbar, aber wir haben uns hier auf einen Kurs geeinigt, der den Vereinen und insbesondere den Menschen, die in den Vereinen Sport treiben und den Kindern und Jugendlichen zugutekommt.

Ein Schwerpunkt dieses Haushalts 2020/2021 waren die Bäder. Wir haben die Zuschüsse für die Nutzung der Bäder, das sogenannte Bahngeld, um sieben Prozent erhöht. Wir haben den Betriebskostenzuschuss an die Bädergesellschaft um eine Million Euro für 2020 und um 3,3 Millionen Euro für 2021 angehoben. Wir haben die Planungsmittel für das Freizeitbad Vegesack ebenso abgesichert wie die für den Neubau des Westbades. Der Neubau im Horner Bad ist mit 16,8 Millionen Euro auch abgesichert, bei den übrigen Sanierungen und dem Neubau der Bäder halten wir weiterhin Kurs, um erreichbare Bäder in den Stadtteilen zu erhalten.

Wir haben auch weiter im Breitensport den Bundesstützpunkt Rhythmische Sportgymnastik mit 30 000 Euro abgesichert und uns auch mit 50 000 Euro am Haus der Athleten beteiligt, meine Damen und Herren. Wir haben auch intensiv über diese Petition debattiert, und wir haben den Coronatopf massiv aufgestockt. Wir haben ganz andere Staffellungen eingebaut. Wir haben allein bis zum 25. November 510 000 Euro in Bremen und 190 000 Euro in Bremerhaven aus dem Soforthilfeprogramm für den Sport verpflichtet, das sind 700 000 Euro insgesamt. Wenn man sich jetzt hier hinstellt – es stehen so viele Zahlen auf meinem Sprechzettel, den ich vorbereitet habe! – und uns vorwirft, wir hätten nichts für den Sport im Land Bremen getan, dann ist das eigentlich nicht redlich, meine Damen und Herren! Das ist für mich an der Stelle nicht in Ordnung.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wir haben allein das einsetzbare Mittelvolumen für den Sport, für die Coronatöpfe in einzelnen Bereichen für die Sportvereine, aufgestockt. Wir haben das bis zum Ende des Jahres komplett entfristet, darüber haben wir auch in der Sportdeputation diskutiert.

Ein abschließender Gedanke zu Ihnen, Frau Bergmann, zu Ihrem Vorschlag, den Sportvereinen für zwei Jahre den Mietzins zu erlassen und dann sukzessive nach Sanierung eine gestaffelte Miete zu verlangen! Ich frage mich: Nach welchem Maß und nach welcher Motivlage will man das denn machen?

(Glocke)

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin! Angenommen, wir haben einen Sportverein auf einer Anlage, der würde nach Ihrer Rechnung dann nach der Sanierung deutlich mehr bezahlen als vor der Sanierung. Das ist nicht in Ordnung, und das ist nicht fair! Die Bezirkssportanlagen sind in einem relativ guten Zustand. Nicht alle sind hervorragend, das sage ich auch ganz deutlich, aber die meisten sind in einem passablen Zustand, in den wir regelmäßig investieren und investieren müssen. Insofern haben wir hier einiges für den Sport getan

(Glocke)

und die Petition auch entsprechend im Petitionsausschuss als nicht abhilfefähig hier in die Bürgerschaft gegeben.

Wir bleiben bei der Empfehlung, dass wir die Petition an der Stelle ablehnen. Sie enthält zwar gute Vorschläge, aber das allermeiste haben wir in den Haushaltsberatungen schon eingebracht und abgeschlossen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kevin Lenkeit.

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Petition bietet allen Menschen die Möglichkeit einer politischen Befassung mit ihrem Anliegen, und weil wir die Berichte des Petitionsausschusses hier meistens ohne Debatte behandeln und der Kollege Rohmeyer als Vorsitzender des Ausschusses nicht so der sportliche Typ ist und deswegen der Kollege Lübke zum Thema gesprochen hat,

(Heiterkeit)

lassen Sie mich als stellvertretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses einen Moment meiner Rede nutzen, um dies für die Eigenwerbung zu tun!

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an Sie appellieren: Werben Sie bei den Bürgerinnen und Bürgern, bei ihren Kolleginnen und Kollegen, Ihren Nachbarn und Bekannten für eine Petition, und zwar ganz deutlich: Werben Sie für eine direkte Petition über die Seite der Bremischen Bürgerschaft! Jeder kann sich an den Petitionsausschuss wenden, egal, welchen Alters, egal, wo er wohnt, und es ist vor allem auch egal, ob man mit seinem Anliegen allein an den Petitionsausschuss herantritt, oder ob es eine Petition ist, die von einem Dutzend, einigen Hundert oder gar einigen Tausend Menschen unterstützt wird.

Niemand muss über professionelle externe Plattformen sein Anliegen an die Bremische Bürgerschaft artikulieren. In aller Deutlichkeit: Denen geht es um die Daten, die erzeugte Werbung für ihre Seite und am Ende des Tages sicherlich auch um Spenden. Deswegen: Machen Sie es wie bei der Petition zur Verbesserung der Sportförderung ganz einfach als öffentliche Petition mit mehr als 2 700 Unterstützerinnen und Unterstützern! Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine wichtige Petition, eine richtige Petition, welche die Erhöhung der eingesetzten Mittel im Haushalt 2020/2021 für den Bereich Sport fordert.

Meistens schaffen wir es, im Petitionsausschuss eine parteiübergreifende einheitliche Beschlusslage zu den Petitionen herzustellen, hier waren wir uns ausnahmsweise einmal nicht ganz einig. Das ist auch gar nicht schlimm, denn ich bin mir sicher, dass wir im Kern alle dicht beieinander sind. Wir als Koalition teilen das Anliegen der Petenten natürlich, und obwohl es hier im Ergebnis bei den eingesetzten erhöhten Mitteln des rot-grün-roten Haushalts für den Bereich Sport bleibt, ist die Petition ein wichtiger Hinweis darauf, dass der Sport auch zukünftig qualitativ hochwertig sein und ein qualitativ hochwertiges und wohnortnahes Angebot für alle Menschen bereitstellen muss. Hierfür haben wir an einigen Stellschrauben gedreht, vieles wurde auch schon offen angesprochen, die Erhöhung der Übungsleiterpauschalen, die Erhöhung der Bahngelder – das wird den passionierten Schwimmer Marco Lübke sicher freuen! –, die Projekte „Kids in die Clubs“, „Kids in die Bäder“, die Erhöhung der Zuschüsse zu den Energiekosten und insbesondere die Schwimmförderung seien hier genannt.

Uns ist bewusst, wir sind hier in einem kontinuierlichen Sanierungsprozess, der uns wahrscheinlich immer begleiten wird, und ja, auch immer wird es die Forderung nach mehr geben. Dass wir diesen Forderungen nicht immer komplett nachkommen können, erklärt sich von selbst. Trotzdem bin ich mir sicher, dass das Thema Sport zukünftig nicht nur durch unsere sportpolitische Sprecherin Frau Prof. Eva Quante-Brandt prominent platziert wird, sondern auch von den Kolleginnen und Kollegen aller demokratischen Fraktionen hier im Haus.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das angesprochene Thema Mietzins und Sanierungsplan, so wurde mir berichtet, ist ja ein aktuelles Beispiel, das debattiert wird, das wird im Übrigen in der Sportdeputation debattiert, nicht im Petitionsausschuss. Sie sehen, hier wird nichts abgewiesen oder eine Diskussion beendet. Wir bedanken uns als SPD-Fraktion bei allen Unterstützerinnen und Unterstützern des Sports in unserer Stadt, insbesondere bei den vielen Tausenden ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern.

Die Petitionen S 20/37, S 20/64 und S 20/73 über die Errichtung einer Flachwasserzone an der Lesum werden wir an den Petitionsausschuss zurücküberweisen. Hier haben die Petenten weiteren Diskussionsbedarf, und diesen Platz wollen wir ihnen gern geben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und bleiben Sie gesund!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über die Petitionen S 20/37, S 20/64 und S 20/73 aus dem Petitionsbericht Nr. 10 abstimmen.

Hier ist beantragt, die Petitionen nach § 12 Absatz 1 Ziffer 3 Bremisches Petitionsgesetz an den Petitionsausschuss zurückzugeben.

Wer der Rückgabe der Petitionen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Jetzt lasse ich über die Petition S 20/97 aus dem Petitionsbericht Nr. 13 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, M.R.F., Abgeordneter Peter Beck [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Nun lasse ich über den Petitionsbericht Nr. 14 abstimmen.

Eine Aussprache ist hierzu nicht beantragt worden.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

„Sprach- und Integrationsmittler“ und „Sprach- und Kulturlotsen“ in die öffentliche Verwaltung übernehmen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 10. November 2020 (Drucksache [20/349 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Anja Stahmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Valentina Tuchel.

Abgeordnete Valentina Tuchel (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute über die wertvolle Tätigkeit von Sprach- und Integrationsmittler*innen. Diese Menschen leisten einen erheblichen Beitrag zu einer möglichst früheren Integration in die Bremer Stadtgesellschaft. Die Etablierung des Fortbildungsberufs Sprach- und Integrationsmittler*in hat bereits in vielen bundesdeutschen Kommunen gute Fortschritte gemacht. Leider verblieb der Großteil der Sprach- und Integrationsmittler*innen in den vergangenen Jahren im Anschluss an die Fortbildung in öffentlich geförderten Beschäftigungsprojekten oder in vorwiegend ehrenamtlicher Tätigkeit. Die Erfahrungen in der Praxis zeigen, dass die Mittler*innen und Lots*innen eine wichtige Arbeit leisten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sie haben selbst Migrationserfahrung, kommen aus unterschiedlichen Kulturkreisen, und da sich der Einsatz dieser Expertinnen und Experten aus eigener Lebenserfahrung in Bremer Ämtern und Behörden in den vergangenen Jahren sehr bewährt hat und damit gleichzeitig für sie eine berufliche Perspektive geschaffen wurde, sollte nun den qualifizierten Sprach- und Kulturlotsen und Sprach- und Integrationsmittlern ein beruflicher Einstieg in eine sozialversicherungspflichtige und dauerhafte Beschäftigung eröffnet werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es bedarf aus meiner Sicht einer Prozessbegleitung. Das heißt konkret, dass es notwendig ist, ein zwischen den Ressorts Soziales und Arbeit abgestimmtes Konzept zu erstellen, das darstellt, wie qualifizierte Sprach- und Kulturmittler*innen dauerhaft in ausgewählten Dienststellen der öffentlichen Verwaltung angestellt oder eine weitere Beschäftigung bei Trägern ermöglicht werden kann, zum Beispiel bei Krisenintervention und Begleitung zu medizinischen Diensten, Behörden oder Sozialinstitutionen.

Die Mitarbeiter*innen bieten eine vertrauensvolle und fachkundige Begleitung bei Krisen durch traumatisierende Fluchterfahrungen, Konflikten nach der Ankunft in der neuen Umgebung in familiären und persönlichen Problemen und ziehen bei Bedarf weitere Fachdienste hinzu. Vor diesem Hintergrund sehe ich die Notwendigkeit, ein neues, aktuelles Konzept zu schaffen, zu entwickeln, es soll nun den qualifizierten Sprach- und Integrationsmittler*innen ein beruflicher Einstieg in eine sozialversicherungspflichtige und dauerhafte Beschäftigung eröffnet werden. Damit würde auch dem hohen Bedarf an kultursensibler Übersetzung in den Diensten und Dienststellen Rechnung getragen werden. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christoph Weiss.

Abgeordneter Christoph Weiss (CDU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2015 gehört für mich zu einer der Sternstunden in unserer Geschichte. Deutschland hat damals in einer humanitären Notsituation die Grenzen und unsere Herzen geöffnet und über eine Million Flüchtlinge in das Land gelassen. Uns allen war sicherlich klar, dass das zu Belastungen und Herausforderungen ganz unterschiedlicher Art führen würde. Trotzdem, vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte und unter Abwägung von allem Für und Wider, war es das absolut richtige Zeichen, die richtige Entscheidung.

(Beifall CDU)

Ich habe nie verstanden, dass ein Europa mit über 300 Millionen Menschen vor der Aufgabe, zwei bis drei Millionen Flüchtlinge aufzunehmen, kleinmütig sein sollte. „Wir schaffen das!“ war für mich

keine naive Wunschvorstellung, sondern ein Appell an unseren Humanismus und unsere Weltoffenheit.

Auch in Bremen entstanden damals sehr viele Initiativen, die einen Beitrag leisten wollten, private, betriebliche, halbstaatliche und staatliche, kleine und große. Ich blicke auf diese Zeit mit einem gewissen Stolz, und viele von uns könnten von ihren ganz persönlichen Erfahrungen aus dieser Zeit berichten. Geholfen haben auch Sprach- und Integrationsmittler und Kulturlotsen, um die es in diesem Dringlichkeitsantrag geht.

Das Jahr 2015 und die Jahre danach waren Jahre mit besonderen Herausforderungen, in denen nur durch den besonderen Einsatz ganz vieler Menschen eine wichtige Integrationsarbeit erfolgen konnte. Im Jahr 2020 sind noch viele Aufgaben offen, und weitere Flüchtlinge kommen in unser Land, allein ihre Anzahl ist deutlich gesunken. Daher ist es richtig, bevor man, wie in Ihrem Antrag formuliert, das „Wie“ einer Festanstellung im öffentlichen Dienst ermittelt, die Frage nach dem Umfang und den zukünftigen Aufgaben stellt.

Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst muss den Kriterien der Nachhaltigkeit genügen und darf nicht, so wünschenswert das auch ist, losgelöst von stichhaltigen Analysen über auch zukünftig benötigte Kapazitäten vorgenommen werden. 2015 wird sich so schnell nicht wiederholen, also wäre ein Bezug dazu verfehlt. Außerdem muss geklärt sein, welche Profile und Qualifikationen konkret im öffentlichen Dienst erwartet werden.

Wir halten die Schaffung von Stellen mit dem genannten Profil grundsätzlich durchaus für zielführend, vermissen aber die kritische Analyse vor der Entscheidung eines „Wie“. In Bremen darf gerade heute der öffentliche Dienst nicht für Arbeitsmarktpolitik missverstanden werden. Das hatten wir schon einmal, und an diesen damals sicher auch guten Absichten leiden wir noch heute. Der Dringlichkeitsantrag in dieser Form setzt ein falsches Zeichen, wir lehnen ihn daher ab. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Cindi Tuncel.

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bremen ist nicht nur eine moderne und lebendige Stadt, sondern auch ein Knotenpunkt der

deutschen Migrationsgesellschaft. Jedes Jahr entscheiden sich Menschen mit und ohne Fluchterfahrung für Bremen als ihr neues Zuhause, so Bremen sie lässt. Oft ist das Ankommen in Deutschland mit vielen Schwierigkeiten und Hürden versehen. In vielen Ämtern ist die ausschließliche Sprache Deutsch, amtliche und geschäftliche Post kommt für viele Erstsprachler*innen schon schwer verständlich in sogenanntem Beamtendeutsch.

Alle Regionen dieser Erde haben unterschiedliche Regelungen und Verfahren, das Leben zu organisieren. Das Gesundheitssystem, das Einwohnermeldeamt, die Ausländerbehörde, die Energie- und Telefondienstleister und das Jobcenter haben alle eigene Verfahren und Abläufe, in denen sich hier ankommende Bremerinnen und Bremer zurechtfinden müssen. Viele bereits länger in Bremen Lebende nehmen Beratungsangebote für die Bereiche Arbeit, Wohnen, Gesundheit und so weiter wahr, aber auch Antidiskriminierungsstellen sind eine wichtige Anlaufstelle. Um diese Beratungsangebote auch als Neubremerin und Neubremer zu kennen, um sie wahrnehmen zu können, ist es wichtig, dass sie mit den Herausforderungen und Schwierigkeiten, die ihnen hier begegnen, nicht alleingelassen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Seit vielen Jahren leisten die Sprach- und Integrationsmittler*innen – kurz Sprinter genannt – und die Sprach- und Kulturlotsen in diesem großen Aufgabenfeld eine unschätzbar wichtige Arbeit. Es ist ihr enormer Beitrag für die Kulturübertragung und Kulturverbindung, der in Bremen Ankommenden Eigenständigkeit erleichtert und Sicherheit in einer oft unsicheren Situation bringt. Diese Transmissionsarbeit ist in einer modernen Migrationsgesellschaft unverzichtbar, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Sie ist Notwendigkeit und kein nettes Extra, sie ist Teil der Arbeit, die eine Gesellschaft neu zugezogenen Mitmenschen schuldig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Anspruch und diese sehr verantwortungsvolle Arbeit verbessern die Perspektive der Migranten in Bremen. Es ist eine Aufgabe aller postmigrantischen Gesellschaften, Integration niedrigschwellig zu ermöglichen und mitzugestalten. Das bedeutet häufig auch, die Migranten bei der Meisterung der Hürden zu unterstützen, die ihnen

selbst noch viel zu häufig in den Weg gelegt werden. Auch beim Umgang mit Rassismus und dem wehren dagegen – das erleben ratifizierte Migranten in ganz Deutschland innerhalb und außerhalb der Ämter – benötigen sie Beratung und Ressourcen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denn integrative Arbeit wird, obwohl sie so zentral für unsere heutige Gesellschaft ist, häufig nicht wertgeschätzt oder sogar als einseitige Bringschuld der Migrant*innen in einer rassistischen Dominanzgesellschaft gesehen.

Mit unserem Antrag wollen wir nun denen eine Perspektive eröffnen, die diese Integrationsarbeit der Migranten unterstützen. Sie leisten eine Arbeit, auf die unsere Gesellschaft angewiesen ist, und wir dürfen nicht zulassen, dass zentrale Aufgaben der Migrationsgesellschaft aus unsicheren prekären Verhältnissen heraus bearbeitet werden,

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

indem das notwendige migrantische Wissen ausgebeutet, aber nicht entlohnt wird. Wir wollen mit diesem Antrag nicht nur den Trägern, den Sprintern und Lotsen Sicherheit bieten, wir wollen die Bremer Verwaltung für die seit Langem existierende postmigrantische Stadtgesellschaft öffnen.

Lieber Herr Kollege Weiss, ich schätze Sie sehr. In diesem Bereich sind Sie auch wirklich sehr engagiert, aber dass Sie diesem Antrag nicht zustimmen, verstehe ich nicht, das muss ich wirklich sagen. Denn das ist ein Antrag, der wirklich viele Menschen erreicht, der Menschen unterstützt, der Menschen dazu bringt, in Arbeit zu kommen und der die Verwaltung in multikultureller Kompetenz beschult, und davon haben wir alle etwas.

Deshalb möchte ich Sie noch einmal auffordern, sich das vielleicht doch durch den Kopf gehen zu lassen und für diesen guten Antrag, den wir als Koalition gestellt haben und von dem die ganze Gesellschaft in Bremen profitiert – durch den die Menschen integriert werden, durch den sie unterstützt werden, wirklich hervorragende Arbeit geleistet wird –, auch noch einmal gemeinsam von der Bremischen Bürgerschaft ein Zeichen zu setzen und zu sagen, das machen wir mit, und am besten alle demokratischen Parteien. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp.

Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer noch nicht ausreichend Deutsch spricht, benötigt Unterstützung, um sich im Alltag zurechtzufinden. Neben der eigentlichen Sprache stellen auch das Zurechtfinden in unseren Strukturen und lokalen Gegebenheiten eine hohe Hürde dar. Insbesondere, wenn man erst seit kurzer Zeit in Deutschland beziehungsweise in Bremen ist, kommt der kultursensiblen Kommunikation eine sehr bedeutende Rolle zu. Aus diesem Grund gibt es die Sprach- und Kulturmittler*innen und Sprach- und Integrationsmittler*innen. Sie unterstützen aus dem Ausland zugezogene Menschen sowohl sprachlich als auch zum Beispiel beim Besuch in Behörden. Kurz gesagt: Sprinter*innen haben selbst Migrationserfahrung, leben seit einigen Jahren in Bremen und kommen aus unterschiedlichen Kulturkreisen. Sie leisten einen erheblichen Beitrag zu einer möglichst früheren Integration in die Bremer Stadtbürgerschaft.

Mit unserem Antrag fordern wir den Senat auf, ein ressortübergreifend abgestimmtes Konzept zu erstellen, welches darstellt, wie, Herr Weiss, qualifizierte Sprach- und Kulturmittler*innen sowie Sprach- und Integrationsmittler*innen dauerhaft in ausgewählten Dienststellen der öffentlichen Verwaltung eingestellt werden können oder ihnen eine weitere Beschäftigung bei Trägern ermöglicht werden kann. Unser Ziel ist es, die Sprinter*innen langfristig sozialversicherungspflichtig einzustellen, um ihnen selbst eine Zukunftsperspektive zu bieten. Sie helfen tagtäglich, Menschen in unserer Stadt anzukommen und sich zu Hause zu fühlen. Auch sie sollen bei uns und insbesondere auf dem ersten Arbeitsmarkt ankommen.

Aus meiner Sicht ist die Arbeit der Sprinter*innen systemrelevant. Das hat nicht zuletzt ihre Arbeit während der Pandemie gezeigt, denn entscheidend für das gute gesellschaftliche Miteinander während der Pandemie ist eine barrierefreie Kommunikation mit allen Bevölkerungsgruppen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Dafür bedarf es einer Erweiterung der bisherigen Kommunikationswege, um schnell, verständlich und bürgernah zu informieren und zu kommunizieren.

Sprinter*innen kommen immer dann zum Einsatz, wenn Menschen aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse oder fehlender Teilhabe an ihre Grenzen, ihre eigenständigen Möglichkeiten kommen, sich in den Strukturen hier vor Ort zurechtzufinden. Sprach- und Kulturmittler*innen und Sprach- und Integrationsmittler*innen beraten und informieren während der Pandemie auch die Coronaregeln und haben deshalb insgesamt täglich – das möchte ich hier gern betonen – rund 120 Kontakte zu Kundinnen und Kunden im Innen- und Außendienst. Das sind ziemlich viel, wie ich finde, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Wie wichtig ihr Beitrag insgesamt ist, kann gern auch in der Senatsantwort auf unsere Kleine Anfrage zum Abbau von Sprachbarrieren in Zeiten der Pandemie nachgelesen werden. Auch schon vor Corona war klar, Sprach- und Integrationsmittler*innen sind wichtige Mitarbeiter*innen im Behördenalltag, das kann ich auch aus meinem beruflichen Kontext hier bestätigen. Sie werden nicht nur von den Zugewanderten, sondern auch von den Behördenmitarbeitern als Unterstützung hinzugezogen. Sie vermitteln auch das Nonverbale und kennen mögliche kulturelle Fallen, die zu Missverständnissen führen können.

Es ist an der Zeit, dass sie nun auch sozialversicherungspflichtig und dauerhaft in den Bremer Ämtern und Behörden beschäftigt werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Damit kann dem hohen Bedarf an kultursensiblen Übersetzungen in der Dienststelle Rechnung getragen – das haben bereits auch meine Kollegen gesagt – und soziale Teilhabe gewährleistet werden. Der Bedarf an kultursensibler Übersetzung wird in absehbarer Zeit leider nicht abnehmen, stattdessen sollte sie beim Bürgerservice einer Migrationsgesellschaft ein Standard werden. Daher bitte ich noch einmal um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Debatte haben wir viele gute Gründe für die

Arbeit gehört, die dort getan wird: Vermittlung von Kultur und Sprache, von gegenseitigem Verständnis, was gerade im Umgang mit Behörden, aber auch in unserer Gesellschaft notwendig ist, weil wir uns darauf einstellen müssen. Wir brauchen diese Art von Dolmetscherinnen und Dolmetschern, die mehr als Übersetzung leisten, aber wir brauchen zugleich auch die interkulturelle Kompetenz in den Behörden und in den öffentlichen Einrichtungen selbst. Es ist auch nicht so, dass die Mitarbeitenden dort sich darauf ausruhen könnten, dass es solche Kultur- und Sprachmittler gibt.

Wir haben die Situation, dass wir ein Einwanderungsland sind, ein Einwanderungsland bleiben werden – hoffentlich! – und dies auch entsprechend umsetzen müssen, indem wir uns darauf vorbereiten, wie und damit das Ganze funktioniert, und dafür auch entsprechend aufstellen. Zugleich muss aber gefragt werden, ob der Ansatz, den die Koalition hier wählt, der richtige ist. Herr Weiss ist darauf eingegangen, dass es Fehler in den Siebzigerjahren gab, was die Aufblähung des öffentlichen Dienstes anging, und die Frage ist auch, können wir uns das so leisten, wie es hier konzipiert werden soll. Ich bin gern dabei, eigentlich zu sagen: Schreibt die Konzepte, wir sehen sie uns an, und wenn wir das Konzept haben, entscheiden wir als FDP-Fraktion darüber, ob wir das Konzept mitmachen können.

(Beifall FDP)

Hier ist aber schon der Ansatz falsch, der nämlich sagt, wir müssen das im öffentlichen Dienst machen. Andere Länder machen das nicht, nicht, weil sie die berufliche Perspektive für die Menschen nicht entwickeln wollen, sondern weil sie ganz andere berufliche Perspektiven für die Menschen entwickelt haben.

In Nordrhein-Westfalen, wenn ich richtig informiert bin, war es den Menschen, die diese Ausbildung gemacht haben, dann möglich, Schulabschlüsse nachzuholen, sich weiterzuqualifizieren bis hin zum Abschluss als Sozialpädagogin und -pädagoge. Insofern ist da der Ansatz auch gewesen, die Frage zu stellen: Wie können wir das machen, indem wir die Menschen ausbilden, damit sie dort selbstständig tätig sind, entsprechend von Behörden angefragt werden, in diese Prozesse eingebunden werden, wie es mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern auch passiert?

Alle diese Dinge kann man angehen und eben eine andere Lösung schaffen, denn letztlich geht es darum, Hilfe zu organisieren, aber eben die Fragen zu stellen: Ist es richtig, diese Hilfe im öffentlichen Dienst oder für den öffentlichen Dienst zu organisieren? Ist das eine Arbeit, die vielleicht selbstständig gemacht werden kann, die freigemeinnützig erledigt werden kann, indem diese Mittlerinnen und Mittler bei freigemeinnützigen Institutionen – sozialversicherungspflichtig meine ich dann immer! – angestellt werden?

Insofern muss man sagen, wir Freien Demokraten unterstützen Sie, liebe Kollegen von der Koalition, sehr in dem Ziel, Sprach- und Kulturkompetenz in den Behörden und bei diesen ganzen Arbeiten zu erhöhen, aber eine Aufgabe, die regelmäßig und in dieser Art jeweils in der Kultur, die vermittelt werden muss – das kann ja nicht jeder für jede Kultur! –, sehen wir nicht. Insofern ist die Frage, ist es hier der richtige Weg, diese Menschen in den öffentlichen Dienst zu holen, oder den Menschen selbst und den Menschen, denen sie helfen, Perspektiven zu eröffnen? Beim Letzteren sind wir gern dabei, bei diesem Antrag nicht. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor. Als Nächste hat das Wort Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete! Zu dieser Debatte möchte ich sagen, dass wir in der Vergangenheit ja schon häufiger über die Sprach- und Integrationsmittler und -mittlerinnen gesprochen haben und das Angebot in den vergangenen Jahren gemäß den Anträgen und Wünschen der Abgeordneten auch ausgebaut haben.

Wir sind seinerzeit gestartet mit 175 000 Euro, die das Sozialressort dem Träger Förderwerk zur Verfügung gestellt hat, und wir konnten jetzt gemeinsam mit der Senatorin für Wirtschaft und Arbeit das Projekt Sprinter, Sprach- und Integrationsmittler, mit dem Schwerpunkt Wohnen mit Mitteln in Höhe von insgesamt 678 700 Euro pro Jahr ausbauen. Das Sozialressort gibt dazu 100 000 Euro, und das Wirtschafts- und Arbeitsressort ist mit 578 700 Euro an der Finanzierung beteiligt. Insgesamt sind 74 Sprinter und Sprinterinnen an den Standorten in Huchting, in der Vahr, in Osterholz und in Vege-sack im Einsatz.

Die Sprinter haben insgesamt im Jahr 2019 rund 194 500 terminliche und telefonische Beratungskontakte gehabt. Die häufigsten Einsatzschwerpunkte sind bisher die Themenbereiche in den Sozialzentren, im Jobcenter, im Gesundheitsbereich – und jetzt auch vor allem bei Arztterminen –, im Bereich Wohnen, Wohnungsvermittlung, Umzüge aus Übergangwohnheimen in die erste eigene Wohnung. Sie begleiten in die Schule und in die Kita und beraten dort, und sie begleiten auch in die Behörden zum Thema Aufenthalt.

Für die Teilnehmenden ergibt sich in der Regel je nach persönlichen Voraussetzungen eine Förderhöchstdauer von zwei bis fünf Jahren, und nach jetzigem Stand geben die Regelinstrumente des SGB II keine Möglichkeit, eine Anschlussförderung herzustellen, sodass es in der gegenwärtigen Konstruktion des Projekts keine Beschäftigungsperspektive für die Teilnehmenden gibt.

In vielen Behörden gibt es die Einschätzung – wir haben die anderen Behörden befragt –, dass das derzeitige System mit dem Abrufen der Sprinter die bessere Variante ist, unter anderem, da sie gar nicht zu jeder Tageszeit die Übersetzungsnotwendigkeit haben, um eine Person dauerhaft zu beschäftigen.

Auch wir haben als Behörde diese Erfahrung gemacht. Wir haben aber auch Kolleginnen und Kollegen in den Sozialzentren und in der Zentralen Fachstelle Wohnen eingestellt. Wobei wir sagen können, dass es sich in der Zentralen Fachstelle Wohnen bewährte, dort dauerhafte Beschäftigung sicherzustellen, aber wir sind noch auf der Suche nach dem besten Modell, wie wir diese wichtige Dienstleistung und die Kompetenzen der Menschen, die sich in so einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme befinden und befunden haben, zueinander bringen. Wir haben es auch erlebt, dass sich einige Bewerber und Bewerberinnen sehr erfolgreich aus dieser arbeitsmarktpolitischen Maßnahme auf reguläre Stellen im öffentlichen Dienst beworben haben und dort jetzt auch in anderen Bereichen sehr erfolgreich arbeiten.

Die Bremische Bürgerschaft bittet uns, sich noch einmal die Erfahrungen anzuschauen und das auch noch einmal auszuwerten. Das wollen wir als Senat gern tun. Der Träger Förderwerk hat ja das Beschäftigungsprojekt an den Träger bras e. V. abgegeben. Auch mit der bras e. V. werden wir noch einmal Gespräche darüber führen, welche Aufgabenfelder sie noch sieht, und ich werde auch gern noch einmal auf den Senator für Finanzen zugehen

- der ja auch sozusagen der Chef des öffentlichen Dienstes ist, den wird man für diese Debatte sicherlich brauchen – und auch noch einmal auf die Senatorin für Arbeit.

Wir nehmen diesen Antrag jetzt mit und werden ihn beraten und dann der Bremischen Bürgerschaft zur weiteren Beratung wieder vorlegen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [parteilos])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Zum Wohle des Sports und der Standortentwicklung: Endlich mit der Neugestaltung des Oeversberg beginnen!

Antrag der Fraktion der FDP vom 18. Januar 2021 (Drucksache [20/385 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Senatorin Anja Stahmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Coronapandemie legt den Sport lahm. Breitensportler radeln oder joggen vereinzelt ihre Runde. Die Ligen ruhen, EM und Olympia werden verlegt, Fitnessstudios haben zu, Vereine kämpfen

gegen Mitgliederschwund, Athleten müssen sich zu Hause irgendwie fit halten. Ein großer Teil des Schulsports und Schwimmen finden nur noch in sehr geringem Umfang statt. Es sind noch wenige Kader-Sportlerinnen und -sportler, die trainieren dürfen, mancher Privatmensch hat ein kleines Trainingsarrangement im Wohnzimmer oder Keller installiert, um nicht völlig der Trägheit zu erliegen, und Vereine fragen sich, wie lange sie noch durchhalten können. Die Vereine auf dem Oeversberg

(Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

haben das Durchhalten in harten Zeiten mit ihren Mitgliedern bereits vor Corona trainiert. Auf der maroden Anlage wird eine olympische Disziplin ausgeübt, Wettkämpfe des Spitzensports werden ausgetragen. Man ist nach den vielen Jahren zermürbenden Wartens und Hoffens auf politische Entscheidungen in den Vereinen selbst ja bereit, Nachteile hinzunehmen, weil sie den Sport lieben. Aber es ist ihnen bei aller Geduld gegenüber den ausländischen Mannschaften außergewöhnlich peinlich, wenn internationale Sportler*innen sich im Auto oder wie die holländischen Vereine unterm Starthügel der BMX-Bahn umkleiden müssen.

Es ist auch unwürdig für die Zuschauer, die auf einem schmalen Weg stehen müssen, um ihren Leistungssportlern zuzujubeln. Ein paar der jungen Weltmeisterfahrer, die mit ihrem Sport übrigens auch eine großartige Werbung für Bremen sind, habe ich vor Ort kennenlernen dürfen. Sportvereine, Ortsamt, Beirat, die Unterstützer, die Sportlerinnen und Sportler, die Kinder und Jugendlichen und ihre stolzen Familien, die sich trotz allem auf der Anlage für Deutschland, Europa und Weltmeisterschaften vorbereiten: Die wollen seit langem eine Perspektive.

1,3 bis 2,5 Millionen Euro wurden für die Sanierung eingestellt. Geld ist jetzt heute also einmal nicht das prioritäre Problem. Alle Akteure, die ich vor Ort getroffen habe, wären seit Langem auch mit der zweit- und drittbesten Lösung zufrieden gewesen. Aber ihnen fehlten Antworten, um zukunftsgerichtet entscheiden zu können. Soll man ein marodes Umkleidegebäude noch einmal streichen oder erneuern oder das Geld besser für den Bau der neuen Tennisanlage zurücklegen? Das kann man erst entscheiden, wenn man weiß, ob man den Platz bekommt, auf dem die neue Tennisanlage dann entstehen könnte.

Vereinsmitglieder, denen das zu lange dauert, die beginnen sich dann nach anderen Tennisvereinen umzusehen – ehrlich gesagt eine Katastrophe in der aktuellen Situation. Seit Langem verhinderten die unklaren Besitzansprüche der Jacobs University Bremen, JUB, anstehende Entscheidungen. Doch jetzt seien die Besitzanspruchsoptionen der Jacobs University rund um die westlich gelegenen Flächen geklärt, und es kann umgehend mit der Restaurierung der bestehenden Sportstätten und Gebäude begonnen werden.

Die Gebäude müssen renoviert und ausgebaut werden, die Wege und Parkplätze, die brauchen dringend eine Pflasterung. Die Beleuchtung muss modernisiert und auf das gesamte Gelände ausgeweitet werden. Die Grünanlagen müssen angelegt und der Gesamteindruck der ganzen Anlage muss so gestaltet werden, dass er zum Sporttreiben einlädt und Wettbewerbe im Spitzensport möglich macht und Vandalismus, wie man ihn dort derzeit fast täglich erlebt – am Sonntag auch wieder ganz viel – verhindert wird.

Weil die Umsetzung, selbst wenn man jetzt sofort starten würde, ja dauern würde, fordern wir ein Zweites: Wo junge Spitzensportler oder auch ältere mit großer Geschwindigkeit die BMX-Bahnstrecke entlangfahren, da können nicht Müll und Glascherben und Verformungen der Fahrbahn durch Fahrzeuge, die gar nicht auf diese Bahn gehören, geduldet werden. Das ist wirklich gefährlich, vielleicht sogar lebensgefährlich. Gerade die Kinder, die sich vielleicht im Wetteifer auf ihr Tempo konzentrieren, können leicht Gefährdungen übersehen, die dort durch Vandalismus entstanden sind.

Deswegen bitten wir Freien Demokraten darum, dass das Gelände und insbesondere diese BMX-Strecke im Bremer Norden zur Gefahrenabwehr umzäunt werden. Dann würden wir darum bitten, dass wir ein Quartal nach Beschlussfassung in der Sportdeputation einen Bericht über den Stand der Sanierung der Sportanlagen auf dem Oeversberg erhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bremen-Norder Sportler würden es Ihnen danken, wenn Sie unseren Antrag unterstützten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt.

Abgeordnete Prof. Eva Quante-Brandt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Antrag: Also Frau Bergmann, ich teile Ihr Engagement für den Sport, und ich teile Ihr Engagement auch für die BMX-Anlage dort. Das ist alles in Ordnung, also nicht nur in Ordnung, das ist gut. Was ich nur nicht teile, ist, dass man Realitäten komplett aus den Augen verliert.

Es hat am 27. Oktober 2020 eine Antwort des Senats zu dieser ganzen Grundstücksfrage und zu den Problemen, die dort in Bremen-Nord aufgrund der Eigentumsverhältnisse bestehen, gegeben, und daraus ist ersichtlich, dass natürlich Eigentumsfragen in Bezug auf die Anlagen, die dort im Moment im Eigentum der Jacobs University stehen, dass diese erst einmal geklärt werden müssen. Ich finde, so viel Realitätssinn brauchen wir dabei. Eines ist an dieser Stelle, so finde ich, auch einfach einmal mit Klarheit zu sagen:

Ohne die Klärung dieser Eigentumsverhältnisse ist es natürlich sehr schwierig für eine Stadtgemeinde, Sanierungen an Flächen vorzunehmen, weil man sonst immer sehr leicht in eine Situation geraten kann, dass etwas saniert wird und hinterher die Fläche gegebenenfalls wieder umgenutzt wird.

Ich kann aber für die SPD-Fraktion völlig klar und eindeutig sagen: Wir wollen, dass diese Flächen weiterhin für den Sport genutzt werden, und wir wollen, dass diese Flächen dann so saniert werden, dass sie einfach noch einmal besser sowohl von der Bevölkerung als auch von den Sportvereinen genutzt werden können.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Und so viel Klarheit müssen wir auch noch einmal eben kurz einbringen: Im Moment sind in keiner Weise Nutzungsrechte der Vereine eingeschränkt. Die Vereine können dort nach wie vor ohne zusätzliche Kosten die Flächen auf dem Oeversberg nutzen für ihre Sportveranstaltungen, für ihr Sporttreiben. Insofern kann man schlicht und ergreifend sagen: Es ist misslich, dass wir diese Klärung zu den Eigentumsverhältnissen noch nicht haben, weil deshalb noch immer keine Entscheidung zum Beginn der Sanierung der Flächen stattgefunden hat.

Es soll saniert werden, es ist auch allen Beteiligten klar, dass das erforderlich ist. Sie haben selbst in der Anfrage nachlesen können, was der Senat dafür für Mittel als notwendig erachtet. Ich finde es nur auch, ehrlich gesagt, ein bisschen kompliziert,

wenn man einerseits weiß, es gibt diese Klarheit, es sollen die Flächen auch weiterhin für den Sport genutzt werden, und der BMX-Club hat noch nicht einmal Gelder für einen Zaun beantragt, und jetzt die FDP-Fraktion sagt: Wir möchten einen Zaun. Der formal richtige Weg ist: Man sagt, man braucht einen Zaun, um sich vor Vandalismus zu schützen – völlig richtig, und Glas und alles geht gar nicht, gar keine Frage. Dann muss man aber beim Sportamt einen Antrag stellen und dann einmal hören, was die einem sagen. Wenn die einem sagen, es ist zu teuer oder was weiß ich, dann kann man sich an die Politik wenden, dass wir dafür sorgen, dass es dort einen Zaun gibt. Ihren Weg über den Antrag finde ich, gelinde gesagt, ein bisschen schwierig.

Dann zu den Punkten, die Sie ansonsten noch aufgestellt haben als Forderungen: Ich finde eine regelmäßige Berichterstattung immer gut in der Deputation. Ich möchte aber, ehrlich gesagt, immer erst dann Berichte, wenn ich auch wieder etwas Neues zu berichten bekomme. Ich meine, ich muss ja keinen Bericht haben darüber, dass es so ist, wie es ist. Ansonsten finde ich es richtig, dass man uns regelmäßig informiert.

Im letzten Punkt, den Sie angesprochen haben zum runden Tisch: Auch das kann ich teilen, und da habe ich auch den Eindruck, dass es sinnvoll wäre, einen runden Tisch, einen digitalen runden Tisch wieder einzuberufen. Ich finde es deswegen sinnvoll, weil es natürlich gut ist, wenn die Vereine ganz direkt auch aus dem Ressort heraus über den aktuellen Sachstand informiert werden.

Ich finde es aber wiederum nicht so gut, Frau Bergmann, dass Sie so tun, als wenn die Vereine keine Ansprechpartner hätten. Es ist völlig klar, Herr Zeyfang ist der Ansprechpartner, das wissen die Vereine. Herr Zeyfang ist in einem regelmäßigen Austausch mit Herrn Kasper, der beim Kreissportbund Bremen-Stadt e. V., KSB, tätig ist. Das eine ist, dass man eine politische Debatte um den Oeversberg führen will, alles korrekt. Dafür politisch zu werben, dass das dort schneller vorangeht, finde ich auch alles richtig. Aber die Dinge, die klar sind, sollte man auch als solche benennen, nämlich die Ansprechpersonen. Digitaler runder Tisch, das ist alles richtig, das kann man alles machen. Aber alles Weitere, finde ich, muss man nun auch einmal dem politischen Prozess für eine Verständigung überlassen, um die Eigentumsverhältnisse zu klären. Denn dann kann aus meiner Sicht politisch sehr schnell gehandelt werden. Die Pläne für die Sanierung des Oeversberg liegen zumindest im Schubfach. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Cindi Tuncel.

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Fraktion der FDP ist vordergründig einleuchtend. Es gibt eine fertige Planung, die darin besteht, die Sportanlage am Oeversberg neu zu gestalten. Dies ist seit 2019 einvernehmlich abgesprochen. Am runden Tisch haben Vertreterinnen und Vertreter aller beteiligten Ressorts, alle Sportvereine, die die Anlage benutzen und Fachleute für Bau und Umwelt mitgewirkt.

Jetzt haben wir 2021, und der Bau hat noch nicht begonnen. Da kann man, wie die Fraktion der FDP es in ihrem Antrag macht, durchaus auf die Idee kommen, dass es jetzt mit der Umsetzung weitergehen muss. Aber die Gegebenheiten haben sich seit 2019 grundlegend geändert. Deswegen ist die Forderung der Fraktion der FDP kurzsichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Erinnern wir uns: Die jetzige Sportanlage Oeversberg umfasst rund 70 000 Quadratmeter. Direkt im Norden der Anlage liegt die Jacobs University. An sich war der Universität die komplette Fläche der Sportanlage als Ausbaureserve zugesichert worden. Die Sportanlage sollte geschlossen und an anderer Stelle in Grohn neu errichtet werden. Die Suche nach entsprechenden Freiflächen war jedoch erfolglos. Daher wurde 2017 ein Kompromiss mit der Jacobs University ausgehandelt. Ihr wurde zusätzlich Fläche auf der Nordseite des Campus zur Verfügung gestellt. Dafür verzichtete sie auf zwei Drittel der Gelände der Sportanlage Oeversberg. Auf dieser Grundlage wurde die Anlage am runden Tisch einvernehmlich neu geplant. Das Ergebnis stellt einen Kompromiss dar, der die Sportanlage um ein Drittel verkleinert, aber trotzdem ihre grundlegende Funktionsfähigkeit sicherstellen soll. Auf der frei werdenden Fläche wäre dann Platz für die Jacobs University, um Erweiterungsbauten zu errichten.

So, liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist jetzt neu? Die meisten von Ihnen werden es wissen: Die Jacobs Foundation hat sich letztes Jahr aus der Finanzierung der Jacobs University zurückgezogen. Zurzeit werden verschiedene Konzepte geprüft und es wird verhandelt, ob und wie es mit der privaten Universität weitergeht. Das ist noch mitten im Fluss.

Damit ist es sehr fraglich geworden, ob es überhaupt noch eine Notwendigkeit für die ursprünglich geplanten Erweiterungsbauten der Jacobs University gibt. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht es absolut Sinn, zu warten, bis das weitere Schicksal der Jacobs University geklärt ist. Denn es besteht die sehr reelle Chance, dass es zu keinen Erweiterungsbauten mehr kommen wird. In dem Fall kann die Sportanlage Oeversberg in der augenblicklichen Größenordnung beibehalten werden. Das wäre natürlich besser, meine Damen und Herren.

Deswegen lehnen wir es ab, jetzt unter allen Umständen einen Plan umzusetzen, der eine Verkleinerung der Sportfläche mit sich bringt. Auch die anderen Forderungen der Fraktion der FDP sind nicht zielführend. Die Sportvereine am Oeversberg haben einen festen Ansprechpartner, das hat meine Kollegin, Frau Prof. Dr. Quante-Brandt, gesagt. Eine Komplettumzäunung der Anlage macht keinen Sinn. Die Tennisplätze sind sowieso umzäunt, und die Rasenfelder der Sportanlage sollen gerade nicht umzäunt werden, damit sie für die Öffentlichkeit nutzbar sind.

Noch einen Satz zum BMX-Club: Der wird weiterhin ein Thema am runden Tisch sein. Die herausragende Stellung dieses Clubs ist in Bremen und Bremen-Nord bekannt und er wird, wie gesagt, weiterhin eine Rolle spielen. Sie werden sich dementsprechend äußern und haben das auch schon gemacht. Leider, auch das hat meine Kollegin Frau Prof. Dr. Quante-Brandt erwähnt, haben sie noch keinen Antrag beim Sportamt gestellt, um weitere Arbeiten durchzuführen.

Aus diesen Gründen sehen wir in dem Antrag der Fraktion der FDP keinen Nutzen und lehnen ihn ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Marco Lübke.

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, beim Thema Sportanlage Oeversberg trifft ein Sprichwort: Viele Köche verderben den Brei. Das passt vielleicht, denn ich glaube schon, dass aus der Antwort des Senats vom Oktober eines ganz deutlich geworden ist: Es sind mehrere Senatsressorts beteiligt, die alle irgendwie dazugehörig aber nicht alle hauptverantwortlich sind oder als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Ich glaube, das ist grundsätzlich immer ein Problem. Dadurch werden Projekte in ihrem Prozess erschwert und dauern bis zur Umsetzung immer viel zu lange. Es mag sein, dass es in diesem Fall Oeversberg ein kompliziertes Geflecht von Zuständigkeiten und Strukturen gibt, und wahrscheinlich hat sich die Situation durch die aktuell unsichere Perspektive der JUB noch einmal verschärft. Am Ende des Tages darf das keine Entschuldigung sein. Leidtragend, und das müssen wir uns immer deutlich machen, sind stets die Kinder und Jugendlichen, die Sportlerinnen und Sportler, die auf dem Oeversberg Sport treiben wollen.

Meine Damen und Herren, die Kernfrage ist doch: Warum geht es nicht weiter? Warum haben die beteiligten Senatsressorts noch keinen Beschluss gefasst, sodass der Oeversberg, wie am runden Tisch einstimmig beschlossen, neu gestaltet werden kann? Eine Rahmenplanung liegt seit August 2019 vor.

Wenn der Grund des Stockens die ungewisse Zukunft der JUB sein sollte, dann sage ich: Ja, das ist innerhalb des letzten halben Jahres sicherlich ein Problem gewesen. Seit sich die Jacobs Foundation, ich glaube, im Mai letzten Jahres war es, zurückgezogen hat, war es natürlich schwierig, einzuschätzen, wie es mit der JUB weitergehen soll und kann.

Ich glaube schon, um das einmal ganz deutlich zu sagen, es hätte die Möglichkeit gegeben, dass der Senat, nachdem die Rahmenplanung feststand und der runde Tisch einen einstimmigen Beschluss gefasst hat, eine Entscheidung hätte treffen können, nämlich gleich im Anschluss. Warum das nicht passiert ist, wird uns die Senatorin sicherlich gleich erzählen.

Die Wirtschaftsbehörde, oder die Stadt, bemüht sich anscheinend, den Campus und damit auch die Erweiterungsfläche auf dem Oeversberg zu kaufen. Damit steht nach unserer Auffassung der weiteren Neuentwicklung der Fläche nichts mehr entgegen, und darum werden wir Punkt eins des Antrags zustimmen und fordern, dass die im Beteiligungsverfahren einstimmig beschlossenen Pläne umgesetzt werden, das sind unsere gemeinsamen Pläne.

Wir als CDU-Fraktion sagen ganz deutlich: Es muss, wenn die Situation der JUB geklärt ist, das habe ich schon erwähnt, durch einen eventuellen Kauf endlich mit der Umgestaltung des Oeversbergs weitergehen, wenn man Bürgerbeteiligung

ernst nehmen möchte. Ich möchte eines noch festhalten, das hat meine Vorrednerin, die Kollegin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt gesagt: Auch, wenn der Beschluss des runden Tisches bisher noch nicht umgesetzt wurde, kann der Sport auf dem Oeversberg weitergehen.

Die Frage, ob dazu die BMX-Sportanlage eingezäunt werden muss oder nicht, kann man nicht abschließend beurteilen, finde ich, und es ist auch merkwürdig, wenn wir hier in der Stadtbürgerschaft über die Einzäunung einer einzelnen Sportanlage diskutieren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Meines Wissens sind die Nutzer der BMX-Anlage noch gar nicht an das Sportamt herangetreten, um eine Einzäunung zu beantragen, das wäre der erste Schritt gewesen. Deshalb kann man gar nicht richtig einschätzen, ob das sinnvoll ist. Ich finde, wenn wir über einzelne Sportanlagen sprechen, gehört das in die Deputation für Sport. Das wäre, glaube ich, der richtige Weg. Deswegen, ich kann es kurz machen: Wir werden dem Antrag im Kern zustimmen, aber bei Punkt drei werden wir uns enthalten, weil wir das von hier aus nicht einschätzen können. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mustafa Öztürk.

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben doch eigentlich politisch einen Konsens, dass wir alle weiterhin Sport auf dem Oeversberg wollen und dass es den auch geben soll und dass es auch dem Stadtteil und ganz Bremen-Nord guttut, dass die Vereine dort weiterhin ihre Heimat behalten und behalten können.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Dafür hat es den runden Tisch gegeben, der bei den ganzen komplizierten Besitzverhältnissen, die wir seit Jahren begleiten, eine Lösung gefunden hat, die nämlich vorsieht – und das wurde ja auch schon erwähnt –, die Fläche für den Sport zu reduzieren. Das ist eine Variante.

Seit Juli haben wir ja die neue Sachlage, was den Vertrag zwischen Senat, Jacobs University und der Jacobs Foundation angeht, der nämlich aufgelöst

worden ist, und jetzt müssen wir die Situation um die Jacobs University komplett neu diskutieren und bewerten. Das heißt, wir sind da ein Stück weit abhängig, wie es an der Stelle weitergeht. Wenn es weitergeht, wissen wir noch nicht, was es für den Sport und für den Stadtteil Bremen-Nord ganz konkret bedeutet.

Deswegen muss jetzt das Sportressort mehrere Punkte klären, aber auch die anderen Ressorts müssen viele Punkte klären, und die arbeiten tagtäglich daran. Dieses Thema haben wir immer wieder auf dem Schirm und es ist Gegenstand von vielen Beratungen. Jetzt muss doch geklärt werden, und das gilt für alle Ressorts, ob es auch dabei bleibt, dass wir die ganzen Sportanlagen um zwei Drittel reduzieren müssen, oder ob es vielleicht doch die Möglichkeit gibt, den gesamten Oeversberg für den Sport zu erhalten. Das ist die entscheidende Frage.

Die Frage, ob man den ganzen Oeversberg für den Sport wird erhalten können, ist auch eine Kostenfrage, da müssen wir uns nichts vormachen. Es gibt Planungen, die gehen von zwölf bis 15 Millionen Euro aus. Und das ist erst einmal ein Anfangsbetrag, der dort dem gesamten Sport zugutekommen könnte. Ich gehe fest davon aus, es gibt ja mehrere Runden, die immer wieder zu dem Thema miteinander sprechen, dass wir hoffentlich noch dieses Jahr ein Ergebnis haben, wie es weitergehen könnte.

Das löst aber noch nicht die Frage, wie es an dem Standort der Jacobs University weitergehen wird. Der runde Tisch hat ja einige Ergebnisse hervorgebracht. Dort hat man auch Überlegungen angestellt: Was muss eigentlich passieren, wenn die Fläche um zwei Drittel reduziert wird, und was passiert, wenn man den ganzen Oeversberg beibehalten möchte? Das Sportamt arbeitet nach wie vor daran.

Zur BMX-Anlage wurde ja schon einiges erwähnt. Wir müssen uns weiterhin über die Rasenfläche und die Entwässerung von dieser Rasenfläche unterhalten und das auf dem Schirm haben. Diese Umkleidekabinen, Parkplätze und die Wege, die sind fast abgängig, und über einen Kunstrasenplatz, den es in beiden Planungsvarianten geben müsste, besteht auch gar kein Dissens.

Jetzt kommt doch die entscheidende Frage: Wo haben wir denn einen Dissens? FDP und die CDU werfen uns hier Dinge oder Untätigkeit vor, was dem so in keiner Weise gerecht wird. Es wird ja

ständig an diesen Problemen gearbeitet, aber Sie haben jetzt nicht einmal, weder die CDU noch die FDP, die gesamte Situation für den Bremer Norden erwähnt, nämlich: Wie geht es mit der Jacobs University weiter? Wenn sie die Flächen in Anspruch nehmen möchten, haben wir doch nun eine ganz andere Debattenlage, und da müssen wir doch darüber reden, ob und wie wir die Fläche um zwei Drittel reduzieren können oder ob das dann ein Verlust für den Sport ist, oder ob die Sportlerinnen und Sportler vor Ort in Bremen-Nord, die ja eh schon manchmal arg gebeutelt sind, dort weiter abgeschnitten werden. Ich glaube, das sollte nicht in unserem Interesse sein.

Unser Interesse sollte sein, dass wir alle Vorteile herausarbeiten, dass man den Sportpark komplett erhalten kann und die gesamten Sportflächen so belassen kann, und zwar in einem sanierten Zustand dem Verein zugutekommen lassen kann. Wir müssen uns auch immer wieder über die gesamte Neugestaltung Gedanken machen und an der Stelle auch über den Sporthaushalt sprechen.

Ich habe ja eben gesagt, wenn man die gesamten Flächen neu gestalten muss, muss man zusätzliche Mittel in den Haushaltsberatungen einwerben. Eine Sanierung, eine einfache Sanierung liegt zwischen 1,7 und 2,5 Millionen Euro. Das ist ohne Umkleidegebäude. Für die Neugestaltung gab es ein Gutachten mit einer Kostenschätzung, ich erwähnte es, zwischen zwölf und 15 Millionen Euro und wir müssen schauen, dass wir das, was wir im Sporthaushalt im Budget haben, was die Sportanlagenanierung anbelangt – -. Darin haben wir, glaube ich 1,7 Millionen Euro mehr, die wir zwar noch nicht ausfinanziert haben, aber es gibt auch noch ein Stück weit Sanierungsmittel, sodass man beginnen kann, wenn das Ergebnis vorliegt, dass nur zu einem Drittel genutzt werden wird.

Ich würde wirklich davor warnen, auch im Interesse und im Sinne der Menschen aus und in Bremen-Nord, hier nicht immer den Teufel an die Wand zu malen und von Untätigkeit oder von mangelndem Geld zu sprechen. Wir haben es auf dem Schirm und Gelder sind auch bereitgestellt. Wir müssen einfach auf die Variante warten, mit welchem Ergebnis wir dann an den Start gehen. Wenn wir über die ganze Sanierung sprechen, dann bin ich mir ziemlich sicher, dass wir auch in den anstehenden Haushaltsberatungen Stück für Stück, über mehrere Jahre verteilt, die Mittel im Haushalt werden einwerben können, sodass der Sport und auch

die neu gegründete Anlage auf der Jacobs University, wer sie dann auch immer betreibt, davon wird profitieren können.

In dem Sinne werbe ich hier eher um Vertrauen anstatt dafür, dass man hier mit gewissen Inhalten an die Öffentlichkeit geht, die manchmal so auch nicht zutreffend sind. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt nebenher über WhatsApp ein paar Bürger zugeschaltet, die in Bremen-Nord wohnen und die Situation vor Ort kennen. Die fragen sich, ob manche, die hier reden, eigentlich die Situation wirklich kennen und wissen, was vor Ort passiert.

Der andere Punkt ist, es ist manchmal wirklich schwierig, wenn man sich an Aussagen der Koalition orientiert. Am 17. November 2020, nicht 27. Oktober, sondern danach, lese ich in einer Verlautbarung der SPD-Bürgerschaftsfraktion unter Brünjes und Sieling, ich zitiere: „Zukunftspläne für Jacobs University sind ein großer Erfolg für ganz Bremen.“ Folgendes im letzten Abschnitt, ich zitiere: „Dass dabei die Grundstücke des Geländes zukünftig, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, in Erbpacht vergeben werden und auf dem Oeversberg die lange gewünschte Neuordnung für Bremen-Nord und den Sport möglich wird, unterstreicht nach Einschätzung der beiden Abgeordneten die guten Ergebnisse der bisherigen Gespräche.“ Nun sagen Sie, dass die Realität vom Inhalt Ihrer Pressemitteilung abweicht, das kommentiere ich jetzt einmal nicht, das nehme ich zur Kenntnis.

Aber davon unberührt sind Teile unserer Forderungen, die Einzäunung zum Beispiel. Meinetwegen, sagen Sie, die sollen die Einzäunung beantragen. Aber wenn das Sportamt, wenn Herr Zeyfang mit denen im Kontakt ist, dann wundere ich mich, dass das nicht zur Sprache gekommen ist. Die Einzäunung, die ist wirklich nötig. Man muss sich das in der Konstellation mit der Tennisanlage einmal anschauen. Diese Einzäunung ist nötig.

Das ist anders als bei einer Beton-Freizeit-BMX-Bahn, auf der man Freestyle fährt. Hier sprechen wir von einer auf Sand gebauten Bahn, auf der

junge Leistungssportler mit großer Geschwindigkeit entlangfahren. Die Athleten können gar nicht über die Hügel schauen, über die sie mit dieser hohen Geschwindigkeit fahren, und man kann das auch nicht einfach asphaltieren, denn die Bahn muss immer wieder den sich ändernden Regularien angepasst werden. Die Kurven sind fix, und alles andere muss umgestaltet werden, und genau die Bereiche werden ständig durch Vandalismus zerstört.

Gehen Sie doch einmal hin, sehen Sie sich das einmal an, was das für eine schwere Arbeit ist, das dann wieder in einen ordentlichen Zustand zu bringen. Deswegen die herzliche Bitte von uns Freien Demokraten, jetzt auf diesem oder von mir aus auch, wenn die Bremen-Norder dann so, wie Sie sich das wünschen, einen Antrag stellen, da einen Zaun zu schaffen, und zwar mit einem Abstand, dass auch die Zuschauer sicher sind. Wir haben das Problem, wenn da einmal wirklich etwas passiert, entweder den Sportlern oder auch den Zuschauern. Deshalb, das ist wirklich wichtig, auch wenn es nur für eine Übergangszeit ist.

(Beifall FDP)

Das Zweite: Natürlich brauchen wir auch, wenn da noch die Optionen offen sind, ganz dringend und ganz schnell einen weiteren runden Tisch. Gerade wenn der Oeversberg größer gedacht wird, dann sollte man das ganz schnell an dem von uns geforderten transparenten runden Tisch tun. Das wäre eine Chance größer zu denken. Der runde Tisch müsste, um zeitliche Verzögerungen zu vermeiden, sofort tagen und die neuen Überlegungen auch besprechen. Eine zeitgemäße Anlage, die neue und für die Jugend des Steingutquartiers und die Studenten der Jacobs University attraktive Angebote enthält, wären doch dann eine sinnvolle Erweiterung.

Ein Pumptrack, das ist so eine spezielle Mountainbike-Strecke, der dann von Skatern, Mountainbikern, Inlinern und Kids mit Rollern zusammen genutzt werden kann, ergänzt um Flächen für Leichtathletik und Hood Training, das wäre eine attraktive und für das Umfeld passende Vision für eine Sportanlage am Oeversberg und ein enormer Attraktivitätsgewinn für Bremen-Nord.

Im Kontext des nahestehenden Geländes der Norddeutschen Steingut AG sind ja kürzlich erst Planungen bekannt geworden, dass dort eines der größten Stadtquartiere Bremens entstehen soll,

möglicherweise mit extern wohnenden Studierenden von der Jacobs University. Nach Meinung der Freien Demokraten sollte hier gut abgewogen werden, ob der Oeversberg dem Sport dann nicht ganz erhalten bleiben sollte. So könnte den 1 000 neuen Bürgerinnen und Bürgern im Steingutquartier ein modernes und angemessenes Sportangebot gemacht werden.

Wenn der Topf noch offen ist, was das Gelände angeht, dann sollte diese Möglichkeit durchdacht werden. Wo sollen denn die vielen Kinder der jungen zugezogenen Familien ihre Freizeit verbringen? Sport wird hier mit seiner sozialen und integrativen Funktion mehr gebraucht denn je.

(Beifall FDP)

Das Ganze an den runden Tisch bringen! Ein weiterer Stillstand bei der Sanierung der Anlagen, wenn man die vor Ort gesehen hat, das ist keine Option. Daher würden wir uns für die Vegesacker Sportler und für die Bürger aus Bremen-Nord wirklich freuen, wenn Sie, wie gesagt unter der Vorgabe, dass die Diskussion um die Flächen noch nicht abgeschlossen worden sei, wenigstens den Punkten zwei, drei und fünf unseres Antrags zustimmen, weil die bleiben trotzdem bestehen.

Ein weiterer Stillstand bei der Sanierung der Anlagen auf dem Oeversberg ist nach unserer Meinung keine Option. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Prof. Dr. Eva Quante-Brandt.

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurz nur: Ich kenne ja Ihre WhatsApp-Gruppe nicht, da bin ich nicht dabei. Das ist vielleicht auch ganz gut.

(Heiterkeit SPD – Beifall SPD)

Aber ich muss Ihnen einmal ganz ehrlich sagen, mit solchen Unterstellungen zu operieren, dass die anderen Abgeordneten, die nicht Frau Bergmann heißen, keine Ahnung von Bremen-Nord hätten, finde ich schwierig.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Jetzt zu Gewichtigungen zu kommen, wer mehr oder weniger über Bremen-Nord Bescheid weiß, finde ich jetzt auch ganz schwierig. Das können wir gleich beim Kaffee vielleicht einmal draußen klären, das brauchen wir nicht hier, da müssen nicht alle zuhören.

Jetzt noch einmal zu den Grundstücken. Um völlig klarzustellen: Wir wollen, dass es auf dem Oeversberg weiter gut und viel Sport getrieben wird,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

und zwar zum Wohle der Menschen in Bremen-Nord und all derer, die auch nach Bremen-Nord gehen, um dort Sport treiben zu können. Das finde ich jetzt erst einmal völlig klar. Es ist bei dem Inhalt, den Sie hier dargestellt haben, auch zu den Äußerungen von Frau Brünjes und Herrn Sieling, das haben Sie leider alles falsch verstanden. Es geht um die Grundstücke auf dem Gelände, auf dem die Jacobs University steht. Das ist ein Erbpachtgelände, und das soll auch weiter so bleiben. Der Oeversberg, der ist zum Teil im Besitz der Jacobs University, weil er nämlich schlicht und ergreifend von ihnen gekauft wurde und an den Sport zur Nutzung abgetreten wurde und noch wird. Das muss man einfach noch einmal klarstellen, damit hier nicht irgendwelche Eindrücke erzeugt werden, als würden die einen oder die anderen nicht wissen, wovon sie reden. Das ist mir einfach an dieser Stelle noch einmal wichtig.

Dann der letzte Punkt:

(Glocke)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Frau Prof. Quante-Brandt, ich muss Sie fragen: Lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Herrn Dr. Buhlert zu?

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt: Selbstverständlich, ich freue mich.

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Bitte, Herr Dr. Buhlert!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert: Frau Prof. Quante-Brandt, wem gehört denn die Jacobs University und gibt es eine Beziehung des Senats zu diesem Eigentümer? Hat er damit Einfluss auf das, was die Jacobs University mit ihrem Eigentum tut?

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt: Es gibt eine vertragliche Regelung zur Nutzung des Oeversbergs für den Sport. Das ist eine Verabredung

oder eine vertragliche Regelung für das Nutzungsrecht für die Sportanlagen Oeversberg. Das existiert für die Nutzung dieses Geländes. Insofern gibt es eine Beziehung, die genau das miteinander regelt, und dieses Verhältnis wird jedes Jahr aufs Neue verlängert, damit der Sport dort unter den Voraussetzungen, die er jetzt hat, auch stattfinden kann und die sind nicht nur schlecht. Die sind verbesserungswürdig, keine Frage, und das wollen wir auch, und dafür wird auch Geld eingesetzt, aber es ist dafür ein Nutzungsrecht geregelt.

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Sie haben keine Frage mehr, Herr Dr. Buhler? Gut, dann fahren Sie fort.

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt: Da wir auch diese Frage zum Nutzungsrecht geklärt haben, möchte ich nur noch einmal darauf hinweisen: Wir haben auch ein großes Interesse daran, dass der runde Tisch stattfindet. Deswegen bin ich auch der Auffassung, das kann man digital machen. Wir haben aber kein Interesse daran, dass man die Pferde da wild macht, wo man sie nicht wild machen muss. Die BMX-Sache haben wir geklärt, das machen wir nicht hier, das können wir woanders weiter klären, und die Fragen zu der Bauplanung, da möchte ich jetzt auch noch einmal auf die Antwort des Senats vom 27. Oktober verweisen.

Alle gutachterlichen Prozesse, die noch zusätzlich in Gang gebracht werden müssen, um den nächsten Schritt zu betreiben, die hat der Senat auf den Weg gebracht. Natürlich hat er noch nicht entschieden, weil dieses Eigentumsverhältnis noch zu klären ist, wie es jetzt letztendlich weitergeht, aber alle Vorbereitungshandlungen dazu haben stattgefunden, und auch das, finde ich, sollte man, wenn man zu diesem Thema spricht, berücksichtigen.

Im Grunde lehnen wir Ihren Antrag auch deshalb ab, weil der Zeitpunkt, ehrlich gesagt, nicht ganz angemessen ist. Zwei Forderungen kann man verstehen, aber da muss man jetzt nicht gleich mitgehen und zustimmen, weil man auch feststellen muss oder sich die Frage stellen muss, mit welcher Intention Sie uns überhaupt heute zu dieser Debatte hier in der Bürgerschaft bemüht haben. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete! Was ich jetzt sage, gefällt Frau Bergmann bestimmt nicht und der FDP auch nicht, aber ich finde, dieser Antrag muss auch abgelehnt werden, weil er politisch aktionistisch ist und der Koalition unterstellt, man hätte beim Oeversberg über all die Jahre geschlafen und nichts getan, und das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir brauchen auch keine Aufforderung zum Handeln. Seitdem Jürgen Linke in den Medien auftauchte, damals noch als Vorsitzender des Landesbetriebssportverbandes, und das Ende vom Sport auf dem Oeversberg befürchtet hat, waren Jan Fries und ich vor Ort. Ich habe auch persönlich mit der Geschäftsführung der Jacobs University gesprochen, um natürlich dem Sport auf dem Oeversberg auch weiter eine Zukunft möglich zu machen.

Mit Jochen Brünjes vom Sportamt bin ich durch Bremen-Nord gefahren und auch durch Oslebshausen, und wir haben uns alternative Flächen angeschaut, um auch auszuloten, ob das, was wir auf dem Oeversberg bislang haben, ob wir das woanders besser, schöner, größer, neuer hinsetzen können. Aber es ist nicht so leicht. Neubaugebiete und die Ansiedlung von Sportanlagen sind nicht vergütungssteuerpflichtig, und so haben wir uns entschieden, mit der Jacobs University über die weitere Nutzung des Sports auf dem Oeversberg zu verhandeln.

Die Jacobs University war nicht nur freundlich und zuvorkommend, die fanden und finden auch das Thema Sport richtig wichtig. Dafür möchte ich mich auch noch einmal herzlich bedanken, das gebietet auch die Fairness. Die Jacobs University war nicht diejenige, die uns die Verhandlung erschwert hat. Was uns alles erschwerte: Herr Lübke hat das ja gesagt, wir sind das Sportressort, das Sportressort hat immer viele Ideen, hat aber nicht so viel Geld, hat in diesem Verfahren, in dem es um Grundstücke geht, um Nutzungsrechte, um Umweltschutz, um Grünplanung, um Freiplanung, um Baufragen nicht immer das Zugrecht und muss andere Ressorts auch mitbewegen.

Deswegen haben wir einen runden Tisch gegründet, der in den letzten Jahren sehr konstruktiv mit der Ortspolitik, mit dem Kollegen Reimund Kasper vom KSB, bei dem ich mich auch noch einmal herzlich bedanken möchte, einen steten Kontakt mitei-

inander gehabt und brauchen auch keine Handlungsaufforderung, dass der runde Tisch jetzt wieder ganz schnell tagt.

Es müssen die Eigentumsverhältnisse von der Jacobs University geklärt werden. Die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, WFB, muss die Grundstücke zurückkaufen. Die müssen für den Sport zur Verfügung gestellt werden. Dann wird der Sport auf dem Oeversberg auch eine gute Zukunft haben. Das muss jetzt einfach passieren, aber das passiert nicht wegen der FDP, das passiert deswegen, weil die Koalition sich darum gekümmert hat.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Bergmann, ich kann Sie beruhigen, über das weitere Verfahren soll im Februar gesprochen werden. Sollte der BMX-Club ein Interesse daran haben, und wir haben bisher gesagt, na ja, wir haben ein Sportfördergesetz, das sieht auch vor, dass Sportflächen für die Öffentlichkeit frei zugänglich sein sollen. Wenn wir uns von diesem Grundsatz abschieben wollen als Sportpolitiker und Sportpolitikerinnen, dann muss man darüber zumindest einmal diskutieren.

Ein Verein braucht natürlich Sportfördermittel. Der wendet sich dann an das Sportressort. Das heißt aber nicht, dass er diese Mittel eins zu eins bekommt, sondern wir müssen das in der Deputation für Sport fachlich bewerten und wir müssen dann Entscheidungen treffen.

Die Tennisplätze sind eingezäunt. Als ich das erste Mal auf dem Oeversberg war, da waren das aber keine Tennisplätze mehr, das waren Biotope. Das Gras ging mir bis zu den Knien, und da gab es auch Forderungen von Vereinen, dass wir nun mit öffentlichem Geld diese Tennisplätze wiederherstellen müssen. Ich finde Tennis super, ich finde auch alles, was wir da jetzt an Sportflächen ausgewiesen haben, sollten wir versuchen, wieder in eine ordentliche Nutzung hineinzubekommen.

Aber wir haben einen Sportamtsleiter, der im engen Kontakt mit Herrn Dornstedt, mit Reimund Kasper, mit dem Verein steht. Wir haben einen sehr sachkundigen Mitarbeiter bei uns im Sportamt mit Jochen Brünjes, der wirklich mit allergrößter Sorgfalt geschaut hat: Was können wir für die einzelnen Sportarten tun? Wir haben in unserem – wir haben es vorhin gehört – ich finde, auch immer noch bescheidenen Sporthaushalt, der kann ruhig noch wachsen, Mittel bereitgestellt, um auf dem Oevers-

berg, wenn diese Entscheidungen, wem was gehört, gefallen sind, auch loszulegen – gestreckt über mehrere Jahre.

Wir sind nicht das Ressort, das auf einmal 12 Millionen Euro in der Hand hat und sagt, das können wir alles auf einen Schlag machen. Aber in vernünftigen Sanierungsschritten wollen und werden wir das tun. Aber, wie gesagt, die WFB muss jetzt die Flächen kaufen, sicherstellen, dass die Freie Hansestadt Bremen die Verfügungsgewalt darüber erlangt. Der Sport soll langfristig auf dem Oeversberg abgesichert werden.

(Glocke)

Über das weitere Verfahren soll dann berichtet werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Frau Senatorin Stahmann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Buhlert?

Senatorin Anja Stahmann: Ich bin am Ende meiner Rede angekommen. Herr Dr. Buhlert könnte sich ja mit einer Kurzintervention melden. Aber ich kann auch noch stehenbleiben und seine Frage oder Zwischenbemerkung gern annehmen.

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Also gehe ich davon aus, dass Sie Zwischenfrage annehmen. – Bitte, Herr Dr. Buhlert!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert: Frau Senatorin, Sie haben sehr viel über die WFB und deren Rolle gesprochen. Wie ist denn die Rolle des Wissenschaftsressorts, das sich ja jetzt gerade um eine Zukunft der Jacobs University bemüht? Die Jacobs University im Eigentum ist ja übergegangen auf den Verein zur Förderung der Wissenschaften, dessen Mitglieder ja die Universität Bremen und das Wissenschaftsressort sind, weswegen ich davon ausgehe, dass das Wissenschaftsressort da auch eine entscheidende Rolle spielt, bei der Zukunftsplanung für die Jacobs University auch mitzuwirken, wie die Freie Hansestadt Bremen dort mit Flächen umgehen will. Wie ist denn da Ihr Kontakt zu Frau Senatorin Schilling?

Senatorin Anja Stahmann: Der Kontakt zur Kollegin Dr. Schilling ist ausgezeichnet, darüber kann ich mich nicht beklagen. Unser Hauptakteur oder unsere Hauptpartner beim runden Tisch sind im Augenblick das Bauressort, und der Bereich der

WFB, die dort ja eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Diese Grundstücke – –. Ich erinnere mich komischerweise jetzt gerade an die Bürgerschaftsdebatte, die seinerzeit lief, als der Oeversberg verkauft wurde. Das war ja damals eine höchst umstrittene Entscheidung auch in der Bremischen Bürgerschaft, übrigens nicht von den Grünen.

Aber wir sind jetzt dabei, bestimmte Dinge rückgängig zu machen und das ist komplex, und natürlich werden wir auch das Wissenschaftsressort einbinden. Aber ich gehe davon aus, dass jeder, der am Standort der Jacobs University künftig etwas tun will, für Studenten und Studentinnen, dass der ein Interesse daran haben muss, dass dort auch Bewegung, Sport, Spiel, Entspannung in nächster Nähe passieren kann. Das gehört für mich für ein gesundes Lebensumfeld dazu, da kann ich das auch unterschreiben, was Frau Bergmann gesagt hat. Jeder Stadtteil braucht natürlich attraktive Sportflächen. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Danke, Frau Senatorin!

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Es wurde getrennte Abstimmung beantragt.

Wer der Ziffer 3 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

(CDU, Abgeordneter Peter Beck [parteilos])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Ziffer 3 ab.

Ich lasse als nächstes über die Ziffern 1, 2, 4 und 5 abstimmen. Wer den Ziffern 1, 2, 4 und 5 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, M.R.F., Abgeordneter Peter Beck [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Ziffern 1, 2, 4 und 5 ab.

Digitalisierung der offenen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 26. Januar 2021

(Neufassung der Drucksache [20/390 S](#) vom 20. Januar 2021)

(Drucksache [20/395 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Senatorin Anja Stahmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp.

Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg*innen! Die Pandemie verlangt uns allen einiges ab. Sie hat unser Leben verändert, insbesondere für Kinder und Jugendliche sind die Einschnitte massiv. Vieles, was vorher im persönlichen Gespräch von Angesicht zu Angesicht stattgefunden hat, kann nicht mehr oder nur noch digital stattfinden. Der persönliche Austausch mit Gleichaltrigen oder anderen Erwachsenen außerhalb der eigenen Familie war plötzlich wie abgebrochen. Durch die kurzfristige und unvorbereitete Schließung der Jugendeinrichtungen im Frühjahr fiel es vielen Mitarbeitern sehr schwer, den engen Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen wie gewohnt aufrechtzuerhalten. An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei den Mitarbeitern der Jugendeinrichtungen und Jugendverbände bedanken. Sie verdienen unseren Applaus.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Sie haben eine großartige Arbeit geleistet und leisten sie immer noch. Sie haben trotz der widrigen Umstände Angebote für Kinder und Jugendliche geschaffen und so gut sie konnten zu ihnen Kontakt gehalten, auch wenn es einigen Einrichtungen an der notwendigen Ausstattung fehlte, wie WLAN oder mobilen Endgeräten. Es wurde und wird improvisiert, um niemanden allein zu lassen. Der Unterricht in der Schule wurde schnell um digitalen Unterricht ergänzt. Die Lernplattform itslearning wurde aktiviert. Tablets für die Schulen im Land Bremen wurden angeschafft und ausgehändigt. Das ist ein großer Erfolg. Wir sind damit auf Bundesebene Vorreiter*innen. Hier können wir auch richtig stolz sein.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Die Onlinewelt hat mit den Tablets endgültig Einzug in die Kinder- und Jugendzimmer erhalten. Die Nutzung der Lernplattform itslearning gehört zum Alltag der Schüler*innen. Was aber oftmals noch fehlt, sind digitale Angebote für den emotionalen Austausch mit anderen Jugendlichen zum virtuellen Treffen von Freund*innen, Beratung durch Berater*innen oder Trainer*innen.

Die Angebote der offenen Jugendarbeit soll daher überall, also nicht nur durch einige Träger, die da sicherlich eine Vorreiterrolle eingenommen haben, durch digitale Angebote ergänzt und erweitert werden. Dafür muss Bremen schnellstmöglich eine umfassende Digitalisierungsstrategie ins Leben rufen. Die Heranwachsenden dürfen mit ihren Problemen und Verunsicherungen nicht alleingelassen werden. Wir wollen Möglichkeiten des virtuellen digitalen Kontakts schaffen. Deshalb halten wir es für unerlässlich, jugendtypische Onlineangebote zu entwickeln, die verschiedene Altersgruppen ansprechen. Die Lernplattform itslearning soll auch für Jugendeinrichtungen als außerschulische Lernorte zugänglich sein und eine Nutzung der Schul-iPads dafür und hierfür dann ermöglicht werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Hier brauchen wir eine Brücke, die Bildung und Jugendhilfe verbindet anstatt weiterhin getrennt zu fahren. Ich freue mich sehr, dass die CDU den Antrag unterstützt und bitte um breite Unterstützung. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit dem Frühjahr 2020 hat sich die Welt für uns alle völlig verändert, nicht nur für uns Erwachsene – hätte sich vor einem Jahr jemand vorgestellt, dass wir alle mit Masken durch die Gegend laufen, ich glaube, kaum –, sondern auch ganz fundamental für diejenigen, die die Zukunft unseres Landes prägen, für unsere Kinder und Jugendlichen. Geschlossene Schulen, Kitas, Distanzunterricht, sämtlich Freizeit- und Sportangebote sind geschlossen. Wir haben das Problem, dass seit zehn Monaten auch für Kinder und Jugendliche der Ausnahmezustand herrscht!

Mit den Schul-iPads wurde nun ein Schritt in Richtung Digitalisierung gegangen. Wir als CDU-Fraktion begrüßen das ausdrücklich! Sie wissen ja, dass wir abweichend zur Koalition der Auffassung sind, dass die Beschulung in einem einheitlichen Distanzunterricht aufgrund der derzeit vorliegenden Zahlen erfolgen sollte, zum einen um den Gesundheitsschutz zu gewährleisten und zum anderen, damit kein Kind benachteiligt wird, auch nicht die kranken Kinder, die derzeit nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können, weil sie aufgrund von Vorerkrankungen mit schweren Verläufen rechnen müssen. Kein Kind soll verloren gehen in der Beschulung! Da sehen wir in der CDU-Fraktion ehrlicherweise noch Luft nach oben. Das haben wir am letzten Freitag diskutiert, aber unsere Auffassung ist nach wie vor die gleiche.

(Beifall CDU)

Wir wissen definitiv um die Sorgen und Nöte der Kinder und Jugendlichen, die mit den massiven Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit, mit den reduzierten Kontakten auch psychologische Folgen haben. Selbstverständlich wollen wir genauso wie die Koalition, dass diese Folgen, soweit es nur irgendwie geht, abgemildert werden. Wir halten daher den Antrag, den Sahhanim Görgü-Philipp formuliert hat und den die Regierungskoalition eingebracht hat, genau für einen richtigen Schritt. Deswegen unterstützen wir ihn sehr gern.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen auch ganz deutlich, für uns ist es wichtig, dass wir an der Stelle nicht nur den Jugendfreizeitheimen und denjenigen, die eine volle

Finanzierung über die offene Kinder- und Jugendarbeit, kurz OJA, erhalten, sondern für alle Jugendverbände erhalten. Deswegen freue ich mich sehr, dass diese deutliche Klarstellung auch noch Einfluss gefunden hat in den Antrag, und deswegen unterstützen wir ihn umso lieber. Denn es ist uns wichtig, dass wir alle Kinder und Jugendlichen möglichst in Bremen erreichen mit Distanzangeboten und für sie zumindest ein wenig Normalität wieder herstellen. Hundertprozentig können wir das nicht, das wissen wir alle, die wir Kinder haben und die wir abends unsere Kinder ins Bett bringen. Wenn sich das Kind auf einmal wesentlich mehr an einen herankuschelt und sagt, „Mama, ich mache mir Sorgen und hoffentlich ist das in fünf Jahren vorbei.“ oder andere Themen aufkommen, die wir abends als Eltern mit unseren Kindern besprechen müssen. Dann ist das etwas, was uns alle mitnimmt.

Hier gibt es eine kleine Möglichkeit, den Kindern ein wenig Normalität zurückzugeben, dafür zu sorgen, dass sie sich in den ihnen angestammten Gruppen, sei es die Sportgruppe, sei es die Jugendfeuerwehr, sei es der Verein „Die Falken“, in dem man sich nachmittags in der Gruppe trifft, die BUND-Jugend oder was auch immer, das Freizeiti et cetera normalerweise in Präsenz getroffen hätten, dass es hier die Möglichkeit gibt, über Videokonferenzen mit den Endgeräten miteinander in Kontakt zu treten und ein wenig diese Normalität wieder zu spüren. Dann ist das für uns als CDU-Fraktion deutlich und genau der richtige Weg.

(Beifall CDU)

Wir wollen nicht, dass alle Kinder vereinzeln. Wir wollen nicht, dass kommerzielle Angebote, wie Fortnite oder was es da ansonsten an Angeboten von tausenden von Spielen gibt, die Realität von Kindern und Jugendlichen im Lande Bremen bestimmen. Wir wollen, dass es einen sozialen Austausch gibt. Wir wollen gedeihliche Angebote, wir wollen außerschulische Bildung stärken, und wir wollen selbstverständlich auch, dass sie sich an der Stelle gemeinsam zusätzliche Kompetenzen erarbeiten, die sie dann auch im Schulunterricht wieder nutzen können. Denn machen wir uns nichts vor, die meisten Kinder und Jugendlichen haben vielleicht inzwischen ein iPad, aber wer hat denn wirklich eine strukturierte Einführung in itslearning erhalten? Wer hat tatsächlich genau erfahren, wie man Dinge hoch- und herunterlädt, wie man E-Mails verschickt et cetera? Nicht jeder Elternteil kann das in aller Umfänglichkeit seinen Kindern beibringen.

Vor diesem Hintergrund ist ebenfalls die Erweiterung um den außerschulischen Bereich, wo man dann auf spielerische Art und Weise solche zusätzlichen Kompetenzen auch noch einmal vertiefen kann, die man dann wieder im Schulunterricht nutzen kann, genau der richtige Weg. Vor diesem Hintergrund freuen wir uns sehr, dass wir heute gemeinsam mit der Regierungskoalition diesem Antrag zustimmen. Ich danke noch einmal ganz ausdrücklich Sahhanim Görgü-Philipp, die ja als Erstunterzeichnerin den Antrag in der Rohfassung verfasst hat. Ich danke Cindi Tuncel und Petra Krümpfer, die diesen Antrag ebenfalls mitgetragen haben, und ich sage Ihnen die vollumfängliche Unterstützung der CDU-Fraktion zu. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Petra Krümpfer.

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon gesagt worden, und wir wissen es auch, dass bereits mit dem ersten Lockdown viele junge Menschen in ihren Kontakten und Bewegungsräumen sehr eingeschränkt waren. Dies ist mit dem zweiten Lockdown auch nicht viel besser geworden. Wir wissen auch, wie wichtig besonders der Kontakt unter Gleichaltrigen ist, aber auch der Kontakt zu den Fachkräften in den Jugendeinrichtungen und bei den Angeboten der Jugendverbandsarbeit. Sie leisten eine hoch engagierte Arbeit in diesen Zeiten – auch dafür möchten wir uns von dieser Stelle aus ganz herzlich bedanken.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir wissen auch, dass es nach wie vor zu viele junge Menschen trifft, die nicht die Möglichkeit haben, sich den notwendigen Lernstoff aus der Schule zu Hause auch digital aneignen zu können, weil sie noch nicht ausreichend darin geübt sind, weil sie nicht die räumlichen Notwendigkeiten haben und weil sie vielleicht auch über keine stabile WLAN-Verbindung verfügen. Sicherlich ist diese Auflistung noch längst nicht vollständig.

Gerade deshalb wollen wir für diejenigen, die in den außerschulischen Einrichtungen tätig sind mit Kindern und Jugendlichen, die Möglichkeiten schaffen, um die Jugendlichen in ihrem pädagogischen Alltag wirksam zu unterstützen und die digitalen Angebote vonseiten der Fachkräfte dort für diese umsetzbar machen zu können. Wir wollen die

Kinder und Jugendlichen nun besonders unterstützen, die zu wenig Unterstützung im häuslichen Umfeld erfahren, indem wir zunächst und damit vorrangig die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und die Angebote der Jugendverbandsarbeit in den Quartieren mit dem höchsten Förderbedarf davon profitieren lassen wollen.

Bereits in den letzten Haushaltsberatungen haben wir die Möglichkeit geschaffen, dass die entsprechenden Mittel für die Hardware wie Laptops, Tablets und Kameras angepasst werden können. Fortbildungen zur fachgerechten Umsetzung der Digitalisierung für die Fachkräfte müssen sich jetzt dann schnell anschließen. Nachdem nun alle Jugendlichen ihre iPads haben, bedarf es noch einer besseren Ausstattung mit einem schnellen WLAN und selbstverständlich einer Freischaltung zur Nutzung in den Einrichtungen. Auch dies fordern wir unter anderem in diesem Antrag.

Viele Kinder und Jugendliche suchen und brauchen auch die Unterstützung in ihren vertrauten Einrichtungen in der offenen Jugendarbeit sowie bei den Jugendverbänden. Ich freue mich sehr, dass die CDU sich diesem Antrag angeschlossen hat und auch zu der Erweiterung, sage ich einmal, sehr konkret beigetragen hat, dass auch die Jugendverbände dabei sein sollen. Ich kann hier nur sagen, helfen Sie alle mit, dass uns die jungen Menschen nicht verloren gehen und stimmen Sie diesem Antrag zu. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Cindi Tuncel.

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum Antrag komme, möchte auch ich mich dem Dank anschließen für das, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem vergangenen fast einem Jahr in den Jugendeinrichtungen geleistet haben, wie viele Konzepte sie geschrieben haben, was sie alles möglich gemacht haben, um die Kinder und Jugendlichen einigermaßen zu erreichen. Von mir von hier aus noch einmal vielen Dank für die Arbeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Antrag: Ich denke, die Absicht dieses Antrags ist selbst erklärend. Wir wissen alle, dass die Be-

kämpfung der Coronapandemie dazu zwingt, soziale Kontakte möglichst stark einzuschränken. Meine Kollegin, Frau Krümpfer, hat es gesagt: Eine Gruppe, die darunter besonders leidet, sind Kinder und Jugendliche. Gerade in diesem Alter ist es besonders wichtig, viel Kontakt zu Gleichaltrigen, aber auch zu Erwachsenen zu haben, mit denen sie sich auseinandersetzen und von denen sie lernen können. Wirklicher Kontakt von Angesicht zu Angesicht, sozusagen Live-Kontakt, ist nicht zu ersetzen. Ich glaube, das sehen wir alle so. In gewissem Rahmen geht dies durch Telefonate und digitale Kontakte, per Videochat oder Videokonferenzen. Damit haben wir alle in den letzten Monaten viele Erfahrungen sammeln dürfen oder auch müssen.

Auch wichtige oder spannende Inhalte können digital übermittelt werden. Deswegen haben wir als Koalition aus dem Bremen-Fonds sehr viel Geld in die Hand genommen, um jeder Bremer Schülerin und jedem Bremer Schüler ein Tablet zur Verfügung zu stellen, damit die Teilnahme am digitalen Unterricht nicht an der Finanzausstattung von sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern scheitert.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Der digitale Ersatz für echte Zusammenkünfte spielt aber nicht nur bei den Schulen eine wichtige Rolle, sondern auch und zunehmend in der offenen Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit. Auch hier haben eine Reihe von Akteurinnen und Akteuren Ansätze getestet und umgesetzt, um die wegen des Lockdowns eingeschränkten Möglichkeiten zu echten Treffen, zumindest teilweise, durch die digitalen Formate zu kompensieren. So werden Beratungsgespräche online angeboten, zum Teil werden aber auch Gruppentreffen online durchgeführt. Mit etwas Phantasie könnten sich hier noch weitere Möglichkeiten ergeben, zum Beispiel das gemeinsame Erarbeiten von digitalen Projekten. Diese Ansätze halten wir für wichtig und unterstützenswert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Im vorliegenden Antrag wird der Senat aufgefordert, entsprechende Konzepte für die digitale Ausstattung der offenen Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit zu entwickeln, und zwar nicht nur in Hinsicht auf die notwendige Ausstattung mit der IT-Hardware, sondern auch und gerade in Hinsicht auf die digitalen Inhalte. Zudem wird der Senat aufgefordert, zu prüfen, wie die digitale Lernplatt-

form der Schulen zur Präsentation von Informationen und Veranstaltungen der offenen Jugendarbeit herangezogen werden kann. Wir wollen zudem, dass die Tablets, die alle Kinder und Jugendlichen für digitale Schulhalte zur Verfügung gestellt bekommen haben, auch zur Nutzung der Inhalte von Jugendzentren und Jugendverbänden freigeschaltet werden. Das halte ich für eine sehr gute Idee, meine Damen und Herren! Wenn schon jedes Schulkind, jeder Schüler Zugang zu einem Tablet hat, dann macht es auch Sinn, dass es auch für Inhalte der offenen Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit genutzt werden kann.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Außerdem wird in dem Antrag auch daran gedacht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit Schulungen benötigen werden. Dies soll der Senat in seinem Konzept ebenfalls berücksichtigen.

Alles in allem finde ich, das ist ein runder Antrag und bitte um Zustimmung. Zum Schluss möchte ich Sie, liebe Kollegin Ahrens, lobend erwähnen. Ihre Vorschläge und die Vorschläge Ihrer Fraktion, die Jugendverbandsarbeit mit zu bedenken haben wir aufgenommen. Ich finde es hervorragend, dass wir einen gemeinsamen Antrag für diesen Bereich, für die Kinder und Jugendlichen formuliert haben. Er ist sehr hilfreich. – Danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind im zehnten Monat der Pandemie, und selbstkritisch müssen wir feststellen, erst jetzt reden wir über die Digitalisierung der Jugendarbeit. Damit will ich gar nicht das Verdienst derer schmälern, die diesen Antrag eingebracht haben, sondern auch bei mir selbst schauen und sagen, wir alle hätten früher tätig werden können, sollen und müssen. So viel Selbstkritik muss sein! Trotzdem gebührt den Antragstellern Lob dafür, dass sie das Thema aufgebracht haben, einen Vorschlag machen, der möglich und griffig ist, nämlich die Lernplattform für Jugendfreizeiteinrichtungen und, dank Intervention der Fraktion der CDU, auch für alle Jugendverbände zu öffnen, sodass wir dieses Tool, das allen Schülerinnen und Schülern in Bremen,

auch dank der Tablets, die bereitgestellt werden, zur Verfügung steht, nutzen.

Das ist genau das Richtige, es ist nur überfällig. Wir unterstützen das vollumfänglich. Deswegen werden wir den Punkten 1 und 3 des Antrags zustimmen: Weil es genau der richtige Weg ist, gegenzusteuern. Denn machen wir uns nichts vor, viele Jugendliche haben sich auch bisher im Internet verabredet. Viele in der Jugendarbeit haben auch darüber ihren Kontakt zu den Jugendlichen gehalten. Viele Jugendgruppen, die ich kenne, konnten so zusammengehalten werden. Viele Sportvereine haben so gearbeitet, um ihre Gruppen aufrechtzuerhalten, den Kontakt zu halten und weiter miteinander im Austausch zu sein. Aber wir sehen doch, dass es eine Krise für die Jugendlichen ist, dass dort Defizite sind, insbesondere bei denen, die nicht über die Hardware oder über die WLAN-Zugänge verfügt haben, weil sie diesen Kontakt schwerer halten konnten als andere. Insofern ist es richtig, gegenzusteuern. Es ist eben nicht die Krise als Chance, sondern die Krise als Krise, gegen die wir arbeiten müssen. Entsprechend ist es richtig, zu handeln.

Wir sind in Monat zehn der Pandemie, das heißt, wir müssen uns beeilen, es muss schnell gehen, wir können nicht erst ein öffentliches Beschaffungswesen, Ausschreibungswesen et cetera pp. dort hineinstecken, und alle Schulungen werden auch etwas Zeit in Anspruch nehmen. Wir müssen einfach schneller sein.

Einen Punkt, den ich kritisch anmerken möchte und weswegen wir als Fraktion der FDP die getrennte Abstimmung beantragen, haben wir allerdings schon: Natürlich sind wir dabei, wenn man räumlich begrenzte Maßnahmen in den Stadtteilen ab und an nach Sozialindex macht. Dass man das aber bei digitaler Jugendarbeit macht, ist für mich und uns unerklärlich. Gerade der digitale Raum überwindet doch diese Grenzen, macht es möglich, dass Jugendliche aus den verschiedenen Stadtteilen viel enger mit denen in anderen Stadtteilen zu tun haben. Das wäre so, als würden wir glauben, dass das Internet plötzlich an Bremens Grenzen endet.

Die Lernplattformen sind gerade dazu da, Verbindungen über die Stadtteile hinweg zu schaffen. Deswegen, mit Verlaub, liebe Antragsteller, werden wir uns bei dem Punkt 2 enthalten, um deutlich zu machen, dass wir das anders sehen. Es gibt benachteiligte Jugendliche in jedem Stadtteil. Hier

gibt es die Chance, in jedem Stadtteil die benachteiligten Jugendlichen und nicht die Stadtteile zu sehen, denn wir wollen uns nicht um Stadtteile kümmern, sondern um Menschen, um Jugendliche.

(Beifall FDP)

Wir freuen uns, dass wir als Bremische Bürgerschaft die Jugendlichen in den Blick nehmen, dass hier Möglichkeiten geschaffen werden und die Lernplattform itslearning dafür genutzt wird. Wenn ich richtig informiert bin, sind die Schulen in freier Trägerschaft auch dabei, dürfen das nutzen. Die müssen Lizenzgebühren zahlen. Ich hoffe, dass die Idee, dass die Nutzung für die Jugendverbände und die Jugendfreizeiteinrichtungen nicht damit verbunden ist, dass sie Lizenzgebühren zahlen müssen. Ich hoffe, dass die Schulen in freier Trägerschaft gleich behandelt werden. Das sollte auf jeden Fall gewährleistet sein.

Wie gesagt, wir sind im Monat zehn der Pandemie, wir kümmern uns um die Digitalisierung der offenen Jugendarbeit. Wir als Liberale sind gern dabei, weil wir wissen, dass es wichtig ist, dass diese Arbeit getan wird. Das ist in den Vorreden deutlich geworden: Die Jugendlichen haben viel mehr Erlebnisraum nötig als Schule je bieten kann. Dafür gibt es diese ganzen breiten Angebote, die es gilt, weiter zu vernetzen, deren Gruppen es gilt, weiter zusammenzuhalten, einfach, damit sie, wenn wir aus der Krise heraus sind, wieder durchstarten können. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diesen Antrag finden wir im Sozial- und Jugendressort richtig gut. Wir haben ein großes Interesse daran, dass wir das, was wir in den letzten Jahren partiell vorantreiben konnten, die Digitalisierung der Jugendarbeit, planvoll fortführen können. Ich will aber darauf hinweisen: Wir finden das Programm und Projekt richtig gut, aber die Haushaltsmittel für 2020/2021 sind verplant. Wir hatten im Haushaltsaufstellungsverfahren einen ähnlichen Antrag über 250 000 Euro gestellt, dem wurde bei der Haushaltsberatung im vergangenen Jahr leider nicht stattgegeben.

Was wir bei aller Euphorie über diesen Antrag nicht vergessen dürfen: Man braucht auch in Behörden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich

richtig um solch ein Thema kümmern können, und wir werden Fachleute brauchen, um das Ganze bei den Jugendinitiativen und auch im Bereich der Jugendverbände begleiten zu können. Nichts ist schlimmer als ein Topf Geld, den man ganz wohlmeinend ausschüttet, aber hinter dem keine nachhaltige Strategie steckt. Ich habe aber aus allen Debatten herausgehört, dass das ausdrücklich gewünscht ist.

Ich soll einen Gruß ausrichten von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei mir aus dem Referat, Junge Menschen, die gesagt haben, das ist ein richtig guter Antrag, den finden wir großartig, aber bitte, Frau Stahmann, weisen Sie das Parlament ausdrücklich darauf hin, dass wir dafür eine Kollegin oder einen Kollegen brauchen, die oder der diese Arbeit mit uns schultern kann.

Wir haben in den vergangenen Monaten auch viel Kontakt zu den Jugendverbänden gehabt, die sich sehr darum bemüht haben, mit ihren Jugendlichen in Kontakt zu bleiben, die sehr erfindungsreich waren, die in den Einrichtungen private iPads oder auch Schul-iPads genutzt haben. Ich selbst war in der Ratze, in der Ratzeburger Straße in Walle beim Waller Bahnhof ist ein Träger der Kinder- und Jugendhilfe, und habe gesehen, wie phantasievoll man im ersten Lockdown gestartet ist, dass man erst einmal getestet hat, welches Programm nehmen wir am besten? Machen wir die Kinder- und Jugendarbeit mit GoToMeeting weiter, was wir alle aus unseren Videokonferenzen kennen, oder nutzen wir Zoom. Das ging von Spiel- bis Beratungsangeboten, auch bis zu virtuellen Treffen, einfach um den Kontakt sicherzustellen. Ich finde es sehr gut, dass das Parlament sich hier noch einmal bei den Hauptamtlichen, aber auch bei den Ehrenamtlichen in der Kinder- und Jugendarbeit bedankt hat. Das waren keine leichten zwölf Monate.

Wir werden für diesen Baustein, der heute hier verabschiedet wird, beim Bremen-Fonds einen Antrag für die nächste Fördertranche stellen und hoffen jetzt auf Unterstützung des Parlaments. Wir fühlen uns aber gesehen. – Vielen Dank hier an das Haus und vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Ziffer 2, Neufassung der Drucksache [20/390 S](#), seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP, M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 2 zu.

Wer den Ziffern 1 und 3, Neufassung der Drucksache [20/390 S](#), seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Ziffern 1 und 3 zu.

**Oslebshausen entlasten: Begleitkonzept zur Klärschlammverbrennungsanlage erstellen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Januar 2021
(Drucksache [20/392 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg*innen! Im Sommer 2022 soll die Bremer Klärschlammverbrennungsanlage ihren Betrieb aufnehmen. Seit dem 27. Oktober 2020 liegt hierfür die Genehmigung vor, der Bau hat bereits begonnen. Um die Klärschlammanlage ist viel diskutiert, auch gestritten worden, insbesondere um den Standort Oslebshausen. Die Menschen in Oslebshausen möchten

nicht noch einen Betrieb, noch dazu einen weiteren Müll verarbeitenden Betrieb, in ihrer unmittelbaren Nähe haben. Sie fürchten, dass die Belastungen für sie noch größer werden, sie sehen die Grenzen dessen, was zu ertragen ist, als erreicht an und möchten nicht die Müllkippe der Stadt sein. Ihre Sorgen sind nicht unbegründet, nein, größtenteils auch nachvollziehbar. Schaut man sich den Ortsteil Oslebshausen bei Google Maps an, sieht man, dass der Ortsteil quasi umzingelt ist und durchkreuzt wird von Autobahnen und Bundesstraßen, Bahnanlagen und Gleisstrecken, flankiert von Industrie- und Gewerbegebieten.

Der Verkehr, auch der Güterverkehr ist bereits jetzt sehr hoch. Je mehr Verkehr, umso mehr Emissionen, insbesondere Feinstaub und Lärm. Dazu kommen schon jetzt 23 Betriebe der Abfallentsorgung, die dort ansässig sind. Die formulierten Ängste, zur Müllkippe der Stadt zu werden, sind nicht nur eine Zuspitzung, sie sind in Teilen durchaus begründet. Nun kommt die Klärschlammverbrennungsanlage, die Genehmigung ist erteilt.

Warum ist diese Anlage so wichtig? Klärschlamm enthält eine hohe Menge an lebenswichtigem Phosphor, weswegen er als Dünger auf unsere Felder verbracht wird oder, man muss sagen, wurde. Leider enthält er auch hohe Mengen an Nitraten, weswegen er nach der neuen EU-Düngeverordnung und der neuen Klärschlammverordnung nicht mehr bodenbezogen verwertet werden darf. Die Nitratinträge sind einfach zu hoch. Unsere Böden und unser Grundwasser sind schon jetzt viel zu stark belastet. Den Phosphor aus den Schlämmen brauchen wir aber dringend. Deswegen müssen die Aschen, die aus der Verbrennung des Klärschlamm entstehen, bis zur weiteren Verwendung gelagert werden. Ab 2024 sollen sie dann zur Verwertungsanlage nach Bitterfeld-Wolfen gebracht werden, wo der Phosphor zurückgewonnen werden kann.

Hier kommt eine weitere Sorge der Anwohner*innen hinzu. Wo und wie werden die Aschen gelagert, wie werden sie zur Deponie gebracht? Auch das sind berechnete Fragen. Neben den rechtlichen Vorgaben, die dazu zwingen, für eine thermische Verwertung von Klärschlämmen zu sorgen, gibt es aber auch klimapolitische Vorteile von Klärschlammverbrennungsanlagen. Bei der Verbrennung von Klärschlamm entstehen große Mengen an Energie, die zur Strom- und Wärmeversorgung benutzt werden können. 1 600 Vierpersonenhaushalte können so klimaneutral mit Strom versorgt, 2 900 Vierpersonenhaushalte im Bremer Westen

über das Bremer Fernwärmenetz klimaneutral mit Wärme versorgt werden. Am Standort Oslebshausen sind die Bedingungen dafür ideal, das muss man klar sagen.

Der Standort wurde aus praktischen Gründen gewählt. Das darf aber nicht heißen, dass das Thema damit abgeschlossen ist. Nur weil wir die Klärschlammverbrennungsanlage notwendigerweise brauchen und sie sogar einen Teil unseres Klimaschutzkonzepts ausmacht, können wir hier keine „Basta“-Politik betreiben. Die Sorgen der Anwohner*innen über steigende Verkehrszahlen, erhöhten Lärmpegel, Geruchsbelästigung und das Gefühl, übergangen und vergessen worden zu sein, sind nicht schön oder wegzureden. Die Anlage kommt, aber sie muss dringend mit entlastenden Maßnahmen für den Ortsteil kommen.

Dafür soll ein runder Tisch eingerichtet werden, der zum einen Bedarfe feststellen und zum anderen Maßnahmen und Konzepte erstellen soll, damit der Ortsteil spürbar entlastet wird. Zudem müssen Emissionsmessungen in den Bereichen Feinstaub und Lärm vorgenommen werden, damit auch hier reagiert werden kann. Offene Fragen des An- und Ablieferverkehrs der Schlämme und der Aschen sowie der Entsorgung der Aschen müssen vorab geklärt werden. Der Ortsteil darf nicht zur Bremer Müllkippe werden, im Gegenteil, er muss dringend aufgewertet werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier schon verschiedentlich über das Grundproblem debattiert. Es gibt in unserer Stadt nicht nur Gewerbe, über das wir uns uneingeschränkt freuen. Es gibt auch Gewerbe, von dem Belastungen für das Umfeld ausgehen. Seien es Gerüche, sei es Lärm, seien es Verschmutzungen oder auch, was bisweilen vorkommt, die Gefahr von explosiven Entwicklungen. Hinzu kommt, dass solches Gewerbe nicht fair und gleichmäßig über die Stadt verteilt ist, sondern sich in einigen Stadtteilen und dort wiederum an bestimmten Stellen konzentriert. Ein besonderes Lied davon kann sicherlich Oslebshausen singen, Ingo Tebje hat es eingehend beschrieben. Es wundert daher nicht, dass der Bau

und Betrieb einer Klärschlammverbrennungsanlage in Oslebshausen auf starke Ablehnung und Widerstand getroffen ist.

Viele haben gefordert, dass man die Errichtung dieser Anlage politisch verhindern, untersagen solle. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen das hier in diesem Raum: Die Errichtung der Verbrennungsanlage in dem dortigen Industriegebiet kann nicht einfach untersagt werden. Wenn alle genehmigungsrechtlichen Vorschriften eingehalten werden, dann ist eine solche Anlage zu genehmigen. Nicht nur das, Ingo Tebje hat darauf verwiesen, es ist nicht nur ein Erleiden dieser Anlage, sondern wir sind froh, dass dort Arbeitsplätze gesichert werden, dass klimaneutral Energie erzeugt werden kann und wir wissen alle, wir brauchen eine solche Verbrennungsanlage, wir können nicht einfach darauf setzen, dass andere irgendwo im Umland diese Aufgabe übernehmen.

Wichtig ist deshalb für uns, dass die Stadt dafür sorgt, dass die möglichen Belastungen so gering wie möglich gehalten werden und gleichzeitig gezielt Maßnahmen ergriffen werden, um den schon erreichten Belastungsstand in diesem Ortsteil zu mildern, Maßnahmen zu ergreifen, damit Beeinträchtigungen verringert und abgebaut werden.

(Beifall SPD)

Wir denken, dass diese Maßnahmen am besten zusammen mit denjenigen gefunden werden sollen, die sich vor Ort auskennen, die betroffen sind und die sich für diesen Stadtteil engagiert haben, um ihn zu verbessern. Deshalb möchten wir, dass mit den Betroffenen und dem Beirat vor Ort ein runder Tisch eingerichtet wird, um ein Begleitkonzept zu entwickeln und darüber hinaus Vorschläge zu machen, wie dieser Stadtteil entlastet werden kann. Für uns gehört natürlich dazu, dass den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger dort insofern Rechnung getragen wird, als regelmäßig Emissionsmessungen durchgeführt werden, insbesondere was die Gefährdungen durch Feinstaub angeht. Wir haben im Antrag stehen, dass dies vierteljährlich geschehen sollte.

Wir halten es auch für wichtig, dass in geeigneten Abständen Messungen zum Lärm durchgeführt werden, um die Belastung in diesem Bereich auch rechnerisch abbilden zu können und, falls notwendig, Maßnahmen ergreifen zu können. Ein zusätzlicher Punkt ist, wir müssen über die jetzige Ein-

richtung der Anlage hinausdenken, die Zwischenzeiten betrachten, in denen die verbrannten Rückstände gelagert werden.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Auch dort geht es um die Frage von Feinstaub, auch dort geht es um die Frage der Transportkonzepte, und es geht um die Sicherheit der in der Nähe wohnenden Menschen. Das alles sind wir ihnen schuldig, das alles sollten wir umsetzen. Ich denke und ich hoffe, dass wir diesen Antrag, diese Hilfe für Oslebshausen heute beschließen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Worum es uns nicht geht, ist, dass wir mit diesem Antrag die Klärschlammverbrennungsanlage verhindern wollen. Das ist nicht der Zweck dieses Antrags. Das ist schon gut ausgeführt worden, das muss ich nicht wiederholen. Das macht an diesem Standort Sinn, und es hat auch ökologische Vorteile. Es ist aber genauso offensichtlich und anerkannt, darüber reden wir auch schon länger, dass es Stadtteile gibt, die durch Gewerbeansiedlungen besonders belastet werden. Das ist nicht nur Oslebshausen. Obwohl ich nicht eine Begrifflichkeit wählen würde, die zu heftig wäre: Ich finde immer noch, dass das ein sehr schöner Stadtteil ist, indem ich sehr gern bin. Das trifft zum Beispiel auch auf Hemelingen zu. Ich habe gerade mit meinem Fraktionsvorsitzenden gesprochen, auch der Stadtteil, aus dem er kommt, es ist kein Geheimnis, dass das Huchting ist, hat eine verkehrliche Belastung, die ganz enorm ist.

Ich glaube, wir müssen mehr in Augenschein nehmen, dass wir das mit der Stadtteilgerechtigkeit ernst nehmen. Das ist nicht so ganz einfach. Ein Industriegebiet liegt nun einmal da, wo es liegt, das kann man schlecht nehmen und auf einen Recyclinghof packen. Der wäre erstens viel zu klein, und zweitens wäre es wahrscheinlich keine gute Idee, das umzusetzen. Trotzdem müssen wir sehen, dass wir damit sensibel umgehen.

Es ist für mich vollkommen klar, dass die Menschen in Oslebshausen bei diesem Thema sehr wachsam

sind, ganz genau hinschauen und auch ein gewisses Misstrauen haben. Das kann ich durchaus nachvollziehen. Ich glaube nicht, dass das an diesem Standort zu einer Verschlechterung führen wird, denn so ein wenig verwoben ist damit das Kohlekraftwerk im Industriehafen, das wir gleichzeitig haben. Von dort aus gehen Arbeitsplätze zu dieser Klärschlammverbrennungsanlage. Diese beiden Geschichten haben für die swb AG eine gewisse Verbindung. Wenn man die Summe daraus zieht, das ist im Augenblick noch eine Quersumme, wird dabei herauskommen, dass sich die Belastung für den Stadtteil insgesamt deutlich verringert. Trotzdem muss man ernst nehmen, dass ein Misstrauen vorhanden ist. Deswegen ist dieser Antrag auch sehr wichtig, dass wir versuchen, weiterhin vertrauensbildend mit den Menschen vor Ort im Gespräch zu sein. Es wird befürchtet, dass der Feinstaub, aber auch der Lärm durch dieses Vorhaben zunehmen kann, und das, glaube ich, darf man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Deswegen ist es wichtig, einen runden Tisch einzuberufen, die Bürgerinitiative voll einzubeziehen, sie beim Monitoring mitzunehmen und dabei weitere Maßnahmen, die uns vielleicht noch einfallen, abzuwägen.

Wir fordern, insbesondere den Anlieferungsverkehr des Klärschlammes möglichst anwohnerverträglich zu regeln und sicherzustellen, dass die Fahrzeuge ohne irgendwelche Rückstände von Klärschlamm aus der Schleusenanlage herauskommen. Wir fordern ein langfristiges Entsorgungskonzept. Ich finde es sehr bedeutsam, dass wir uns diesen Dingen widmen, wohl wissend, dass nicht ganz klar ist, wann es technisch möglich ist, dass wir tatsächlich den Phosphor mit einer Rückgewinnungsanlage dort herausbekommen. Wir wissen alle, die Kapazitäten in der Blocklanddeponie sind begrenzt, da ist dieses dreigliedrige Beteiligungskonsortium wirklich in die Pflicht zu nehmen.

Das muss ich am Ende erwähnen, weil es auch um die Belastung des Stadtteils Oslebshausen geht: Die Menschen dort sind sehr sensibel. Ich muss kurz noch das Stichwort Bahnwerkstatt hinzunehmen. Ich habe dazu auch einige Gespräche geführt, es gibt Menschen, die sehen, dass da auch wieder irgendetwas hinzukommt, was sie sehr mit Sorge betrachten. Aus diesem Grund sind wir sehr gefordert, das Thema Bahnwerkstatt gerade in der Nähe eines Wohngebiets, Wohlers Eichen, sehr sorgfältig abzuwägen, damit sie nicht das Gefühl haben, dass sie bei jeder Entscheidung, die wir fällen, immer das Nachsehen haben, sondern damit sie entweder sehen, es hat einen guten Grund, dass wir das machen, oder auch, dass wir Alternativen abwägen,

und zwar ernsthaft abwägen. In diesem Sinne freue ich mich, dass wir mit diesem Antrag diesen Prozess mit dem runden Tisch jetzt zusammen eingeleitet haben. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhler.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhler (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden nicht über das Ob einer Klärschlammverbrennungsanlage, sondern über die Begleitung dieser. Wie bei vielen Investitionsprojekten gibt es Menschen, die das kritisieren, welche, die das gar nicht wollen, die infrage stellen, ob das nötig ist oder andere Technologien bis hin zur Pyrolyse in den Raum werfen, die ich an der Stelle für nicht ausgereift halte. All diese Menschen gibt es, aber sie haben in einer Demokratie ein Recht darauf, gehört zu werden, ernst genommen zu werden, und ihre berechtigten Anliegen gilt es aufzugreifen. Das tut der Antrag, und deswegen werden wir dem als Freie Demokraten zustimmen: Weil es darum geht, den Dialog mit den Menschen zu führen und sie davon zu überzeugen – auch anhand von Emissionsmessungen – was dort passiert, welche Folgen dadurch eintreten und es auch vergleicht zu dem, was vorher war.

Wir haben gehört, es gibt dort ein Kohlekraftwerk, das dankenswerterweise stillgelegt worden ist, die swb AG hatte es zur Stilllegung angemeldet. Das heißt, dass die Kohle nicht mehr dorthin transportiert werden muss, was zugegebenermaßen auf anderem Weg passiert ist. Wer sagt denn, dass Klärschlamm nur über Straßen kommen kann?

Es ist so, dass natürlich aus dieser Kohleverbrennung Stäube und Abgase entstanden sind. Nicht nur Treibhausgase, sondern Kohle enthält Quecksilber und etliches mehr. Das darf man nicht vergessen, auch wenn der Schornstein hoch ist und es vielleicht über Oslebshausen hinweggegangen sein mag, was ich gar nicht beurteilen kann.

Der Beirat hat ebenso ein Verkehrskonzept gefordert. Warum sollte er das nicht tun? Es ist genau richtig, zu fordern, dass sich alle an einen Tisch setzen und überlegen, wie kommen die Fahrzeuge, die dahin müssen, bis hin zum Handwerker, der irgendetwas warten muss, dorthin. Ich wünschte, wir hätten die A 281 mit dem Tunnel schon. Dann hätten wir eine sehr kurze Strecke, und ich hoffe, wir

haben sie dorthin bald, von der Kläranlage in Seehausen unter der Weser hindurch, ohne viele Anwohnerinnen und Anwohner zu belästigen. Natürlich braucht es vernünftige Entsorgungskonzepte für die Feinstäube und Aschen. Was denn sonst?

Genauso braucht es eine vernünftige Phosphorrückgewinnung. Aber wir machen das Ganze nicht wegen der Phosphorrückgewinnung oder wegen der Energie, die wir daraus ziehen. Ehrlich gesagt, Klärschlamm hat nur den Brennwert von Braunkohle, und das auch nur, wenn er getrocknet ist. Für die Trocknung braucht man eine ganze Menge Energie. Ich erinnere mich an viele Menschen, die irgendwelche Biogasanlagen betrieben haben und mit der Abwärme Klärschlamm getrocknet haben, was vielleicht nicht die besten Konzepte dieser Welt sind. Es geht darum, zu schauen, wie kann ich das sinnvoll machen? Warum machen wir das? Weil wir es sind, wir Menschen, die diesen Klärschlamm produzieren und wir ihn wegen der Nitratbelastung, wegen der anderen Belastung bis hin zum Mikroplastik, nicht mehr verantwortungsvoll auf Felder bringen können. Ralph Saxe, das habe ich in der Ausführung vermisst!

Insofern, all das können wir nicht mehr auf die Felder packen. Wir können und wollen es auch nicht mehr in irgendwelchen Kohlekraftwerken mit verbrennen, insbesondere in Braunkohlekraftwerken ist das gemacht worden. Deswegen braucht es ein Entsorgungskonzept für den Klärschlamm, den wir Menschen unweigerlich mit unserem Dasein produzieren. Es steht in unserer Verantwortung, eine Lösung zu finden. Ja, es hat diesen Standortauswahlprozess gegeben. Die Wahl für Klärschlamm aus Bremen und zugegebenermaßen auch aus dem Umland ist auf Oslebshausen gefallen, weil das eine effektive Wirtschaftsgröße ist, die dort angestrebt wird. Da sind wir auch als Oberzentrum gefragt.

Insofern können wir den Antrag voll unterstützen. Denjenigen, die hoffen, dass man damit noch eine Anlage verhindern kann, denen muss ich sagen, wir als Fraktion der FDP stehen zu der Anlage, wollen, dass sie auch in das zukünftige Konzept eingebunden wird, das da heißt, Wärme aus den Quellen, wo sie anfällt, als Fernwärme zu verwenden, CO₂, das dort entsteht, zu nutzen und einer sinnvollen Nutzung zuzuführen, damit es nicht als Treibhausgas die Welt belastet, sondern möglichst dort genutzt wird, wo es schon konzentriert ist. Das sind alles Dinge, die wir auch diskutieren müssen, vielleicht nicht nur am runden Tisch, sondern hier und in der Enquetekommission. Aber das genau bleibt:

Wir haben das notwendige Übel, dass wir den Klärschlamm entsorgen müssen. Es ist gut, wenn wir dafür weiter um Akzeptanz werben. Ich und wir als Freie Demokraten sehen diesen Antrag als Schritt dafür, und deswegen unterstützen wir ihn. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleg*innen der Koalition! Ich möchte zu diesem Antrag inhaltlich so viel sagen: Über die Klärschlammverbrennungsanlage und deren Notwendigkeit ist, glaube ich, alles gesagt, da sind wir uns alle einig, und das ist, ob Sie diesen Antrag stellen oder nicht, auch nicht mehr umkehrbar. Die Genehmigungsverfahren sind abgeschlossen, man hat sich seit Jahren bewusst für diesen Standort entschieden. Ich glaube auch, dass wir den Menschen in Oslebshausen technisch erklären können, dass sie umringt sind von einem Industriegebiet. Dahin sind sie gezogen, das prägt diesen Ortsteil genau wie den Stadtteil Gröpelingen. Der Hafen ist wichtig in Oslebshausen, die Hütte, die Stahlwerke sind ganz wichtig. Ich glaube, das ist auch nicht das große Problem.

Bezogen auf die Verkehrszahlen kann man, glaube ich, sagen, in den letzten zehn Jahren war für die Hafenanstraße die Steigerung der Lkw-Transporte im Bereich des Ölhafens, weil der sehr stark expandiert ist, ein viel größeres Problem als die Transporte aus Seehausen zur Klärschlammverbrennungsanlage. Wenn Sie es irgendwann, mit, ich weiß nicht, zwölfjähriger Verzögerung, schaffen, den Wesertunnel fertigzustellen, ist dieses Problem auch technisch zu lösen. Mit dem Austausch weg vom Kohlekraftwerk, hin zur Klärschlammverbrennungsanlage kann man den Menschen technisch erklären, dass sich ihr Leben nicht verschlechtert hat, weil das eine weggeht und das andere kommt.

Jetzt zu Ihrer Fragestellung, lieber Herr Saxe, was ist eigentlich der Zweck des Antrags? Das habe ich auch nicht verstanden, das sage ich ganz ehrlich. Sie stellen einen Antrag, also nicht Sie persönlich, sondern die drei Koalitionsparteien, mit Themen, die eigentlich Standard sind. Es ist selbstverständlich, dass die Emissionswerte gemessen werden, dass man die Menschen vor Schaden schützt. Ich glaube, dafür bedarf es keines Antrags. Ich will ein

wenig tiefer gehen, an welcher Stelle wir vielleicht gemeinsam haken müssen. Ich weiß nicht, wer von den dreien es gesagt hat: Das Thema Misstrauen ist sehr hoch. Warum sind die Menschen in Oslebshausen über das Handeln, ob das die Bahnwerkstatt oder auch die Klärschlammverbrennungsanlage ist oder 2019 war die Diskussion um das Zwischenlager für die gelben Säcke, wo es massive Demonstrationen gab und der damalige Bürgermeister Dr. Sieling Verbesserungen versprochen hat. Aber was ist passiert? Ich glaube, das ist das psychologische Problem in Oslebshausen. Dieser Ortsteil fühlt sich abgehängt. Er sucht sich Beispiele, wie er von der Regierung im Stich gelassen wird.

Ich nehme ein Beispiel: Eine notwendig zu bauende Kita, die acht Jahre Planung brauchte, und als sie fertig geplant war, hat sich im Beirat das Umweltressort mit Immobilien Bremen über irgendein Gutachten gestritten, was der eine vergessen hat oder der andere. Somit war der Bau nicht möglich. Das ist ein Punkt. Eine Sporthalle, die 2017 abrennt und jetzt, wir haben 2021, wirklich eine für knapp dreieinhalb Millionen Euro steht, die nach zwei Jahren wieder abgebaut wird. So geht es im Grunde genommen weiter. Die Menschen haben das Gefühl, unsere Probleme werden nicht wahrgenommen, aber sie stellen uns einen Industriebetrieb nach dem anderen dorthin. Da ist die Frage: Wie schaffe ich Verständnis? Ich glaube, wir können beschließen, was wir wollen, was wir alles messen wollen, runde Tische können wir machen. Wir sind mit der Bürgerinitiative, die teilweise ingenieurtechnisch besser aufgestellt ist als der eine oder andere Abgeordnete, das muss man auch klar und deutlich sagen, permanent im Gespräch. Da wird auch ein neuer runder Tisch nichts ändern. Wir müssen, und da sind Sie als Regierungshandelnde gefragt, den Menschen wirklich das Gefühl geben, ja, wir wissen, was die da machen. Es ist aber notwendig, weil wir die Arbeitsplätze und auch die Entwicklung brauchen, wir haben es verstanden und wollen euch gesellschaftlich unterstützen. Das ist ein Problem, denn wenn etwas in den Westen geht, geht es eher nach Gröpelingen, und Oslebshausen fühlt sich sowieso hinten dran. Das gleiche Phänomen gibt es übrigens zwischen Burg-Grambke und Lesum. Das ist auch so ein Thema. Da müssen Sie ansetzen.

Wir werden diesen Antrag unterstützen, ehrlicherweise schadet er nicht, er hilft aber auch nicht. Deswegen heute noch einmal mein Plädoyer: Holen Sie sich Rat, gehen Sie auf die gesellschaftlichen Organisationen zu, die sagen Ihnen genau, was fehlt.

Dann bekommen Sie auch die Akzeptanz für solche wichtigen Projekte. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Strohmann! Genau das ist der Grund, dass wir hier heute mit der Bürgerschaft noch einmal bekräftigen, noch einmal unterstreichen, dass wir es ernst meinen, dass dort etwas geschieht, dass das umgesetzt wird und dass das auch kontrolliert wird. Das ist das Zeichen, das wir von hier aus geben wollen, und deshalb macht dieser Antrag auch Sinn.

(Beifall SPD)

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit aber noch etwas anmerken, was zu diesem Thema gehört, aber so noch nicht gesagt worden ist. Es ist klar, wenn wir in dem Stadtteil etwas verbessern wollen, wenn wir Maßnahmen durchsetzen wollen, die dort Entlastung bringen, dann wird das auch Geld kosten. Mit Blick darauf hätte ich es begrüßt, wenn wir dort nicht nur eine Anlage hingestellt bekommen, sondern wenn die Stadt Bremen an diesem Unternehmen auch beteiligt wäre.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Sind Sie in der Regierung?)

Und zwar aus mehreren Gründen: Erstens hätte das nahegelegen. In praktisch allen Großstädten, in denen solche Anlagen errichtet werden, geschieht das unter kommunaler Trägerschaft. Gerade, wenn man den Klärschlamm liefert, dann ist es natürlich naheliegend, dass man sich auch die Ketten, die damit in Bewegung gesetzt werden, sichert. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, wenn man sich den Gesellschaftsvertrag von hanseWasser Bremen GmbH anschaut, dann steht dort auch, dass das Unternehmen und seine Gesellschaft sich darum kümmern sollen, in angrenzende Gebiete hineinzuwachsen, sie sich zu erschließen. Warum nun ausgerechnet nur die Vorschaltgesellschaft, wo die swb AG und die GELSENWASSER AG ihre Beteiligung gepoolt haben, Teilhaber wird an dieser Gesellschaft, erschließt sich mir ehrlich gesagt nicht.

Der dritte Punkt, den wir auch sehen müssen, ist, hier wird eine Anlage errichtet, die für die spätere

Verbrennung eine Monopolsituation haben wird. Was in Monopolsituationen passiert, das kann man jedem ökonomischen Lehrbuch entnehmen, das weiß man auch selbst, wenn man irgendwo ist, wo die Angebote knapp sind. Das schlägt sich in den Preisen nieder. Wenn man einem Monopolisten gegenübersteht, hat man auch wenige Handlungsmöglichkeiten, um dem zu begegnen. Auch das wäre sinnvollerweise zu vermeiden, wenn man selbst daran beteiligt ist.

Der letzte Punkt führt zum Ausgang zurück. Diese Anlagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden absehbar sehr rentabel sein. Deshalb gibt es möglicherweise auch das Bestreben, uns gar nicht dabei zu haben. Aber umgekehrt sollte es eigentlich unser Bestreben sein oder gewesen sein, dass wir dort mit dabei sind, um über die Beteiligungserträge, über die Gewinne dann auch vielleicht einen Plan, eine Zusage zu entwickeln, dass wir genau daraus für eine bestimmte Zeit von Jahren in diesen Stadtteil finanzieren, dass wir dort etwas verwirklichen.

Ich finde, es ist auf jeden Fall eine Überlegung, für die es vielleicht noch nicht zu spät ist, sondern über die wir alle noch einmal nachdenken sollten, das würde mich freuen. – Danke schön!

(Beifall SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte doch noch einmal auf ein paar Punkte eingehen, die auch von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern angesprochen wurden. Zum einen der Punkt der Verträglichkeit von Industrie und Wohnbebauung: Ja, ich glaube, wir haben etliche Stadtteile, die damit entsprechend kämpfen, aber wir brauchen in einer Stadt wie Bremen beides. Wir brauchen Industrie für Arbeitsplätze und für positive Entwicklung und auch Wohnbebauung. Aber das, was wir politisch schaffen müssen und wofür wir auch diesen Antrag stellen, ist doch, dafür zu sorgen, und das geht ein wenig auf Sie ein, Herr Strohmann, mit den Menschen vor Ort zu diskutieren: Wie können wir diese Nutzungskonflikte, die wir nicht wegdiskutieren können – die werden auch dauerhaft bleiben –, aber wie können wir dort Reduzierung, Entlastung erreichen? Wie können wir dort Ausgleichsmaßnahmen durchführen, wie können wir dort auch positive Im-

pulse setzen in den Stadtteilen, die bisher besonders stark in diesen Fragen, in den Nutzungskonflikten betroffen sind?

Da gebe ich Ihnen auch Recht, es darf dann auch nicht beim Reden bleiben, sondern wir werden dann auch schauen müssen, welche Maßnahmen sind das für diesen Stadtteil. Die Menschen müssen auch spüren, ja, da passiert auch etwas, wenn wir uns hier einbringen, wenn wir Maßnahmen identifizieren, die zu einer Entlastung dieses Stadtteils führen oder die eine Aufwertung des Stadtteils mit sich bringen würde, dass wir da auch in die entsprechende Umsetzung kommen.

Ich will auch noch einmal darauf eingehen, was Ralph Saxe angesprochen hat. Natürlich ist auch das Thema der Bahnwerkstatt ein neues Thema, das die Menschen vor Ort in Oslebshausen erst einmal als Belastung ansehen. Natürlich ist aber auch klar, wir brauchen, wenn wir einen Ausbau von Nahverkehr haben wollen, auch dort entsprechende Werkstätten, da, wo es die Infrastruktur als solche gibt. Man muss aber dann auch deutlich machen, wie weit begleitet denn Politik an der Stelle auch die Frage: Wohin kommt denn so etwas, welche Alternativen gibt es, sind die Alternativen geprüft worden, wo gibt es wirklich Möglichkeiten und nicht einfach andere entscheiden zu lassen, wohin eine Anlage entsprechend kommt? Auch da, glaube ich, werden wir noch deutlich einmal in die Diskussion gehen und schauen müssen, ob das eigentlich richtig geprüft worden ist, ob es Alternativen gegeben hätte oder noch Alternativen gibt und wie gehen wir mit diesem Standort weiter um.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Wollen Sie den infrage stellen?)

Nein, eben nicht! Ich habe gerade gesagt: Es geht darum zu schauen, wo kann so eine Werkstatt entstehen, gibt es auch Alternativen und ist das entsprechend geprüft worden? Darum geht es, und darum müssen wir auch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort argumentieren und in das Gespräch kommen. Ich nehme auch gern noch einmal auf, was Arno Gottschalk gerade gesagt hat. Ich sage einmal, es war ein wenig bezeichnend, dass der Applaus bei uns von der linken Seite kam, ich kann Ihnen nur Recht geben. Ich frage mich nur, wer in der letzten Legislaturperiode denn regiert hat und das entschieden hat, lieber Herr Gottschalk. Uns haben Sie da aber mit Sicherheit an Ihrer Seite, wenn man sagt, eigentlich müssten wir an so einer Anlage auch beteiligt werden. Das ist öf-

fentliche Daseinsvorsorge, und warum sollen Private allein damit die Gewinne erzielen und Bremen geht letzten Endes leer aus. Da gebe ich Ihnen vollkommen Recht, da sind wir bestimmt an Ihrer Seite.

(Beifall DIE LINKE)

Noch einmal, Herr Strohmann, ja, ich glaube schon, dass es diesen Antrag jetzt auch bedarf, einfach auch noch einmal als Signal, dass wir jetzt wirklich auch sagen, wir gehen noch einmal intensiver in das Gespräch mit dem Stadtteil, wir wollen diesen runden Tisch, und wir wollen auch gemeinsam diesen Dialog fördern, um auch zu schauen, was positiv für diesen Stadtteil zu entwickeln ist. Ich glaube auch, was viele hier schon gesagt haben, Oslebshausen hat viele positive Seiten, und die müssen wir auch stärker gemeinsam entwickeln. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Ingo Tebje, lieber Arno Gottschalk! Es war wieder einmal großes Kino.

(Abgeordneter Arno Gottschalk [SPD]: Jetzt kommen Sie, da wird es noch größer! – Abgeordneter Ingo Tebje [DIE LINKE]: Ganz ohne Kino!)

Wir werden es sehen in Oslebshausen, ob die Menschen dann auf diesen Antrag sehr positiv reagieren. Ich fahre ja heute Abend mit dem Fahrrad dorthin, dann werde ich sehen, ob sie die La-Ola-Welle machen und sagen: Endlich hat die Bürgerschaft diesen grandiosen Antrag mit Einführung eines runden Tisches beschlossen, das haben wir uns schon immer gewünscht. Die letzten runden Tische in Oslebshausen waren ja auch erfolgreich. Aber das nur so nebenbei.

(Beifall CDU)

Lieber Arno Gottschalk, jetzt muss ich ehrlicherweise einmal sagen, dass wir irgendwann Klärschlammverbrennungsanlagen bauen müssen, das ist ja nicht über Nacht passiert. Es ist ja auch in Ansprache der jeweiligen Ressorts diskutiert worden, dass man sich Gedanken machen muss, wie man das macht, in welchen Konstrukten, welche technischen Möglichkeiten es gibt.

Wenn es dann vier Unternehmen gibt, die zum Teil ja auch kommunal gebunden sind, die sich zusammen tun und ein Konzept erstellen und sich dann hinstellen und weinen und sagen, wir sind ja gar nicht dabei, dann frage ich mich: Guten Morgen, lieber Arno Gottschalk, was haben Sie in den letzten Jahren gemacht? Es stand doch dieser Stadt frei zu sagen, wir machen das kommunal. Wahrscheinlich hätten Sie bis heute noch diskutiert, welche Struktur diese Gesellschaft haben sollte, und die Baugenehmigung hätten wir dann in drei oder vier Jahren eingereicht.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Sich aber jetzt hinzustellen, weil Unternehmen sagen, wir nehmen das in die Hand, das ist ein wichtiger Bereich, das machen wir, das finde ich jetzt schon ziemlich erbärmlich. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, das mit dem Monopol stimmt nicht. Die Wasserversorger können nachher irgendwann, entweder sind sie selbst beteiligt, so wie der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband jetzt bei dieser, aber alle anderen können dann ihren Klärschlamm zu irgendwelchen gebauten Klärschlammverbrennungsanlagen bringen. Da besteht kein Monopol und da müssen wir uns auch keine Sorgen machen, dass sich alle die Taschen füllen, wie hanseWasser Bremen GmbH und wie diese ganzen Heuschrecken auch alle heißen. Das einmal nebenbei.

Dann sage ich ganz ehrlich noch einmal zur Kommune: Die kann es besser. Ja, das weiß ich, das sehen wir ja jetzt am Krematorium, weil überall die Krematorien, die privat bewirtschaftet werden, prosperieren, wirtschaftlich erfolgreich sind. Selbst die Sozialbehörde, Entschuldigung, die Gesundheitsbehörde lässt ja lieber die Sozialleichen, oder wie man sie nennt, ich weiß den genauen Begriff jetzt nicht, in Diepholz bei einem Privaten verbrennen als in ihrer eigenen Verbrennungsanlage in Bremen, die jetzt ein Minus fährt. Irgendetwas stimmt da nicht. Entweder kann es die Kommune nicht oder ich habe es nur nicht gemerkt, das kann auch sein, Arno Gottschalk, das kann möglich sein.

Deswegen finde ich solche Diskussionen, die jetzt hier geführt werden, sehr gefährlich. Wir können froh sein, dass wir Player gefunden haben, wir können froh sein, dass diese Klärschlammverbrennungsanlage dann letztlich auch mit niedersächsischem Klärschlamm ausgelastet wird und auch wirklich betriebswirtschaftlich an den Markt gehen kann. Wenn sie dann wirtschaftlich erfolgreich ist

und Gewinne erzielt, dann können wir uns nicht hinstellen und klagen.

Das erinnert mich ein wenig an hanseWasser Bremen GmbH. Wir haben es über Jahrzehnte in Bremen kommunal unter sozialdemokratischer Regierung nicht hinbekommen, ein Skandal jagte den anderen. Dann hat Bürgermeister Henning Scherf irgendwann gesagt, jetzt weg damit, und dann haben wir es verkauft. Wir haben viel Geld dafür bekommen, haben dafür Schulen saniert. Jetzt haben Privatwirtschaftliche diesen Betrieb wieder hochgefahren und erwirtschaften Gewinne. Dann sagen wir wieder, diese bösen Kapitalisten müssen wir jetzt enteignen. So geht soziale Marktwirtschaft ehrlicherweise nicht, das muss ich klar und deutlich sagen.

(Beifall CDU)

Ein abschließender Satz noch: Heute ging es doch eigentlich um die Menschen im Ortsteil Oslebshausen und nicht um irgendwelche Debatten zur Rekommunalisierung. Die können wir ein anderes Mal führen. Eigentlich hatte ich den Eindruck, dass wir jetzt über die Menschen reden wollten. Dazu habe ich meinen Beitrag geleistet, und da reicht es nicht, nur mit Zahlen und Messwerten zu operieren, sondern sie ernst zu nehmen und zu sagen: Ja, ihr seid uns wichtig! Das kann man auch mit relativ wenig Geld, das hat mit Geld teilweise auch gar nichts zu tun. Ihnen einfach nur zu zeigen, ja, wir unterstützen euch – das fehlte in den letzten Jahren in Oslebshausen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann nahtlos an Herrn Strohmann anschließen, ich glaube, diese Debatte eignet sich jetzt nicht dazu, eine Rekommunalisierungsdebatte daraus zu machen. Da bräuchten wir, glaube ich, auch ein wenig mehr Zeit.

In der Tat geht es doch darum, wie wir den Ortsteil Oslebshausen und die Menschen dort mit ihren Sorgen und Ängsten abholen und für eine Verbesserung sorgen können. Dass der Ortsteil Oslebshausen mehrfach belastet ist, ist uns doch allen bewusst. Ob es die Stahlwerke sind, ob es diverse Ab-

fallentsorgungsbetriebe sind, der Hafen, der Güterverkehr, dadurch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, das Kohlekraftwerk noch bis vor Kurzem und damit auch immer, weil es ein Industriegebiet ist und weil es nach dem Flächennutzungsplan und dem Gewerbeentwicklungsplan ein Industriegebiet ist, geht damit auch Lärm einher.

Jetzt kommt als ein neuer Baustein noch die Klärschlammmonoverbrennungsanlage hinzu. Ich kann erst einmal gut verstehen, dass die Anwohnerinnen und Anwohner sich Sorgen machen, dass sie Angst haben, dass es noch lauter wird, dass sie Angst haben, dass es geruchsintensiv wird und dass sich ihre Wohn- und Lebensqualität verringert. Das müssen wir doch erst einmal ernst nehmen, und deswegen finde ich den Antrag, einen runden Tisch einzurichten, auch sehr begrüßenswert. Das sollten wir dann auch tun.

Ich möchte auch noch einmal positiv erwähnen, auch wenn das viele gemacht haben, die Klärschlammmonoverbrennungsanlage ist in der Tat die Voraussetzung gewesen, dass das Kohlekraftwerk jetzt vom Netz genommen werden konnte. Das ist nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern, das hat Herr Buhlert vorhin schon gesagt, Kohlekraftwerke emittieren auch Schadstoffe, zum Beispiel Quecksilber in hohen Konzentrationen. Das heißt, dass damit in dem Stadtteil durchaus auch jetzt schon eine Verbesserung einhergegangen ist.

Wir stehen im Gespräch mit der Bürgerinitiative, ich hatte mich im letzten Jahr auch schon einmal mit denen getroffen und ausgetauscht, und zum Beispiel auch besprochen, was man in Sachen Lärmschutz tun kann. Wir wollen zum Beispiel zusätzliche Lärm- und Messpunkte installieren.

Jetzt sind einige Punkte heute in dem Antrag gefordert worden. In der Tat, die Klärschlammmonoverbrennungsanlage ist genehmigt worden, sie ist planfestgestellt worden. Es ist so wie in Hemelingen damals mit dem Abfallzwischenlager – viele erinnern sich. Wenn ein Industriegebiet nach Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt ist, dann gibt es gar kein Vertun. Wenn ein Antrag auf Genehmigung gestellt ist, dann muss man diesen auch genehmigen. Es kann nicht sein, dass man das dann aus politischen Gründen verweigert. Hier könnte sofort geklagt werden.

Ich möchte jetzt einmal kurz aufzählen, was wir schon machen. Das soll bitte nicht nach dem Motto gewertet werden, ach, jetzt listet sie das einmal auf

und jetzt müssen wir nichts mehr tun und können uns zurücklehnen. Nein, wir wollen gern noch mehr für den Stadtteil oder Ortsteil tun, aber ich möchte trotzdem einmal sagen, dass im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens sowieso schon vorgeschrieben ist, was alles gemessen werden muss: Es werden über die Messstationen Hasenbüren, Oslebshausen und Nordstraße, bezogen auf den Standort der Klärschlammverbrennungsanlage, Feinstaubmessungen durchgeführt.

Dadurch haben wir jetzt schon einen guten Überblick über die Feinstaubbelastung, auch übrigens in Gröpelingen, nicht nur in Oslebshausen. Die Luftqualität wird seit dem Jahr 2004 rund um die Stahlwerke regelmäßig in Sondermessprogrammen überprüft. Hier ergeben sich keine Auffälligkeiten in den Daten.

Zuletzt wurde ein Sondermessprogramm im September 2019 bis August 2020 durchgeführt. Die Messungen zeigen, dass die Messwerte etwa für die Stoffe Chrom, Nickel und Vanadium, deren kontinuierliche Messung gefordert wird, deutlich unterhalb der Emissions- und Beurteilungswerte liegen. Diese Details kann man im Übrigen auch auf unserer Internetseite des Ressorts finden. Aber das heißt natürlich, dass wir, wenn die Klärschlammverbrennungsanlage dann auch in Betrieb geht, natürlich auch weiterhin messen werden.

Zur Genehmigung der Anlage gehört auch ein Passus zur Reinigung von Außenflächen und Rädern der Lkw sowie zur Abdeckung der Ladeflächen der Klärschlammtransportfahrzeuge bei Ein- und Rückfahrt. Damit wird sichergestellt, dass keine Klärschlammreste herumliegen und auf den öffentlichen Straßen verteilt werden und anfangen zu stinken.

Wir haben, und das wurde auch gesagt, einen Monodeponieabschnitt auf der Deponie Siedenburg. Dort wird extra phosphorhaltiger Staub gelagert. Phosphor ist ein Werkstoff, der Mangelware ist, der eines Tages auch zurückgewonnen werden soll. Da gibt es Pilotprojekte, das geht im großen Maßstab noch nicht. Deswegen ist es uns ganz wichtig, dass wir diese phosphorhaltigen Aschen sicherstellen, und zwar nicht vor Ort in Oslebshausen, sondern auf dem entsprechenden Monodeponieabschnitt.

In Bezug auf die Abfallproblematik im Stadtteil möchte ich auf unser Konzept „Sichere und saubere Stadt“ hinweisen, das der Innensenator oder

das Innenressort und mein Haus im Stadtteil Gröpelingen erarbeiten, aber auch in den Ortsteilen, um ein besseres Umfeld zu schaffen.

Ich will einmal sagen, das bereitet uns schon auch Sorgen, nicht nur in Oslebshausen, sondern in der gesamten Stadt, wenn man sich anschaut, wie viele illegale Müllablagen es gibt, wie viel einfach achtlos weggeworfen wird. Ich finde das rücksichtslos. Es ist nicht nur eine Schande für die Umwelt, es ist, ehrlich gesagt, auch respektlos allen Anwohnerinnen und Anwohnern gegenüber, weil es deutlich die Wohnqualität verringert. Aus dem Grund nehmen wir uns auch noch einmal den Ortsteil Oslebshausen besonders vor.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Mit diesen Maßnahmen wollen wir mehr Sauberkeit im Ortsteil leisten.

Jetzt möchte ich noch etwas zum Thema Lärm sagen. Da von den Hafen- und Industriegebieten insgesamt Lärmbelastungen ausgehen, hat mein Haus ein Messprogramm gestartet, um eine Einschätzung der tatsächlichen Lärmbelastung zu erhalten, also nicht nur irgendwelche Modelle, Berechnungen, rein theoretische Werte oder Durchschnittswerte. Es nützt den Menschen nichts, wenn nachts Schrott verladen wird und es in dem Moment und in genau dieser Stunde laut ist, dann nützt der Tagesdurchschnittswert nichts. Aus dem Grund sollen jetzt konkrete Messungen stattfinden. Gerade die Schrottverladung ist in Oslebshausen im Hafengebiet ein Problem. Die Senatorin für Wissenschaft und Häfen und ich haben auch darüber gesprochen, haben auch Kontakt mit der Firma aufgenommen und verstehen, dass die Bürgerinnen und Bürger von diesem Lärm auch extrem genervt sind.

Wir wollen natürlich auch ein Verkehrskonzept. Da bin ich ganz dankbar, dass Herr Buhlert auf die A 281 hingewiesen hat. In der Tat ist es so, wenn die A 281 dort realisiert ist, und da sind die Bauarbeiten ja im vollen Gange, dann entlastet das die Nord- und die Hafenrandstraße massiv. Wir haben dann genau in dieses Industriegebiet viel kürzere Wege. Damit nehmen dann auch die Belastungen vom Verkehr, und das sind Lärm-, aber auch Luftimmissionsbelastungen, deutlich ab. Deswegen bin ich da optimistisch.

Aber noch einmal, und das hat Herr Strohmann gesagt, es geht darum, den Menschen vor Ort auch zu zeigen: Ihr seid nicht abgehängt, uns ist nicht egal,

ob ihr durch Lärm, durch Gestank, durch Luftschadstoffe belastet seid, sondern wir wollen hier Abhilfe schaffen. Das geht auch nur durch eine gute Kommunikation, und das geht nur, indem Fragen gestellt werden und wir dann Antworten geben oder indem wir auch auf zusätzliche Probleme hingewiesen werden.

Deswegen begrüße ich sehr, dass es dort jetzt einen runden Tisch geben soll, damit wir die Probleme beleuchten können, damit wir gemeinsam schauen, wie können Lösungen aussehen, damit die Anwohnerinnen und Anwohner wirklich auch das Gefühl haben, dass wir sie ernst nehmen und dass wir uns um ihre Probleme kümmern und dass Oslebshausen auch deutlich mehr entlastet wird, dass es mehr Lärmschutz gibt, dass es mehr Sauberkeit gibt und dass es auch eine höhere Luftreinhaltung gibt. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Ortsgesetz zur Sicherung der Beiratsarbeit während der Pandemie

Antrag der Fraktion der CDU

vom 17. November 2020

(Drucksache [20/353 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Thomas Ehmke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um das Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter, Ortsbeirätegesetz, zur Sicherung der Beiratsarbeit während der Phase der Pandemie. Wie schon in der Begründung des Antrags vorgebracht, ist die Durchführung von Beiratssitzungen durch Videokonferenz aktuell weder im Ortsbeirätegesetz noch in der Mustergeschäftsordnung der Senatskanzlei geregelt.

In den §§ 14 und 16 des Ortsbeirätegesetzes soll daher sichergestellt werden, dass der Beirat Videokonferenzen beschließen und Beschlüsse auch im Umlaufverfahren herbeiführen kann. Da Beiräten unter anderem im Bebauungsplanverfahren eine gesetzliche Mitwirkungspflicht zukommt, ist die rechtmäßige und gerichtsfeste Beschlussfassung von entscheidender Bedeutung. Im § 25 des Ortsbeirätegesetzes wird herausgestellt, dass die Öffentlichkeit der Sitzung auch durch digitale Verfahren hergestellt werden kann.

Mit diesen vorher genannten Regelungen im Ortsbeirätegesetz bleibt die notwendige Transparenz für politische Entscheidungen des Beirats sowie der Öffentlichkeitsgrundsatz in jedem Fall gewahrt. In diesem Zusammenhang können gemäß § 25 Absatz 4 Ortsbeirätegesetz zukünftig Ausschüsse auch ohne besondere Gründe nach Mehrheitsbeschluss der Mitglieder eine digitale Sitzung durchführen. Der Koordinierungsausschuss beschließt in diesem Fall entsprechend.

Wir als CDU-Fraktion halten die schnelle Überarbeitung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter zur Sicherung der Beiratsarbeit während der Phase der Pandemie für dringend geboten.

Ich nehme Bezug auf die Drucksache [20/731](#) der Bremischen Bürgerschaft vom 2. Dezember 2020. Hierbei geht es um den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP. Tenor: Änderung der Geschäftsordnung. In der Einleitung des Antrages heißt es: „In Anbetracht der aktuell bestehenden Coronapandemie soll in die Geschäftsordnung eine ausdrückliche Regelung zur Durchführung von Videokonferenzen aufgenommen werden, siehe § 88 a Zulässigkeit von Videokonferenzen für den Zeitraum der allgemeinen Beeinträchtigung durch COVID-19.“

Es handelt sich also um einen gemeinsamen Antrag zur Regelung von Videokonferenzen auf Ebene der

Bürgerschaft, der den Beiräten im Ortsbeirätegesetz offensichtlich nicht zugestanden werden soll. Die uneinheitlichen und insbesondere die rechtsunsicheren Regelungen stellen die Beiräte vor große und unüberschaubare Probleme. Das halten wir als CDU-Fraktion für einen großen Fehler und bitten jetzt um Ihre Zustimmung. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erst einmal möchte ich der CDU-Fraktion und namentlich Herrn Bodeit danken für diesen Antrag. Ich finde, das war richtig, was Sie da aufgeschrieben haben und das werden wir auch weiter, alles was in diesem Antrag steht, beachten müssen.

Wir werden jetzt heute als Koalition nur diesem Punkt in Artikel 1b, nämlich der Entfristung zustimmen, weil das absolut sein muss. Das Inkrafttreten in Artikel 2 muss dann natürlich auch geregelt werden, insofern werden wir zustimmen. Warum werden wir den Rest ablehnen? Ich hätte den Rest ganz gern in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte überwiesen, aber man lernt auch als Parlamentarier nach einiger Zeit immer noch irgendetwas Neues. Das ging nicht. Also es war nicht möglich, diesen Teil des Antrags zu überweisen, da geht nur Zustimmung oder Ablehnung für den Teil. Das sollten wir vielleicht alle einmal miteinander ändern, weil ich schon finde, diese Möglichkeit sollten wir eigentlich haben, einem Teil zuzustimmen und einen Teil zu überweisen.

Ich kann da aber im Prinzip nur, Herr Bodeit, versprechen, was ich Ihnen ja auch schon persönlich gesagt habe, dass wir in dieser Unterarbeitsgruppe alle diese Punkte, die Sie dort aufgeschrieben haben, mit aufnehmen und mit den Beiräten diskutieren werden, weil dort meiner Meinung nach sehr viel gute Ansätze enthalten sind. Wir als Koalition waren nur der Meinung, das jetzt quasi den Beiräten vorzusetzen, was dort steht, ohne dass wir das direkt mit denen diskutiert haben, ist unserer Ansicht nach nicht der richtige Weg. Deswegen wäre eigentlich die Überweisung das Vernünftige gewesen, aber das ging nun einmal leider nicht. Wie gesagt, nehmen Sie das Versprechen als von mir persönlich auch, dass ich mich dafür einsetzen werde, dass wir dann jeden Punkt auch fachlich in diesem

Unterausschuss, der jetzt gebildet worden ist, tatsächlich auch behandeln werden.

Dieser Unterausschuss ist das, was ich jetzt noch erwähnen will: Es gibt einige andere Änderungen in diesem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter, denen wir uns annehmen müssen, das wollte ich nur noch einmal holzschnittartig jetzt hier erwähnen, wo meiner Ansicht nach noch Änderungsbedarf besteht. In dem jetzigen Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter steht auch der Punkt Stadtteilbudgets. Diese Stadtteilbudgets haben am Ende ein „s“. Dieses „s“ haben wir aber bisher nicht erfüllt, weil wir bisher nur ein Stadtteilbudget gebildet haben, nämlich das für verkehrslenkende Maßnahmen mit Stadtteilbezug. Entweder kommen wir dann zu der Bewertung, wir finden nichts, womit wir ein „s“ rechtfertigen können oder uns fällt noch irgendetwas anderes ein. Wir Grüne haben dazu eine Idee, das werden wir, wenn wir das zu Ende abgestimmt haben – das habe ich Ihnen ja auch schon angekündigt –, dann auch in diesem Unterausschuss mit einspeisen.

Ich fände es wünschenswert – wenn wir uns heute hier gerade in der Stadtbürgerschaft befinden –, dass es für mich bedeutsam wäre, wenn die Möglichkeit, die in dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter schon enthalten ist, nämlich dass hier auch Beiratsvertreter*innen sprechen können, dass die auch wahrgenommen werden. Und möglicherweise, dass diese Möglichkeiten auch weiter ausgeweitet werden, weil ich es schon wichtig fände, für einen lebendigen Austausch mit den primären Punkten, die in den Stadtteilen diskutiert werden, die vielleicht auch eine übergeordnete Bedeutung haben, dann auch mit den Beiratsvertreter*innen dann tatsächlich auch direkt hier ins Gespräch zu kommen. Auch da werden wir einen Vorschlag machen.

Eine andere Geschichte, die auch in diesem alten oder in dem noch gültigen Ortsgesetz steht, ist, wenn ein Beirat zum Beispiel mit dem Amt für Straßen und Verkehr, ASV, Stress hat, was ja öfter einmal vorkommt, dass dann die Möglichkeit besteht, dass die zuständige Deputation so eine Art Schiedsrichter spielen kann, so eine Art Schiedsstelle sein kann. Das ist, so lange ich in dieser Deputation sitze, trotz vieler Konflikte, von denen ich so weiß, niemals gemacht worden. Vielleicht reicht es auch, darüber besser zu informieren oder man muss es noch einmal schärfen.

Das letzte, wo ich Änderungsbedarf sehe, das sind diese verkehrslenkenden Maßnahmen mit Stadtteilbezug. Das ist ja am Ende das bedeutsamste Beiratsrecht, dem wir deswegen auch dieses eine Stadtteilbudget zugeordnet haben. Da hat es ein Gerichtsurteil gegeben betreffend der Bürgermeister-Spitta-Allee. Der Beirat Schwachhausen hatte geklagt, der Beirat Schwachhausen hat verloren und daraus lässt sich meiner Ansicht nach ableiten, dass wir uns dieses Beiratsrecht noch einmal genauer anschauen müssen.

Wie gesagt, vielleicht fallen uns ja noch andere Beiratsrechte ein, die so relevant sind, dass man sie noch mit einem Stadtteilbudget versehen kann. Ich glaube, den Grundsatz zu sagen, Geld gibt es nur, wenn es auch ein Entscheidungsrecht gibt, den sollten wir beibehalten. Also wenn es noch ein Stadtteilbudget gibt, dann sollte der Beirat auch ein Entscheidungsrecht über diese Sachen haben. Das werden wir alles miteinander diskutieren in diesem Unterausschuss. Wie gesagt, wir Grüne erarbeiten schon einen Vorschlag, den stimmen wir gerade erst einmal mit unsren Beiräten ab, weil es nicht geht, dass man die nicht daran beteiligt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Muhammet Tokmak.

Abgeordneter Muhammet Tokmak (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein bisschen verwundert, lieber Herr Saxe, dass Sie schon einmal Aussichten auf einen Unterausschuss des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte hier dargelegt haben. Spricht nichts dagegen, aber wir haben uns jetzt hier zu einem anderen Punkt getroffen und den würde ich gern erläutern wollen.

Die CDU, und da mache ich es jetzt formell, legt uns hier einen Antrag zur Sicherung der Beiratsarbeit während der Pandemie vor. Darin wird gefordert, sowohl die Videokonferenzen für Beirätesitzungen als auch die Möglichkeit der Beschlussfassung im Umlaufverfahren gesetzlich zu normieren. Grundsätzlich ist es natürlich wichtig, dass die Beiräte ihre Arbeit auch während der Pandemie weiter erfolgreich gestalten können, meine Damen und Herren. Auch die Beiräte müssen die Möglichkeit aufgrund der Coronazahlen haben, Videokonferenzen zu nutzen und auf Präsenzsitzungen, wenn es geht, zu verzichten.

Kommen wir aber zu den einzelnen Kritikpunkten: Richtig ist, dass wir die Situation und die Möglichkeiten der Beiräte evaluieren müssen und schauen, was genau ist notwendig und was ist vielleicht für die Zukunft auch wichtig und kann übernommen werden. Wenn ich hier aber von wir rede, und da gehen wir so leicht auseinander, rede ich immer im Zusammenschluss mit den Beiräten. Es ist doch völlig klar, dass auch die notwendigen Akteure, das sind nun einmal die Beiräte, auch mit ihren Erfahrungen, die sie in den Jahren gesammelt haben, an einzelnen Prozessen beteiligt werden müssen und auch ihre Wünsche und ihre Vorstellungen dort mit eingearbeitet werden. Vielleicht ergibt es Sinn, die Möglichkeit der Videokonferenz auch nach der Pandemie zu nutzen, weil die Beiräte dadurch mehr Menschen erreichen, auch diese Rückmeldung haben wir bekommen. Vielleicht sollten wir auch überhaupt keine Videokonferenzen nutzen. Aber, wie gesagt, das würde ich auch gern mit den Beiräten selbst auch in den Ausschüssen dort diskutieren wollen.

Bereits, und da hat Herr Saxe vorgegriffen, haben wir letztes Jahr die Arbeitsgruppe des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte eingesetzt, die sich mit der Novellierung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter auseinandersetzen soll. Die von der CDU aufgeführten Punkte werden dort sicherlich auch teilweise diskutiert mit den Vertretern der Beiräte und den Ortsämtern. Aus den Beiräten haben wir dazu unterschiedliche Rückmeldungen bekommen, aber mitnichten ist hier eine Regelungslücke, da die Beiräte die von Ihnen vorgeschlagenen Änderungen bereits in ihren jeweiligen Geschäftsordnungen aufgenommen haben. Da sehen wir auch keine absolute Notwendigkeit, diese Regelungen sofort zu ändern, da das Verfahren der Videokonferenz bereits genauso praktiziert wird in den Beiräten. Ob es vielleicht auch sinnvoll ist, diese Verfahren über die Pandemie hinaus beizubehalten, das müssen wir, und das hatte ich eben schon erwähnt, mit den Beiräten selbst diskutieren.

(Beifall SPD)

In der Begründung führen Sie weiter aus, dass Beschlüsse im Umlaufverfahren nicht in der Muster-geschäftsordnung aufgeführt sind. Da fragt man sich natürlich schon, ob Sie sich die Muster-geschäftsordnung angeschaut haben. In der Version, in meiner Version nenne ich es einmal, ist das nämlich unter dem § 8 aufgeführt. Letztlich haben wir im Sommer die gesetzliche Regelung eingeführt, dass Beiräte die Öffentlichkeit per Videoschalte

herstellen können. Dafür war eine Befristung bis März dieses Jahres vorgesehen. Natürlich ist uns allen bewusst, meine Damen und Herren, und wir sehen es anhand der aktuellen Coronazahlen, dass die Pandemie nicht im März dieses Jahres beendet sein wird, daher fordern wir eine getrennte Abstimmung und stimmen der Streichung der Befristung unter dem Artikel 1b und dem Artikel 2 zu. Aufgrund meiner oben genannten Argumente, vor allem der fehlenden Zusammenarbeit und Austausch mit den Beiräten, lehnen wir den Rest des Antrags ab. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vieles zu diesem Antrag wurde jetzt auch schon von meinen Vorrednern gesagt. Die CDU hat diesen Dringlichkeitsantrag mit dem Titel „Ortsgesetz zur Sicherung der Beiratsarbeit während der Pandemie“ eingereicht. Im Kern geht es in dem Antrag darum, das Gesetz dahingehend anzupassen, zu erweitern und zu ändern, dass die Beiräte auch zukünftig einen rechtssicheren Rahmen dafür haben, dass Beirats-sitzungen virtuell stattfinden können, per Video-konferenz durchgeführt werden können, sofern der Beirat das entsprechend beschließt, und diese Regelung auch zu entfristen. Das Ganze gilt natürlich auch für die damit zusammenhängende Öffentlichkeit. Dieses Thema war in der Vergangenheit immer wieder Punkt einer Diskussion und wird erweitert um die Ermöglichung von Beschlüssen im Umlaufverfahren. Letztendlich geht es bei diesem Antrag, wenn man wirklich einmal die zwei, drei Kernessenzen aus diesem Antrag herauszieht, darum, die Beiräte gerade nicht mehr der Situation auszu-setzen, selbst im Zweifelsfall eventuell unsaubere Einzellösungen finden zu müssen, sondern einen rechtssicheren Rahmen zu schaffen, in dem sich die Beiräte in ganz Bremen bewegen können.

Natürlich kann man darüber debattieren, ob man den Antrag überweist, ob man noch einmal Diskus-sions- und Beteiligungsbedarf sieht, aber auch das ist am Ende immer eine Abwägungssache. Wir alle wissen, dass, wenn solche Anträge überwiesen werden, sich die Debatten darüber, die Behand-lung dieser Anträge durchaus über viele Monate hinziehen können. Das Ziel ist es ja gerade, dass wir die Beiräte in dieser Situation nicht wieder auf unsicheres Glatteis zurückschicken, sondern ihnen einen Rahmen bieten, in dem sie sich bewegen

können und wo sie auch wissen, sie sind auf der sicheren Seite.

Von daher halten wir es in dieser Abwägung zwischen Beteiligung und Tempo, das wir an dieser Stelle nun vorlegen müssen, für angemessen und auch für sinnvoll, dass diese vorgelegten Änderungen hier heute beschlossen werden und gerade nicht mehr noch weitere Kreise in anderen Gremien ziehen. Wir müssen hier jetzt zu schnellen Entscheidungen kommen und deswegen werden wir diesen Antrag der CDU auch gern unterstützen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP – Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Olaf Zimmer.

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Herr Präsident, werte Abgeordnete! Zunächst, ich heiße Zimmer und nicht Zimmermann, es gab einmal einen Innenminister, der hieß Zimmermann, mit dem habe ich nun weiß Gott gar nichts zu tun.

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Das stimmt! – Abgeordnete Antje Grotheer [SPD]: Der Kollege hat das falsch aufgeschrieben! – Entschuldigung!)

Das macht nichts, alles gut. Ich musste das nur klarstellen.

Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion, den wir hier heute behandeln, spricht ein sehr wichtiges Thema an und berührt die Frage: Wie steht es um die demokratische Mitbestimmung, wie sieht demokratische Teilhabe in Zeiten von Corona aus? Die Demokratie macht schließlich keine Pause, auch nicht in den Statteilen und damit alles, was es zu bearbeiten gibt, sei es Schule, sei es klimasoziale Gerechtigkeit, das alles. Krisenzeiten sind, das ist das Bittere, seit eh und je Zeiten der Exekutive, das ist in der aktuellen Situation nicht anders.

Auf Bundesebene schaut das Volk auf die Ministerpräsidentenkonferenz, MPK, und die Virolog*innen. Die Debatten um den richtigen Weg aus der Krise, die Debatte um das Für und Wider einzelner Verordnungen werden eher weniger wahrgenommen, sie sind aber das Herzstück der demokratischen Willensbildung. Das gilt im Großen wie im Kleinen, das gilt für den Bundestag wie für die Bürgerschaft, das muss auch für die Beiräte gelten.

Damit das so ist, müssen Strukturen geschaffen werden, die eine Arbeit der Beiräte ermöglicht. Das bedeutet in diesen Zeiten, dass auch hier die Möglichkeiten geschaffen werden, sich zu begegnen, meint aktuell, sich online zu treffen, zu diskutieren und am Ende rechtssichere Entscheidungen zu fällen. Dieses Ansinnen unterstützen wir als LINKE ausdrücklich. Darum stimmen wir dem Punkt 1b und 2 Ihres Antrages zu. Natürlich ist es sinnvoll, die Befristung der Möglichkeit einer Onlinesitzung zum 31. März an diesem Punkt zu streichen und es ist selbstverständlich sinnvoll, das jetzt schon zu beschließen, statt es in einem Ausschuss oder Unterausschuss noch lange zu beraten. Kein Mensch kann heute mit Gewissheit sagen, wie lange die Pandemiesituation noch dauert beziehungsweise welche Pandemien oder Katastrophen in der Zukunft auf uns warten. Da braucht es andere, neue zusätzliche Formen der Entscheidungsfindung.

Wenn die aktuelle Krise etwas Positives bewirkt hat – und Krisen haben ja manchmal etwas, was Positives bewirkt –, dann sicherlich den Ausbau der Digitalisierung. Viele Treffen, Konferenzen und Meetings, die bis dato aufwändig und teuer organisiert werden mussten, lassen sich über Onlinekonferenzen, gern auch in Jogginghose mit ausgesetzter Kamera, relativ einfach und problemlos organisieren. Natürlich halten wir den direkten Kontakt, das Gespräch zwischen Menschen für unerlässlich. Wir erkennen aber auch die Chancen und Möglichkeiten, die die Digitalisierung hier bietet im Hinblick auf die aktive Beteiligung vieler Bürger*innen an Beiratsdiskussionen und Entscheidungen.

Den anderen Forderungen der CDU können wir uns heute noch nicht anschließen, da wir meinen, dass die Beiräte da mitreden sollten. Die CDU hat es versäumt, die Stadtteilparlamente mit einzubeziehen, das sehen wir kritisch. Wir haben aktuell einen Unterausschuss gegründet, in dem Bürgerschaftsabgeordnete gemeinsam mit Beiräten Vorschläge zur Novellierung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter ausarbeiten werden. Stellen Sie, werte Abgeordnete der CDU bitte dort Ihre Punkte vor, dann diskutieren wir gemeinsam mit den Beiräten das Für und Wider Ihrer Ideen. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort Staatsrat Thomas Ehmke.

Staatsrat Thomas Ehmke: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie werden ja einen Großteil der Punkte, wie Sie gerade angekündigt haben, im Ausschuss weiter diskutieren. Daran wird sich die Senatskanzlei dann auch gern beteiligen, deshalb will ich mich hier im Wesentlichen auf den einen Punkt, der beschlossen werden soll, konzentrieren und nur zwei Hinweise geben.

Das eine ist, diese Liveübertragung ist ein ziemlich teurer Spaß, das kostet uns als Senatskanzlei relativ viel Geld. Das ist, solange wir die Pandemie haben, abgedeckt über den Coronafonds. Dann gibt es auch einen äußeren Grund, aus dem heraus man sich dafür entscheidet. Wenn man sich entscheidet, und auch da würde ich empfehlen, das im Ausschuss einfach noch einmal zu diskutieren, auch über den Pandemiebezug hinaus an diesem Instrument festhalten zu wollen, dann hat das Kostenwirkungen und dann muss man eine Abwägungsentscheidung treffen, ob es einem das wert ist.

Das Zweite ist, dann müssen wir noch einmal an das Medienrecht heran, denn eigentlich sind diese Liveübertragungen rundfunkrechtlich nicht zulässig. Sie werden von der Landesmedienanstalt vor dem Hintergrund der Pandemie geduldet. Insofern ist das, wenn jetzt die Entfristung oder auch die Bezugnahme auf das Andauern der Pandemie gestrichen wird, sicherlich unproblematisch und ich gehe davon aus, dass die Landesmedienanstalt ihr Verhalten da auch nicht ändert. Wenn es aber darüber hinaus Wirkung behalten soll, muss man sich auch diesen Punkt noch einmal ansehen.

Im Übrigen glaube ich, dass man die Fragen zu den anderen Punkten dann im Ausschuss diskutieren kann. Die meisten sind aus Sicht der Senatskanzlei durchaus so, dass man sie realisieren könnte. Wir würden die Frage, ob man Ausschusssitzungen tatsächlich ohne weiteres und ohne Vorliegen gewichtiger Gründe auf Videokonferenz umschalten kann, gern noch einmal erörtern. Das hat auch Auswirkungen auf die Öffentlichkeit der Ausschüsse. Man kann sich zwar theoretisch durchaus dazu schalten, aber es ist doch eine andere Form von Mitwirkung. Das muss man sich einfach an der Stelle noch einmal überlegen, ob man diesen Grundsatz der Öffentlichkeitsarbeit durch sehr weitreichende Möglichkeiten, auf Videokonferenz umzuschalten, wirklich beeinträchtigen will oder ob man sagt, das hat sich inzwischen auch etabliert, dass man sich einfach dazu schaltet, und es ist ein äquivalentes System. Aber wie gesagt, das müssen wir nicht heute hier entscheiden, das kann in den

Ausschusssitzungen beraten werden. So weit von meiner Seite. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt.

Wer den Artikel 1 Punkt 1b und den Artikel 2 beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt den Artikel 1 Punkt 1b und den Artikel 2.

(Einstimmig)

Ich lasse nun über die restlichen Änderungen des Ortsgesetzes abstimmen. Wer den restlichen Änderungen des Ortsgesetzes zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die restlichen Änderungen des Ortsgesetzes ab.

Taubenpopulation durch die zügige Errichtung öffentlicher Taubenschläge kontrollieren und reduzieren!

Antrag der Fraktion der CDU vom 8. Dezember 2020 (Drucksache [20/367 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat die Abgeordnete Silvia Neumeyer das Wort.

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! „Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will“, Albert Schweitzer. Genauso denke auch ich. Im November 2019 wurde im Beirat Vegesack ein Antrag von der CDU für die Errichtung eines Taubenschlages einstimmig angenommen. Ich möchte hier gleich sagen, dass ich mit meinem jetzigen Antrag kein Bashing der Senatorin hervorholen will, nein, das möchte ich nicht, aber wir sehen, wie schwierig und wie langwierig es umzusetzen ist, in Bremen-Vegesack einen Taubenschlag zu bauen.

Als ich nun im November 2020 beim Lesen des „Weser-Kuriers“ entdeckte, dass man über ein Fütterungsverbot nachdenkt, das ich für den zweiten vor dem ersten Schritt halte, sah ich die dringliche Notwendigkeit, dieses Thema wieder aufzugreifen und hier noch einmal in die Bürgerschaft zu bringen, und zwar für das ganze Stadtgebiet und nicht nur für Vegesack und auch nicht als Pilotprojekt.

Die Meinungen über Tauben sind sehr unterschiedlich. Von der einen Seite hört man, dass sie die Stadt verschandeln, verschmutzen, Krankheiten verbreiten und dringend verjagt werden müssen oder – noch schlimmer – getötet werden sollen. Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die sich an diesen Tieren erfreuen, und zu denen zähle ich auch. Ich gebe zu, dass es hier auch manchmal falsch verstandene Tierliebe gibt und die Tauben nicht artgerecht mit Brot und Pommes oder anderen Dingen gefüttert werden, was auch dazu führen kann, dass diese Tiere erkranken.

Es gibt aber auch Tierfreunde, die sich ausgiebig mit den Tieren befasst haben, sie mit artgerechtem Futter, Wasser versorgen, sie bei Verletzungen oder Krankheiten versorgen. Hier möchte ich zum Beispiel den Verein Bremer Stadtauben nennen, der dies ehrenamtlich tut, weil er weiß, dass die Tauben für ihre Lage nicht selbst verantwortlich sind, sondern wir, der Mensch. Diese Tierschützer arbeiten mit dem Tierheim zusammen, werden vom Bremer Tierschutzverein unterstützt und das ist auch richtig so.

Wie bringen wir nun diese beiden Menschengruppen zusammen, was mir persönlich sehr wichtig ist. Wir schaffen Taubenschläge. Dadurch ermöglichen wir den Tauben ein gesundes, artgerechtes Leben.

Die Einrichtung von Taubenschlägen ist der einzige nachhaltige und tierschutzkonforme Weg. Dies ist wissenschaftlich belegt und in über 60 Städten wird es schon erfolgreich durchgeführt. Durch einen Austausch der Gelege gegen Gipseier wird die Vermehrung ganz einfach und natürlich reduziert. Hierzu, für Leute die es nicht wissen: Eine Taube brütet zwei- bis fünfmal im Jahr, circa mal zwei Eier. Da kann man sich ja ausrechnen, wie viel Nachwuchs zehn Tauben in einem Jahr bekommen.

Die Tauben ziehen sich, wenn sie in einem Taubenschlag leben, aus dem Stadtgebiet zurück, da sie in den Schlägen ihr artgerechtes Futter finden, und müssen nicht vor Imbissen betteln. Die Tauben halten sich 80 Prozent des Tages im Schlag auf. Das ist nämlich so, dass Tauben ihren Schlag nur zur Futteraufnahme verlassen. Wenn sie das Futter vor Ort bekommen, sind sie eben nicht so schnell bereit, den Schlag zu verlassen, also zu 80 Prozent des Tages würden sie sich in ihrem Schlag aufhalten. Der Kot verbleibt somit im Schlag und kann hygienisch entfernt werden. Das Stadtbild bekommt auf lange Sicht ein freundlicheres Gesicht, da Vergrämungsspikes und Fangnetze, die auch, wenn sie nicht fachmännisch montiert sind, zur Tierquälerei führen, einfach überflüssig werden. Wir sollten zügig mit der Aufstellung im Stadtgebiet beginnen, denken wir daran, eine Taube brütet zwei- bis fünfmal im Jahr.

Pilotprojekte brauchen wir, glaube ich, nicht mehr hier in Bremen, es gibt in der ganzen Republik genug gute Beispiele, an denen man sieht, wie es richtig geht. Außerdem haben wir auch in Bremen auf dem swb-Gelände ein gemeinschaftliches Projekt von swb

(Glocke)

und dem Bremer Tierschutzverein, auch das kann man sich als Vorbild nehmen, das funktioniert nämlich mittlerweile sehr gut. Ich hoffe, Sie können meinem Antrag zustimmen und bedanke mich für Ihr Zuhören. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Philipp Bruck das Wort.

Abgeordneter Philipp Bruck (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen, sehr geehrte Frau Neumeyer, liebe CDU! Vie-

len Dank für diesen guten Antrag zum tierschutzgerechten Umgang mit Stadttauben. Was Sie in dem Antrag beschreiben, ist ja nicht völlig neu, wir haben die Einrichtung von Taubenschlägen nach dem Augsburger Modell in unsere Koalitionsvereinbarung geschrieben. Trotzdem freue ich mich über die Initiative zu diesem Zeitpunkt, denn so eine Pandemielage ist ja auch für Stadttauben eine besondere Zeit.

Die Stadt kümmert sich ja nicht um die Versorgung mit Futtermitteln für Tauben, bislang zumindest nicht, sondern die Tauben ernähren sich von Essensresten von Menschen, die in einer Pandemiezeit, in der Geschäfte in der Innenstadt geschlossen sind, natürlich weniger auftauchen. Deswegen ist es auch gefährlich, in so einer Zeit über ein Fütterungsverbot zu diskutieren. Wir wissen ja, es ist erwiesen, dass Fütterungsverbote zur Verelendung von Tauben führen können. Das heißt, der Aspekt, den Sie hier in dem Antrag aufgenommen haben, Punkt 1.f, bei einem Fütterungsverbot sicherzustellen, dass keine Taube in Bremen dadurch verendet, das finde ich auch wichtig.

Aber so oder so ist der Status Quo in Bremen natürlich nicht befriedigend. Wir tragen als Menschen eine besondere Verantwortung für Stadttauben, weil Stadttauben als Nachfahren von Zuchttauben, von Hochzeitstauben, Brieftauben oder direkt verwilderte Zuchttauben eben von Menschen kommen, es sind keine klassischen Wildtiere, und deswegen tragen wir als Menschen auch eine besondere Verantwortung.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Eine tierschutzkonforme Lösung erscheint hier einzig mit den von uns in offensichtlich breiter Übereinstimmung vorgeschlagenen Taubenschlägen möglich, die ja gleich mehrere Vorteile vereinen, auch das hat Frau Neumeyer genannt, einerseits die Fütterung, die den Tauben hilft, der Austausch der Eier, der der Populationskontrolle dient und dass der Kot der Tauben in der Stadt deutlich reduziert werden kann.

Wer noch Zweifel daran hat, ob das jetzt ein funktionierendes Modell ist oder wie das genau funktionieren sollte, wie man so ein Konzept aufbaut zur Einrichtung, Begleitmaßnahmen, Kommunikation dazu, bis später zum Verschließen der natürlichen, „natürlichen“ ist hier relativ, aber der Brutstätten in der Stadt außerhalb der Taubenschläge, der kann sich eine wissenschaftliche Übersicht anschauen, die das Ministerium für Landwirtschaft in

Niedersachsen vor eineinhalb Jahren vorgelegt hat, wo das alles sehr gründlich aufgearbeitet wurde.

Einen Vorteil, den wir in Bremen haben, hat Frau Neumeyer auch schon genannt, nämlich die etlichen Freiwilligen, die Vereine, die es hier gibt, die sich um die Tauben kümmern, um Tauben, die von falschen Vergärungsmaßnahmen verletzt wurden, um die artgerechte Fütterung, die sie auf eigene Kosten bezahlen. Wir können uns sehr glücklich schätzen, dass wir diese Vereine und dieses Engagement hier haben, wenn wir ein tierschutzgerechtes Taubenmanagement in Bremen aufbauen wollen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Alleinlassen können und dürfen wir sie mit der Aufgabe natürlich nicht. Der Aufbau von Taubenschlägen und die Finanzierung sind unsere Aufgabe als Stadt. Die Kosten dafür sind auch ehrlich gesagt überschaubar und nach der Implementierung des Modells werden auf der anderen Seite ja auch Kosten eingespart, eben für Vergärungsmaßnahmen, für die Reinigung. Diese Einsparungen stehen dem dann wieder gegenüber.

Die Koalition hat sich jetzt verständigt, den Antrag in die „KULT“-Deputation zu überweisen. Das finde ich gut, dass das T der Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie dann auch einmal wieder Bedeutung bekommt. Vielleicht ist das ja auch eine gute Gelegenheit, dem Thema noch einmal ein bisschen mehr Raum zu geben, über die realen Fortschritte zu sprechen, weil das richtige Modell, wie man das kurzfristig beschleunigt bekommt, für die Errichtung der Taubenschläge und so weiter – –. Ich freue mich auf jeden Fall über den Austausch dazu und ich freue mich über Ihre Unterstützung, liebe CDU-Fraktion, für dieses wichtige Tierschutzvorhaben. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Olaf Zimmer.

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Abgeordnete! Zunächst eine kurze Vorbemerkung: Ich finde das großartig, dass wir uns hier so einig sind bei dem Schutz der Tauben. Ich würde mir wünschen, dass das auch bei anderen Themen, die zum Tierrecht gehören, zum Beispiel beim Angriff gegen die

Fleischindustrie, gegen die Fleischlobby, dass es dort ähnlich einstimmig wäre. Hoffen wir einmal.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die CDU legt heute einen Antrag mit dem Titel „Taubenpopulation durch die zügige Errichtung öffentlicher Taubenschläge kontrollieren und reduzieren!“ zur Debatte vor. Ein Anliegen, das wir prinzipiell unterstützen und das so auch im Koalitionsvertrag steht. Sie sprechen in der Prosa Ihres Antrages von Kulturfolgern, genau hier möchte ich ansetzen.

Stadttauben sind Nachkommen entflugener Haus- tauben, einem Haustier, das der Mensch vor Jahr- tausenden aus der Felsentaube gezüchtet hat und für deren Wohlbefinden er die Verantwortung trägt. Bereits 5 000 vor Null finden sich schon erste Hinweise für eine Domestikation in Ägypten und Mesopotamien. Sie liefern den Menschen Fleisch und Eier und kamen immer wieder zuverlässig zu ihrem Schlag zurück. Das waren wünschenswerte Eigenschaften, die durch Zucht noch verstärkt wurden.

Bei den Römern, in Ägypten, in Persien und auch im Mittelmeerraum wurden Tauben über viele Jahrhunderte in Taubentürmen gehalten und waren auch hier als wertvoller Düngemittelspender begehrt. Nicht nur das: Seit jeher wird der Taube eine spirituelle Bedeutung gegeben. In der Antike war der Vogel Sinnbild von Sanftmut, Einfalt und Unschuld, weil man annahm, er besitze keine Galle und sei daher frei von allem Bösen und Bitteren. Im alten Indien und bei einigen germanischen Stämmen galt die Taube als Seelenvogel. In Babylon ist die Taube der Vogel der Ishtar, sie galt als Herrin über Leben und Tod. Im alten Griechenland ist sie der Aphrodite gewidmet, ein Symbol des Eros und der Liebe. In den monotheistischen Religionen spielt die Taube eine herausragende Rolle. Im Judentum begegnet uns die Taube in der Noah-Erzählung, im Christentum erscheint sie als Heiliger Geist bei der Taufe am Jordan und im Pfingstwunder. Im Islam sind die gurrenden Zweibeiner heilig, weil sie den Propheten Mohammed auf der Flucht von Mekka nach Medina beschützt haben sollen.

Im letzten Jahrhundert erlebte die Taube einen neuen Popularitätsschub, einmal als Brieftaube, die in tausenden Taubenschlägen des Ruhrgebietes lebte und natürlich durch den Maler Pablo Picasso, der Ende der 40er-Jahre die Friedenstaube auf die Bühne brachte. Ein Symbol, welches bis heute für die Friedensbewegung steht. In Dichtung, in der

Musik spielt die Taube eine Rolle, im alttestamentlichen Hohelied umwirbt Salomo die Frau seiner Träume mit den Worten: „Mach auf meine Schwester und Freundin, meine Taube, du Makellose.“ In Wagners Lohengrin naht alljährlich eine Taube, um des Grales Wunderkraft neu zu stärken. – Ich könnte das jetzt vorsingen, aber das passt nicht.

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich würde das gut finden!)

Hans Hartz beklagt, dass die weißen Tauben müde sind, wir erinnern uns an sein Gekrächze, dem Gekurre der Tauben nicht unähnlich.

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Wie war das mit dem Spatz und der Taube?)

Es gibt weitere Beispiele aus Kunst und Kultur, die das besondere Verhältnis von Mensch und Taube beschreiben und wertschätzen.

In der Wirklichkeit sieht es anders aus für die Taube. Das alles hat mit der realen Situation einer Stadttaube nämlich gar nichts zu tun. Mit Netzen, Spikes und Klebepaste versuchen manche Menschen Tauben fernzuhalten. Alle drei Maßnahmen haben nicht nur grausame Folgen für Tauben, sondern auch für andere Vögel wie Meisen und Turmfalken. Die Tiere verheddern sich nicht selten in den gespannten Netzen oder verirren sich dahinter, sie finden nicht mehr heraus und verhungern. An Spikes können sie sich ernsthafte Verletzungen zuziehen und Klebepaste macht Vögel flugunfähig. Das bedeutet ihren sicheren Tod.

Die einzige wirksame und tierschutzgerechte Methode, um die Taubenpopulation auf Dauer zu verkleinern und gesunde Tiere zu bekommen, ist die Einrichtung betreuter Taubenschläge, in denen die Tiere mit artgerechtem Futter und Wasser versorgt und an den Ort gebunden werden. Dadurch nimmt die Präsenz der Futterschwärme in der Stadt und damit die Belästigung einiger Stadtbewohner durch bettelnde Tauben ab. In den Taubenschlägen können Tauben Paare bilden und brüten, die Eier werden allerdings ausgetauscht gegen Attrappen, sodass die Tiere weiter an ihr Nest gebunden bleiben, aber keine Küken aufziehen werden. Betreute Taubenschläge werden bereits in vielen Städten mit Erfolg betrieben. Wir begrüßen diesen Antrag und freuen uns über eine weitere Debatte in der Deputation. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Mal sehen, ob sich Tauben zum Klassenkampf eignen?)

Das mit dem Klassenkampf können Sie ja dann gleich hier vortragen. Sie haben aber natürlich in einem Recht, in Ihrer Erwartung, nach diesem lyrischen und allseits gebildeten Vortrag zur Taube, ihrer Geschichte, ihrer Brauchbarkeit und ihrer Liebenswürdigkeit will ich doch nur zur Prosa übergehen.

Ich denke, wir sind uns hier einig, ob man nun Tauben liebt oder ob man sie eher nicht liebt, dass zu viele von ihnen in der Stadt auf jeden Fall ein Problem sind. Wir sind uns einig, dass wir hier den Ansatz nach dem Vorbild Augsburg umsetzen. Das haben wir im Koalitionsvertrag, das haben Sie dankenswerterweise noch einmal hier jetzt eingebracht. Wir müssen es umsetzen.

Wir möchten es nur gern noch einmal in der Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie diskutieren aus zwei Gründen: Es wird dort schon sehr detailliert gesagt, was alles an Maßnahmen, an Informationen bereitgestellt werden soll über alle Stadtteile und differenziert, detailliert aufgelistet und erforscht werden soll. Ich denke, da sollten wir uns doch noch einmal darüber unterhalten, welche Ressourcen dazu eigentlich benötigt werden. Philipp Bruck hat gesagt, na ja, das kostet nicht viel. Ich glaube, wir sollten trotzdem einmal anschauen, welchen Aufwand das insgesamt mit sich bringen würde und wie man das am sinnvollsten macht.

Dann gibt es auch die Formulierung darin, dafür zu sorgen, dass nicht eine Taube den Hungertod stirbt, dass sie verhungert. Das ist natürlich vom Herzen her, Frau Neumeyer, eine ganz klare Sache.

(Zuruf Abgeordnete Silvia Neumeyer [CDU])

Sobald sich eine Verwaltung darum kümmern muss, wie stelle ich das denn sicher? Da könnte es ein Problem werden. Darüber sollten wir uns dann einfach noch unterhalten. – Ich danke Ihnen für das Zuhören und wünsche uns noch einen schönen Abend!

(Beifall SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden über Taubenschläge. Warum? Weil es darum geht, tierschutzgerecht eine Lösung für etwas zu finden, das viele Menschen, und das finde ich nicht zu Unrecht, als Problem empfinden, zu viele Tauben in der Stadt. In der Tat, das ist ein menschengemachtes Problem, weil wir sie hier haben, gewähren lassen und nicht auf andere Mittel gesetzt haben. Inzwischen ist man ja zu der Erkenntnis gekommen, dass man es nicht mit irgendwelchen Empfängnisverhütungsmitteln, die es auch für Tauben gibt, tut, sondern mit Taubenschlägen. Die Erfahrungen zeigen – ich habe mir das erklären lassen von meiner Tochter, die den Taubenschlag der swb AG mitgebaut hat –, es wirkt.

Es ist genau der richtige Weg, hier anzusetzen und es ist auch genau die Aufgabe der Opposition, die Koalition daran zu erinnern, dass sie sich das vorgenommen hat und dazu noch nicht gekommen ist, nach fast zwei Jahren da einmal anzuklopfen, können wir als Freie Demokraten nur richtig finden.

Hier eine Populationskontrolle vorzunehmen ist angezeigt, denn in der Tat müssen wir uns ja fragen, wie man sinnvollerweise die Hege unserer Taubenpopulation betreibt. Es ist ein Kulturvogel, es ist ein von Menschen gezüchteter Vogel, der nicht völlig frei in der Wildbahn vorkam und vorkommt. Insofern müssen wir uns auch genau Gedanken machen, wie man diese Population kontrolliert und der Weg ist entsprechend vorhanden. Was man sparen kann, werden wir lernen. Welche Folgen das hat, wie viele Taubenschläge man braucht, all das werden wir lernen, all diese Arbeit muss gemacht werden.

Wir überweisen das mit großer Freude in die Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie. Wir hätten aber als Freie Demokraten hier auch den Antrag beschließen mögen. Wir sind aber gespannt, was herauskommt, denn hier zu drängeln, dass es eine Lösung gibt, ist aller Ehren wert und wir sollten uns entsprechend anstrengen. Es steht ja schließlich im Koalitionsvertrag und ich habe gehört, es gibt Koalitionen, die setzen den sogar um. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Buhlert, ja, das tun wir auch. Ich will aber auch noch einmal sagen, weil es vorhin so eine illustre Runde war, dass der Umgang mit Stadttauben ein wichtiges Thema ist und auch ein vielschichtiges Thema und die Stadttaupe übrigens auch zum Vogel des Jahres gewählt wurde.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

In Großstädten ist es so, dass zu viele Tauben auf einem Haufen mitten in der Stadt Probleme mit sich bringen. Das sind das Lärmproblem, das Kotproblem, ein Geruchsproblem, verschmutzte Gehwege und Gebäude. Viele Menschen finden, dass sie die Aufenthaltsqualität beeinträchtigen, gerade in der Innenstadt oder in den Stadtteilzentren. Der Ruf nach Maßnahmen kommt dann ja auch vom Einzelhandel, aber auch von zentralen Einrichtungen und dem Tourismus. Zu viele Tauben auf zu engem Raum, das ist ein menschengemachtes Problem.

Stadttauben sind Nachkommen entflogener Haus- und Brieftauben. Sie sind keine Wildtiere, sondern ursprünglich domestizierte Vögel, die sich immer weiter untereinander vermehren. Dass vielleicht die Menschen unter den Folgen leiden, ist eine Sache, aber vor allem leiden die Tiere darunter, denn die hohen Taubenzahlen schaden den Tauben selbst. Ihr Stress nimmt zu, Krankheiten und Parasiten treten häufiger auf, die Jugendsterblichkeit steigt bis auf 90 Prozent im ersten Lebensjahr. Oft verhungern die Tiere oder verenden qualvoll an Krankheiten.

Ich möchte auch einmal mit einer Mär aufräumen, die man immer wieder hört, nämlich Krankheiten werden nach hiesigem Kenntnisstand durch Stadttauben nicht übertragen. Die gesundheitliche Gefährdung durch Stadttauben ist nicht größer als durch andere Vögel oder Haustiere, weil ganz oft kommt, oh, die übertragen etwas und Salmonellen. Das ist nicht der Fall.

Um diese Probleme, die es unbestritten gibt, in den Griff zu bekommen, brauchen wir eine artgerechte Bestandsregulierung und die einzige tiergerechte Lösung – das ist hier vorhin auch schon gesagt worden – ist ein integriertes Konzept zum Zusammenlegen von Tauben und Menschen in der Stadt. Das haben andere Städte schon, die das Augsburger Modell anwenden. Das wollen wir auch. Das sind

diese eigens eingerichteten, aber auch betreuten Taubenschläge, wo die Stadttauben gezielt angesiedelt und direkt kontrolliert werden, also eine Brutkontrolle ist immer angezeigt. Nicht nur das Füttern, sondern wir brauchen eine Populationskontrolle und das geht nur, indem man die Taubeneier durch Gipseier austauscht.

Diese Projekte zeigen, dass so das Taubenproblem nachhaltig, umweltschonend und tierschutzgerecht angegangen wird, dass die Gebäudeverschmutzung reduziert wird, dass der Taubenbestand in wenigen Jahren um ein Drittel reduziert werden kann und deswegen, Herr Buhlert, sind wir ja dabei, das Thema anzupacken. In Vegesack läuft dazu das erste Modellprojekt an. Wir haben die ersten Vorbereitungen gemeinsam mit dem Bauamt Bremen-Nord und in Kooperation mit dem Bremer Taubenhaus getroffen. Es sind zahlreiche Standorte im Umfeld des Bahnhofs Vegesack untersucht und geprüft worden. Ich will einmal sagen, so ganz trivial ist das nicht. Man braucht eine Fläche, die vor Vandalismus geschützt ist. Man braucht eine Fläche, die eigentlich ziemlich weit oben ist, weil die Vögel dort hinfliegen sollen. Sie dürfen keine Wohngebäude beeinträchtigen. Sie müssen mit Fahrzeugen erreichbar sein. Es braucht einen Strom- und einen Wasseranschluss.

Wir hatten eine Fläche, das will ich auch einmal sagen, eine Bahnfläche, oder eine Fläche, die der Bahn gehört. Die Bahn möchte aber dafür Miete haben und das stellt uns vor Probleme. Also insofern sind wir dabei. Es gab Populationszählungen, die der Verein vorgenommen hat, damit wir wissen, wie groß der Taubenschlag sein muss, aber wir brauchen eben die geeignete Fläche.

Ab Februar haben wir zu diesem Zweck eine neue unbefristete halbe Stelle geschaffen. Diese wird die Vorplanungen für Vegesack aufgreifen und neue Taubenhausprojekte initiieren. Nach dem Anlaufen des Projektes und der Auswertungen erster Erfahrungen aus Vegesack – es wurde schon erwähnt, der Taubenschlag auf der Müllverbrennungsanlage – prüfen wir dann auch weitere Standorte, da alle Stadtteile davon betroffen sind. Besonders im Fokus ist ganz sicherlich die Bremer Innenstadt. Wir sind aber auch auf die Unterstützung von Akteur*innen angewiesen, neben den Ehrenamtlichen der Tauben- und Tierschutzvereine, auch auf Haus- und Grundeigentümer, denn auch dort werden wir wieder Gebäude brauchen, wo wir einen Taubenschlag aufstellen können.

Deswegen möchte ich abschließend sagen, das Ziel soll nicht sein, auch bei der Frage um ein Fütterungsverbot, wobei es immer darum geht, dass dann professionelle Taubenvereine die Fütterung vornehmen. Es geht darum, dass nicht einfach irgendjemand Futter hinwirft.

(Glocke)

Das ist oftmals eher kontraproduktiv, sondern es geht darum, einen kleinen gesunden Taubenbestand zu bekommen in der Stadt, denn auch Stadtauben sind Lebewesen und sie zählen zur Artenvielfalt dazu. Deswegen freue ich mich auf die Diskussion in der Deputation. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Frau Neumeyer, war das eine Meldung zu einer Kurzintervention? – Bitte, Frau Neumeyer.

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Ich wollte noch darauf hinweisen, weil ich das vorhin vergessen habe. Hier steht unter Punkt zwei, dass es zu der Gesundheitssenatorin soll, das ist natürlich falsch, wir wollen natürlich, dass Sie das übernehmen, Frau Dr. Schaefer. Das wollte ich nur noch einmal erwähnen.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist beantragt worden, den Antrag mit der Drucksachen-Nummer [20/367 S](#) in die Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie zu überweisen. Darüber lasse ich jetzt abstimmen.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Überweisung zu.

(Einstimmig)

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 143 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) für ein Gebiet in Bremen Mitte zwischen Kohlhöckerstraße, Salvador-Allende-Straße und Imre-Nagy-Weg
Mitteilung des Senats vom 19. Januar 2021 (Drucksache [20/387 S](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 143 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung angekommen, ich bedanke mich recht herzlich für ihre Aufmerksamkeit und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:10 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 26. Januar 2021

Anfrage 11: Sind in Bremen bald Abgaben für versiegelte Flächen fällig? Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. Januar 2021

Wir fragen den Senat:

1. Teilt der Senat die Auffassung der Bürgermeisterin, zukünftig Abgaben für versiegelte und überbaute Flächen, unter anderem Terrassen, Wege et cetera, zu erheben, wie im Artikel der BILD-Zeitung vom 5. Januar 2021 verkündet wurde?
2. Wenn ja, in welcher Höhe, wann und für welche versiegelten und überbauten Flächen soll die Versiegelungsabgabe erhoben werden?
3. Inwiefern teilt der Senat ebenfalls die Auffassung der Bürgermeisterin, den Flächenneuverbrauch in dieser Legislaturperiode auf Netto-Null zu senken, und wie ist diese Positionierung mit der Schaffung der Voraussetzungen für 10 000 zusätzliche Wohneinheiten bis 2023 vereinbar?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Täglich werden nach Angaben des BMU in Deutschland rund 56 Hektar als Siedlungsflächen und Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Dies entspricht einer Flächenneuanspruchnahme – kurz Flächenverbrauch – von circa 79 Fußballfeldern. Die Versiegelung macht Böden undurchlässig für Niederschläge, zerstört die natürlichen Bodenfunktionen, ist klimaschädlich und reduziert die Biodiversität. Bis zum Jahr 2030 will die Bundesregierung den Flächenverbrauch auf unter 30 Hektar pro Tag verringern. Diese gegenüber der Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 verschärfte Festlegung wurde vom Bundeskabinett im Januar 2017 in der „Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – Neuauflage 2016“ festgelegt.

Im Klimaschutzplan vom November 2016, der die Leitplanken für ein grundsätzliches Umsteuern in Wirtschaft und Gesellschaft auf dem Weg zu einem treibhausgasneutralen Deutschland

beschreibt, strebt die Bundesregierung bis 2050 sogar das Flächenverbrauchsziel Netto-Null, Flächenkreislaufwirtschaft, an, womit sie eine Zielsetzung der Europäischen Kommission aufgegriffen hat. Neben einer Versiegelungsabgabe gibt es zahlreiche Instrumente und Ansätze, um das generelle Ziel, flächensparend zu bauen und im Siedlungsbereich die Versiegelung auf das notwendige Maß zu begrenzen, umzusetzen.

Bremen geht bisher, neben verbindlichen Begrenzungen der versiegelbaren Fläche in neuen Bebauungsplänen, den Weg des finanziellen Anreizes und der Aufklärung. Das landesweite Förderprogramm für die Entsiegelung von Flächen haben wir zuletzt im Dezember 2019 verlängert. Mit dem Begrünungsortsgesetz wurde ebenfalls im Jahr 2019 die Verpflichtung eingeführt, Freiflächen, die schon nach der Landesbauordnung nicht versiegelt werden dürfen, zusätzlich zu begrünen. So dürfen Vorgärten nicht länger versiegelt werden.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Begrünungsortsgesetzes hat die Naturschutzbehörde eine Empfehlungsliste insektenfreundlicher Gehölze veröffentlicht, die Grundstücksbesitzer anregen soll, ihre Gärten und Vorgärten stärker und vielfältiger zu begrünen. Ganz aktuell, Stand 18. Januar, Freigabe zur Drucklegung erfolgt, hat mein Haus ein Faltblatt herausgegeben, das illustriert, mit welchen Gestaltungsmitteln selbst in kleinen Vorgärten Grün sprießen kann, auch wenn dort Mülltonnen und Fahrräder untergebracht werden müssen. Wir fördern die Bremer Umweltberatung dafür, dass sie Bauwillige entsprechend berät. Zudem hat Bremen die getrennte Abwassergebühr eingeführt, die eine Lenkungswirkung für die Entsiegelung von Flächen zum Ziel hat.

Zu Frage 2: Es ist aktuell keine Versiegelungsabgabe geplant.

Zu Frage 3: Der sparsame Umgang mit Flächen, insbesondere in einem Stadtstaat wie Bremen, ist von hoher Bedeutung, aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Gründen. Ziel des Senats ist es, im Rahmen der wachsenden Stadt den Flächenverbrauch so gering wie möglich zu halten und dabei Bremen zukunftsfähig zu entwickeln. Der aktuell gültige Flächennutzungs-

plan beinhaltet Flächenreserven für Wohnungsbau und Gewerbeentwicklung. Dies ermöglicht die Neuentwicklung von Innenentwicklungsprojekten auf ehemals militärischen oder gewerblichen Flächen. Hierzu gehören unter anderem Flächen wie das Tabakquartier, Kellogg's, Reimers, Rickmers Reismühle, Hachez, Coca-Cola/Könecke, Haven Höövt, Scharnhorst-Quartier und zukünftig auch die Fläche der Grohner Steingut AG.

Hinzu kommen Möglichkeiten der Nachverdichtung von untergenutzten Grundstücken, Baulücken oder die Aufstockung von Bestandsgebäuden. Der „Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030“ benennt Maßnahmen zur Innen- und Bestandsentwicklung. Damit ist ein sparsamer Flächenverbrauch von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Stadt Bremen und liefert die Grundlagen einer Flächenkreislaufwirtschaft.

Das Potenzial der Wohnbauentwicklung bleibt mit dieser Maßgabe hoch. Die darauf realisierten Nutzungsstrukturen weisen hohe Arbeitsplatz- und Einwohner/innenzahlen auf. Die „Wohnungsbauperspektiven 2020-23plus“ konzentrieren sich bei der Vorbereitung von Flächen für neue Quartiere und Standorte auf Flächen der Innenentwicklung, die im Flächennutzungsplan als Reserve für Wohnbauentwicklung enthalten sind, sowie die Weiterentwicklung des Bestandes, die über Nachverdichtung und Aufstockungen vorgenommen wird.

Anfrage 12: Umkleidekabinen für alle Frauen der Freiwilligen Feuerwehr?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Januar 2021

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit gibt es mittlerweile an allen Standorten der Freiwilligen Feuerwehr im Stadtgebiet Bremen Umkleidekabinen und Sanitäreinrichtungen für Frauen?

2. Falls dies noch nicht der Fall ist, wann plant der Senat, dies an allen Standorten zu gewährleisten, und inwiefern wird zusätzlich bei der Planung auch die räumliche Trennung von erwachsenen weiblichen Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr und Mädchen in der Jugendfeuerwehr berücksichtigt?

3. Inwieweit reichen die bestehenden Kapazitäten an Umkleidekabinen und Sanitäreinrichtungen an den einzelnen Standorten der Freiwilligen Feuerwehr für den derzeitigen Anteil von Frauen noch aus?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Toiletten sind erst bei 14 von 19 Standorten der Freiwilligen Feuerwehr für Frauen getrennt, separate Duschen für Frauen gibt es an elf von 19 Standorten. Erst an sieben von 19 Standorten der Freiwilligen Feuerwehr sind geschlechtergetrennte Umkleidekabinen vorhanden.

Zu Frage 2: Der Umbau der Feuerwehrrhäuser zur Herrichtung von geschlechtergetrennten Umkleiden und Sanitäreinrichtungen erfolgt innerhalb der bestehenden baulichen Möglichkeiten, aber auch unter Berücksichtigung der vorhandenen Investitionsmittel. Entsprechend dem Strukturkonzept für die Freiwilligen Feuerwehren aus dem Jahr 2018 soll nach Fertigstellung des Neubaus für die FF Bremen-Farge mit der Planung der Maßnahmen für die FF Bremen-Blockland begonnen werden. Für die neu aufzustellende Schwerpunktwehr im Bremer Westen, Zusammenlegung der Standorte Grambkermoor, Lesumbrok, Burgdamm, sollen die Planungen nach Fertigstellung der Maßnahmen im Blockland aufgenommen werden. Die Planung und Umsetzung der Maßnahme erfolgt in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der dafür erforderlichen Haushaltsmittel.

Bis zur ausnahmslosen Umsetzung geschlechtergetrennter Umkleiden und Sanitäreinrichtungen werden zwangsläufig organisatorische Maßnahmen greifen müssen, wie zum Beispiel die Einrichtung von Zeitfenstern für geschlechtergetrennte Nutzung von Umkleiden und Duschen oder das Aufstellen von temporären Abtrennungen in Umkleidebereichen. Eine Trennung von Mädchen und erwachsenen weiblichen Mitgliedern ist nicht vorgesehen.

Zu Frage 3: Die momentan bestehenden Kapazitäten an Umkleiden und Sanitäreinrichtungen an den einzelnen Gerätehäusern reichen für den entsprechenden Anteil von Frauen aus.

Anfrage 13: Sozialarbeit auf den Straßen der Stadt Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Januar 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Streetworker, gesamter Sozialbereich, sind derzeit für welche Zielgruppen in der Stadt Bremen unterwegs und draußen im direkten Kontakt mit den Menschen?
2. Wie viele Menschen werden täglich durch unmittelbare Kontakte und Gespräche auf Straßen und Plätzen durch Streetworker erreicht?
3. Wie erfolgt die statistische Erfassung beziehungsweise Abrechnung der Träger über Einsätze ihrer Streetworker und deren Wirken vor Ort?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Derzeit sind insgesamt 14 Streetworkerinnen und Streetworker mit unterschiedlichen Stundenanteilen im Bahnhofsbereich und in verschiedenen Stadtteilen unterwegs. Sie beraten und unterstützen Menschen in prekären Lebenslagen, vornehmlich wohnungslose und suchtkranke Menschen. Spezialisierte Fachkräfte sprechen insbesondere drogenabhängige Menschen an. Weitere vier Stellen mit unterschiedlichen Stundenanteilen sind derzeit über die Ressorts Soziales und Gesundheit in Ausschreibung oder Besetzungsverfahren.

Im Bereich der aufsuchenden Jugendarbeit sind zusätzlich Streetworkerinnen und Streetworker im Umfang von 19,13 Vollzeitstellen in sämtlichen Bremer Stadtteilen tätig. Zielgruppe der akzeptierenden Jugendarbeit sind Jugendliche, für die der öffentliche Raum zum zentralen Aktions- und Aufenthaltsort ihrer Freizeit geworden ist und die nicht ausreichend oder gar nicht von herkömmlichen Angeboten der Jugendarbeit erreicht werden.

Zu Frage 2: Die Zahl der Menschen, die täglich durch die Streetworkerinnen und Streetworker erreicht werden, variiert. Dies ist zum Beispiel abhängig vom Wetter oder von wechselnden Orten, an denen die Menschen anzutreffen sind. Darüber hinaus stehen einige Angebote nicht täglich zur Verfügung. Auszugehen ist von einer Anzahl von 200 bis 350 Erwachsenen, wovon

sich ein Großteil der Personen im Umfeld des Hauptbahnhofs aufhält.

Im Bereich der aufsuchenden Jugendarbeit sind die Streetworkerinnen und Streetworker in Stadtteilen und Quartieren im gesamten Bremer Stadtgebiet tätig.

Zu Frage 3: Je nach Träger unterscheiden sich die Dokumentations- und Erfassungssysteme. Soweit Daten erhoben werden, erfolgt dies in der Regel anonym, eine Abrechnung im Einzelfall erfolgt nicht. Erfolgt die Finanzierung über Zuwendung oder eine Entgeltvereinbarung, berichten die Träger in diesem Rahmen.

Anfrage 14: Zukunft der „Fliegerhalle“ auf dem BWK-Gelände – Schwimmbad-Blumenthal als Lösung?

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lenke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 20. Januar 2021

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit gibt es seitens des Senats Planungen für die Zukunft der „Fliegerhalle“ auf dem BWK-Gelände?
2. Wer im Senat ist zentraler Ansprechpartner für das BWK-Gelände und somit für die „Fliegerhalle“, und welchen Verkehrswert misst der Senat der „Fliegerhalle“ zu?
3. Inwieweit kann sich der Senat vorstellen, die „Fliegerhalle“ auf dem BWK-Gelände für die SG Aumund-Vegesack für zwölf Monate freizuhalten, um dieser zur Sponsoren- und Unterstützersuche freien Zugang zur „Fliegerhalle“ zu gewähren?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Aktuell bestehen seitens des Senats keine konkreten Planungen für das Objekt „Fliegerhalle“ des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Stadt). Der Bebauungsplan 1288 weist für das unter Denkmalschutz, Ensembleschutz, stehende Gebäude eine gewerbliche Nutzung aus. Im Rahmen des durch die Fachdeputationen für Wirtschaft und Arbeit, für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sowie für Kinder und Bildung in 2020 beschlossenen Strukturkonzeptes für die Integration eines Berufsbildungscampus auf dem Gewerbegebiet BWK wurde für die „Fliegerhalle“ eine Nutzung als

Sport- und Veranstaltungsort vorgeschlagen. Derzeit wird gemeinsam mit dem Bauamt Bremen-Nord und der Senatorin für Kinder und Bildung die Konkretisierung des Strukturkonzeptes vorbereitet.

Zu Frage 2: Zentraler Ansprechpartner für das Gewerbegebiet BWK und somit für das Objekt „Fliegerhalle“ ist die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa beziehungsweise die mit der Verwaltung der Immobilie beauftragte WFB. Der Verkehrswert von städtischen Immobilien beziehungsweise Grundstücken wird grundsätzlich von GeoInformation Bremen ermittelt. Eine Bewertung des Objektes „Fliegerhalle“ durch GeoInformation Bremen liegt nicht vor.

Zu Frage 3: Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, projektbezogen ein Grundstück beziehungsweise eine Immobilie für einen Zeitraum von sechs Monaten zu reservieren. Bislang hat die SG Aumund-Vegesack eine solche Reservierung nicht erbeten. Da das Objekt „Fliegerhalle“ im Betrachtungsraum des zukünftigen Berufsbildungscampus liegt und insofern auch eine berufsschulnahe Nutzung des Objektes infrage steht, wird das Objekt aktuell nicht proaktiv zum Erwerb angeboten. Derzeit wird folglich lediglich eine temporäre Nutzung der „Fliegerhalle“ beispielsweise für Lagerzwecke verfolgt.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 21. Sitzung nach interfraktioneller Absprache
beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
13.	Bebauungsplan 2511 für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwi- schen Marienwerderstraße, Hausschildweg, Mählandsweg und Schreiberweg (Bearbeitungsstand: 29.10.2020) Mitteilung des Senats vom 22.12.2020 (Drucksache 20/380 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2511.
14.	Vorhabenbezogener Bauungsplan 112 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Geschäftsgebäudes mit Gast- ronomie am Bahnhof Blumenthal in Bremen- Blumenthal zwischen Bahntrasse Farge-Vege- sack, Gewerbegleis „Zur Westpier“, Landrat- Christians-Straße und Jenny-Ries-Platz (Bearbeitungsstand: 18.11.2020) Mitteilung des Senats vom 22.12.2020 (Drucksache 20/381 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Vorhaben- bezogenen Bauungsplan 112 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan)
16.	Vorhabenbezogener Bauungsplan 143 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) für ein Gebiet in Bremen Mitte zwischen Kohl- hökerstraße, Salvador-Allende-Straße und Imre-Nagy-Weg Mitteilung des Senats vom 19.01.2021 (Drucksache 20/387 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Vorhaben- bezogenen Bauungsplan 143 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan)

Frank Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft